



Trump hat in Israel mehr Feingefühl als Gabriel und Steinmeier gezeigt
Die wichtigsten Botschaften seiner Nahostreise wurden in Europa kaum wahrgenommen
SEITE 4

Kein Neuanfang mit dem Merkelianer Laschet
Armin Laschets Schmusekurs mit den türkischen Rechtsradikalen
SEITE 8-9



Offener Brief des Herausgebers Dr. Rafael Korenzecher an Bodo Ramelow
Der thüringische Ministerpräsident und der Anstand
SEITE 19



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, die Zeit läuft schnell. Mit der vor Ihnen liegenden Juni-Ausgabe schließt sich das dritte Jahr seit dem Erscheinen unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU.

Im Juni 2014, in einer Zeit wieder zunehmender, nach der Tragödie der Schoah nie mehr erwarteter hasserfüllter Feindseligkeit gegen die jüdische Minderheit in vielen Ländern Europas und massiver Anfeindung und Delegitimierung Israels, haben unsere Redaktion und ich den Schritt gewagt für Sie, mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU eine unabhängige jüdische Monatszeitung herauszugeben, die sich mit ganzer Seele ausschließlich und vorbehaltlos für die jüdische Sache und den Staat Israel, die Heimat aller Juden, einsetzt.

Drei Jahre, das sind 36 Monate, in denen unsere Redaktion und unsere Autoren unermüdlich bemüht waren, Ihnen über viele aktuelle und historische Aspekte des nahezu unbegrenzt facettenreichen jüdischen Lebens in der Diaspora und in Israel zu berichten, die unschätzbaren evolutionären Verdienste des jüdischen Volkes für die moralische und kulturelle Entwicklung unserer freiheitlichen Lebenswelt zu beleuchten und gegen jede Form des Antisemitismus, gleich welcher Couleur sowie gegen Diffamierung und Dämonisierung des wiedererstandenen jüdischen Staates anzukämpfen.

Drei Jahre, das sind 36 Monate, in denen Sie, unsere Leser, uns mit wachsendem Interesse treu zur Seite gestanden und uns mit Ihren zahlreichen wertvollen, konstruktiven Beiträgen und Hinweisen in der Richtigkeit unseres Bemühens bestärkt haben.

Dafür danken wir Ihnen und betrachten Ihren Mut machenden und unverzichtbaren Zuspruch als Verpflichtung, auch in der Zukunft mit unserer journalistischen Arbeit gegen Hass und Diffamierung, für die jüdische Sache, für Sie und für uns alle einzutreten.

Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Israel und der Sechs-Tage-Krieg von 1967



Von Jérôme Lombard / Redaktion Audiatur

Der Sechstagekrieg von 1967 jährt sich in diesem Juni zum 50. Mal. Dieser kürzeste aller Kriege im Nahen Osten hat die regionalen Machtverhältnisse wie kein zweiter geprägt. Alle nachfolgenden militärischen Auseinandersetzungen und Krisen, vom Jom-Kippur-Krieg 1973 bis zur Intifada, sind eine unmittelbare Folge dieser sechs intensiven Kriegstage.

Bis heute hält nicht nur die Diskussion über die politischen Auswirkungen des Sechstagekriegs an. Es wird auch heftig über den Charakter des Kriegs gestritten. Für einige Historiker bedeutet der Krieg von 1967 ein Wendepunkt in der israelischen Militärgeschichte. In dieser dreiteiligen Reihe sollen die Ursachen, der Kriegsverlauf sowie die Folgen und politischen Auswirkungen bis heute geschildert werden.

„Ha-Hamtana“. „Das Warten“. So nennt die israelische Geschichtswissenschaft die kritischen Wochen von Mitte Mai bis zum Ausbruch des Kriegs am 5. Juni 1967. Am 17. Mai erreichten den israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol die ersten Geheimdienstberichte über ägyptische Militärbewegungen auf der Sinai-Halbinsel. „Es ist noch völlig unklar, welche diplomatischen Überlegungen oder charakterlichen Schwächen ihn zu dieser verheerenden Entscheidung veranlasst haben“, heißt es in einem Schreiben des israelischen Außenministeriums

vom 17. Mai. Gemeint war damit nicht etwa der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser, der seinen Truppen an diesem Tag den Marschbefehl in Richtung Israels Südgrenze befahl. Das Schreiben und das darin bekundete Unverständnis bezogen sich auf den damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, den aus Birma stammenden U Thant. Der hatte am 16. Mai 1967 dem wiederholten Drängen der arabischen Seite nachgegeben und erklärt, die zur Sicherung des Friedens zwischen Israel und Ägypten auf der Sinai-Halbinsel stationierten internationalen Truppen der UNEF (United Nations Emergency Force) abziehen zu lassen. Eine verheerende Entscheidung des Generalsekretärs: Israel verlor damit von dem einen auf den anderen Tag die wichtigste militärpolitische Errungenschaft seit 1956, waren doch die UNO-Truppen nach dem Suez-Krieg auf dem Sinai stationiert worden, um israelischen Schiffen die freie Passage durch die Meerenge von Tiran zu gewährleisten und die Südgrenze des jüdischen Staats dauerhaft zu sichern.

Ägypten wollte den Abzug der UNO-Soldaten, um angreifen zu können

Mit dem Ende der UNEF-Mission ging der friedenssichernde Puffer, der Israel und der Region eine fast zehn Jahre anhaltende Phase relativen Friedens beschert hatte, verloren. Nasser hatte von nun an freie Hand. Und dass

der ägyptische Präsident mit seinem zuvor bei den Vereinten Nationen in New York eingereichten Antrag, die Friedensmission der UNO auf seinem Staatsgebiet so schnell wie möglich zu beenden, die Vorbereitung einer militärischen Aggression gegen Israel verband, war für die Zeitgenossen offensichtlich.

Der Ägypter hatte sich die Zerstörung des jüdischen Staats seit seinem Machtantritt 1954 auf die Fahnen geschrieben. Seine Rhetorik gegenüber Israel war von Antizionismus und Feindseligkeiten geprägt. Auf dem Gipfel der Arabischen Liga im Januar 1964 in Kairo hatten die arabischen Staaten unter Führung Ägyptens Israel bereits unumwunden den Krieg erklärt. In der Abschlusserklärung wurde an alle arabischen Nationen appelliert, die notwendigen militärischen Vorbereitungen für eine „endgültige Zerstörung Israels zu treffen“. Das war keineswegs bloße Rhetorik: Spätestens seit 1965 verübten von Ägypten und Syrien unterstützte „palästinensische“ Guerillagruppierungen in regelmäßigen Abständen terroristische Anschläge auf Grenzsoldaten und militärische und zivile Einrichtungen in Grenznähe. Das syrische Militär nahm immer wieder landwirtschaftliche Siedlungen in Galiläa unter Artilleriebeschuss.

Das stets präsente diplomatische Säbelrasseln hatte mit Beginn des Jahres 1967 zugenommen. Anfang Mai 1967 hatte Nasser in einer Rundfunkansprache bei Radio Kairo erklärt: „Unser grundlegendes Ziel ist die Vernichtung Israels. Das arabische Volk will kämpfen.“ In dieser Situation der omnipräsenten Vernichtungsdrohungen war mit dem Abzug der UNO-Truppen für Israel klar: Die arabische Seite bereitet einen Krieg vor, der als Vernichtungskrieg geführt werden soll. Daran wollten die arabischen Vertreter selber keinen Zweifel lassen. „Ich, als Militärmann, glaube, dass die Zeit gekommen ist, um in einen Vernichtungskampf einzutreten“, brachte es Hafez Al-Assad, der damalige Verteidigungsminister Syriens, im Mai 1967 auf den Punkt.

„Die Frage Mitte Mai 1967 war nicht ob, sondern wann ein Angriff erfolgen würde.“

Umzingelt von Ägypten, Syrien und Jordanien, drei hochgerüsteten Feindstaaten in unmittelbarer Nachbarschaft, sah sich das kleine Israel im Mai einer wahrhaftig existenzbedrohenden Lage gegenüber. Auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft konnte die israelische Führung nicht hoffen. (Ende des ersten Teils.)

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Mut hierfür macht uns 69 Jahre nach der neuen Staatsgründung auch die erfreuliche Entwicklung des an Attraktivität als prosperierende westliche Demokratie ständig zunehmenden jüdischen Staates und seiner nunmehr seit 50 Jahren wieder vereinigten heiligen jüdischen Hauptstadt Jerusalem.

Mehr als ausreichend Anlass zu großer Sorge liefert uns dagegen leider die zunehmend bedenkliche Situation aus Unterdrückung und Entrechtung der eigenen Populationen in nahezu allen islamischen Staaten besonders des Mittleren Ostens und ganz zuvorderst der erheblich dezimierten dort noch verbliebenen nicht-islamischen Minderheiten.

Dabei ist festzuhalten, dass die islamischen Staaten des Mittleren Osten sämtlich missglückte Unrechtsregime sind, die nahezu die gesamte Region in ein brennendes Kriegsinferno und Brutstätte des weltweiten islamischen Terrors verwandelt haben, während sie ihre eigenen Bevölkerungen zu häufig leider willigen Geiseln einer verfehlten islamischen Ideologie ohne jeden Nutzen oder Mehrwert für den Fortschritt der Welt gemacht haben.

Nicht ohne Verschulden der Politik der deutschen Kanzlerin ist in der Türkei ein weiteres islamisches Unrechtssystem und eine per Ermächtigungsgesetz und Pressegleichschaltung nach dem Muster Nazi-Deutschlands geführte Diktatur entstanden, deren Herrscher parallel zum blutrünstigen iranischen Mullah-Staat von der Eroberung und Entjudung Jerusalems sowie der Vernichtung Israels besessen ist, ohne dass das Konsequenzen etwa für die NATO-Mitgliedschaft dieses derart unzuverlässigen, dem Westen in Wahrheit feindlich gegenüber stehenden türkischen Machthabers hätte.

All dies hindert unsere vom linken Antisemitismus und tiefer Israel-Ablehnung beherrschte deutsche und westeuropäische Islam-Appasement- und Islam-Einlass-Politik in keiner Weise, sich bei den blutrünstigen Terror-Unterstützern mit jeder noch so prinzipienlosen Rückgratverbiegung anzubiedern und den islamischen Terror gegen Israel zu finanzieren.

Nicht genug damit, deutsche Politvertreter wie Merkel, Schulz, Gabriel, Steinmeier aber auch andere westeuropäische Politiker haben mit ihrer im wahrsten Sinne grenzenlosen Islam-Willfährigkeit die immer sichtbarer werdende Vereinnahmung unserer freiheitlichen abendländischen Demokratien durch die Unkultur des Islam befördert, den bereits offensichtlichen Abbau unserer noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt weitgehend unbeschwerter, freien Lebensweise verursacht, unsere Gesellschaften nahezu täglicher Islam-generierter Gewalt und mörderischem Islam-Terror ausgesetzt sowie ohne eigenes Eingreifen die Zunahme islamischen Judenhasses auf den Straßen unserer Städte und die Entjudung ganzer Stadtbezirke zugelassen, kurzum den Bessermensch- und Mainstreampresse-begleiteten kollektiven Suizid Europas vorangetrieben.

In immer kleiner werdenden Intervallen in Europa und weltweit häufen sich grauenvolle islamische Terrormorde wie der wohl leider nur vorläufig letzte, vor allem Kindern und Jugendlichen geltende entsetzliche Islam-Anschlag von Manchester. Auf den Straßen unserer deutschen und europäischen Städte, motiviert durch die Schwäche unserer Gutmensch-diktieren, lächerlichen Strafmaße, gedeihen muslimische Familienclans ohne jeden Respekt vor der Justiz und den Exekutivorganen unserer durch unsere Politik quasi aufgegebenen Rechtsordnung zu nahezu unumstrittenen kriminellen Beherrschern ganzer Stadtteilbezirke, liefern sich gefähr-

liche, bewaffnete Straßenschlachten mit der Polizei, verletzen unsere Polizeikräfte und schlagen diese teilweise sogar in die Flucht. Wie letztes in Deutschland geschehen, werden Frauen vor den Augen ihrer verängstigten männlichen Begleiter durch Muslime sexuell belästigt oder gar vergewaltigt, ohne die Polizei auch nur zur Hilfe bewegen zu können. An deutschen Schulen werden kaum mehr als 70 Jahre wieder jüdische Schüler aus deutschen, Islam-dominierten Schulen geprügelt, während Schulleitung, Lehrer und nicht-jüdische Elternbeiräte untätig bleiben. Gleichzeitig verschweigen und negieren unsere linkslastigen öffentlich-rechtlichen Mainstream-Medien und unsere mehr um ihre Wiederwahl als um das Wohl der Wähler bemühten Politiker der bisherigen Volksparteien und ihrer bereitwilligen Koalitionsstimmenbeschaffer die offensichtliche Beschädigung unserer Gesellschaft und den Zusammenhang dieser Sachverhalte mit dem nicht mehr zu übersehenden Krebsfraß des Islam.

Ein ähnlich desaströses Bild liefern die Aktivitäten und Haltungen der übrigen gesellschaftlichen Gruppierungen wie etwa Kirchen und Gewerkschaften.

Ein besonders erbärmliches Schauspiel und Fallbeispiel für die bereits weit fortgeschrittene Strukturauflösung des jüdisch-christlichen Abendlandes bietet der eben zu Ende gegangene evangelische Kirchentag, dessen Inhalte sich vor allem auf das Bespaßungsbedürfnis seiner mit Zusagen auf gute Laune und Party in die Hauptstadt

gelockten Klientel beschränkt.

Trendiges von der Kanzlerin gemeinsam mit der eigens zur Hilfe herbeigerufenen amerikanischen Popstar und Politflopklone Obama heiter praktiziertes Trump-Bashing und die fröhlich-ausgelassene Der-Islam-gehört-zu-Deutschland-Falschbehauptung beherrschen das Geschehen.

In Manchester hat gerade noch vor wenigen Tagen der Islam-Terror ein x-tes Mal unschuldige Menschenopfer, darunter zahlreiche Jugendliche und auch Kinder gefordert, in Ägypten wurde nur kurz danach eine zweistellige Zahl koptischer Christen von Muslimen ermordet und zwar ausschließlich aus dem Grunde, weil sie Christen waren. In islamischen Ländern – auch im von arabischen Terroristen autonom verwalteten Betlehem – wurden Christen durch Repression, Entrechtung und Gewalt bis zur Unkenntlichkeit dezimiert, während die wenigen noch verbliebenen Nicht-Muslime täglich um ihre materielle und physische Existenz fürchten müssen. In Deutschland und Europa werden christliche Geistliche Opfer hinterhältiger islamischer Messer- und Axtmordanschläge.

Alles nicht Grund genug, die fröhliche Gutwetter-begleitete Partylaune des Kirchentags-Gaudis, seiner selbstzufriedenen Funktionäre und seiner Besucher zu stören, die es nicht einmal fertig gebracht haben für einen Augenblick der Pietät für die Opfer der soeben geschehenen Islammorde in Manchester und Ägypten innezuhalten.

Von christlicher Nächstenliebe keine Spur, weder zu den eigenen Glaubensbrüdern, noch im Sinne einer Abbitte für den massiven Hass Luthers gegenüber dem jüdischen Volk, obwohl ohne dessen jüdi-

schen Religionsstifter Jesus, ohne dessen Thora und ohne die 10 Geboten es das Christentum und somit auch die Reformation gar nicht gegeben hätte.

Als wäre nichts geschehen und als gäbe es die Islam-Bedrohung gar nicht. Der Islam ist der neue Stern am christlichen Himmel. Israel-Delegitimierung und am Rande der Veranstaltung Solidarität mit den inhaftierten Mördern an unschuldigen israelischen Frauen, Männern und Kindern beherrschen das bunte Geschehen.

Bedford-Strohm und Käßmann zeigen dem fröhlichen Party-Völkchen wie man die zweite Wange hinhält – natürlich nur gegenüber dem Islam. Trump und die Juden sind davon ausgenommen.

Und weil die so schrecklich G'ttesfromme SPD auf keinen Fall auf die ihr ohnehin ausgehenden Wahlstimmen verzichten möchte, freut sich der noch rechtzeitig vor der Wahl Bundespräsident gewordene F.-W. Steinmeier vor den Partygängern in Wittenberg, dass Luther, könnte er alle Teilnehmer oder zumindest ihn sehen, zufrieden wäre. Ja das wäre der Antisemit Luther ganz sicher – spätestens, wenn er gesehen hätte, wie Steinmeier den Juden und dem israelischen Premier in Israel mit der Verneigung vor Arafat gezeigt hat, was eine Harke ist.

Gleichzeitig öffnet sich im wirklichen Leben Europas, bejubelt von der Mainstream-Journaille, ein besonders folgenreiches, historisches Kapitel des lange Jahre unseren Schutz und unsere Freiheit garantierenden transatlantischen Verhält-

nisses zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Massiv verärgert über den Umstand, dass sich der neue amerikanische Präsident weniger auf die Scheininhalte des europäischen, vor allem von unserer Kanzlerin angeführten politischen Versagens festlegen lässt, sondern die wirklichen Probleme, nämlich Islamisierungsgefahr, Islam-Terror und Verteidigungsbereitschaft thematisiert. Die Kanzlerin, offensichtlich noch nicht hinreichend zufriedengestellt mit dem politischen Islam-Einlass und dem deutschen und europäischen Selbstdestruktions-Desaster, das im Wesentlichen sie verursacht hat, verlässt ein unverrückbares Axiom deutscher und westeuropäischer Nachkriegs-Politik und provoziert ohne Präzedenz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eigenmächtig und ohne Abstimmung im Parlament nach dem gemeinsamen G7-Gipfel einen lebensgefährlichen historischen Bruch mit den USA, der in weit größerem Maße die zeitgeschichtliche Entwicklung negativ beeinflussen wird als heute auch nur geahnt.

Was Frau Merkel heute und hier vom Zaum gebrochen hat, ist nach dem unkontrollierten Islam-Einlass und dem Brexit der dritte geschichtlich dimensionierte, politische Fehler dieser Kanzlerin, die mit großer Wahrscheinlichkeit in die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland und Europas als verantwortungslose Wegbereiterin des deutschen und europäischen Niedergangs eingehen wird.

Der Umstand, dass die Kanzlerin mit dem demokratisch gewählten US-Präsidenten Trump, nicht aber etwa mit dem Pan-Islamisten und Israel-Feind Erdogan

bricht, gibt dazu deutliche Hinweise, dass ein unausgesprochener Teil dieser Entscheidung ohne Zweifel auch der positiven Einstellung Trumps zu Israel geschuldet ist.

F.-W. Steinmeier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland und gemeinsam mit dem ausgeschiedenen Obama einer der Haupt-Wegbereiter für die iranische Atombombe gegen Israel, verbeugt sich und ehrt auf seiner Israel-Reise mit einem Grabeskrantz im Namen des deutschen Volkes den für zahllose Terrormorde an Juden verantwortlichen Terroristen Arafat, während der deutsche Außenminister Gabriel unter dem Beifall der hiesigen und der europäischen Judenfeinde den Judenmord-befürworter Abbas seinen persönlichen Freund nennt und in Israel vorsätzlich den israelischen Ministerpräsidenten brüskiert und dafür von der Kanzlerin gelobt wird.

Mit besonders deutscher Feindseligkeit wurde von unserer Politik und regierungsnahen Mainstream-Presse der Besuch Ost-Jerusalems und der als Klagemauer bezeichneten Westmauer des uralten jüdischen Tempels durch Trump kommentiert.

In hässlichem und gewolltem Einklang mit der Israel-Diffamierungs-Politik der Kanzlerin-gestützten Steinmeiers, Gabriels und all ihrer Israel-feindlichen links-antisemitischen Gesinnungsgenossen, wird die unbestreitbare jüdische Identität geleugnet für jüdische Orte wie beispielsweise die Grabeskirche in Jerusalem, von Betlehem – der Stadt des Juden Jesus, von Hebron, der Stadt der jüdischen Urväter, von Jericho, Nazareth und all den anderen Orten des alten jüdischen, nahezu zwei Jahrtausende lang unter illegitime und brutale Fremdherrschaft geratenen Königreichs Judäa.

Obwohl sich der demokratische Staat Israel im Gegensatz zu seinen arabischen Nachbarn zum Wohle seiner gesamten Bevölkerung zu einem modernen wirtschaftlich prosperierenden Staat mit führender Position in fast allen Bereichen der technologischen, besonders auch der digitalen und der IT-Revolution entwickelt hat, bereitet die wachsende Diffamierung, Delegitimierung und Dämonisierung des jüdischen Staates durch unsere links-lastige Bevormundungs-Politik und deren nahezu gleichgeschaltete Medien größte Sorge.

Diese Israel-feindliche Politik geht ebenso wie die Erstarkung des nicht selten gewalttätigen Antisemitismus Hand in Hand mit der durch das kaum nachvollziehbare Islam-Appasement der westlichen Welt verschuldeten weitestgehend ungebremsten, aggressiv-expansiven und nahezu globalen Vereinnahmung durch den Krebsfraß des sich zunehmend radikalierenden, mittelalterlich rückschrittlichen, allenthalben Terror verbreitenden Islam.

Die im Jahre 1947 noch zustimmend zur neuzeitlichen Wiederherstellung des historisch legitimierten jüdischen Staates votierende, zwischenzeitlich vollständig unnütze, keinen einzigen der zahlreichen meist Islam-generierten Weltkrisenherde lösende oder auch nur abmildernde UNO hat sich unter duckmäuserischem Einverständnis der zumeist von linken Pseudo-Bessermenschen beherrschten westlichen Demokratien längst zu einer Spielwiese überwiegend islamischer Unrechtsregime gemacht und beschäftigt sich trotz an vielen Orten der Welt unfassbarer, unerwähnt und ungeahndet bleibender, häufig blutiger Unterdrückung der Menschenrechte nahezu ausschließlich mit der jede reale Basis entbehrenden Dauerverurteilung Israels.

Warum gibt es keinen Terror in Polen, Ungarn oder Japan?

Die friedliche Lage in Osteuropa ist Bundeskanzlerin Merkel vermutlich „unbegreiflich“

Von Laila Mirzo

„Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.“ Mit diesem Satz versuchten meine Eltern mir zu erklären, dass es immer eine Wahl gibt – selbst im Krieg. Man könne sich dem willkürlichen Morden entziehen, desertieren, sich verstecken, so tun, als ob es einen nichts angehe und dann würden „die da oben“ schon sehen, dass das Volk nicht mitspielt. Passiver Widerstand als stummer Schrei des pazifistischen Traums. Doch der Slogan hat noch einen zweiten, weniger häufig genannten zweiten Teil: „... Dann kommt der Krieg zu euch!“

Der Krieg ist zu uns gekommen. Wir haben ihn nicht eingeladen, aber das ist ihm Schnuppe. Er kommt in unser Konzerte, er fährt mit uns in der U-Bahn oder kreuzt ungebeten auf dem Weihnachtsmarkt auf. Er kommt und bringt den Tod in Manchester, in Berlin, in Jerusalem.

Dieser Krieg kennt keine Fronten. Er ist da, mitten unter uns. Dieser Krieg kämpft nicht gegen Soldaten, dieser Krieg kämpft gegen uns alle. Gegen Männer, gegen Frauen und gegen Kinder, gegen jeden, der sich nicht seinem Dogma unterwirft. Er rekrutiert seine Kämpfer mit ihrer Geburt. Manche folgen ihm blind, andere kappen die Nabelschnur und ernennen den Logos zur Maxime ihres Tuns.

Wann gab es eine formelle Kriegserklärung? Haben wir da etwas übersehen während wir „Nie wieder Krieg!“ geschrien haben?

Die Kriegserklärung wurde vor 1.400 Jahren ausgesprochen und richtet sich gegen alle, die sich nicht unterwerfen. Es geht um alles oder nichts!

Wir können diesen Konflikt vielleicht kurzfristig ignorieren und ausblenden, einfach keine Nachrichten schauen, keine Zeitung lesen oder Gespräche über Politik und Religion vermeiden. Wir können uns in unserem Alles-ist-gut-Kokon einwickeln oder den Kopf einziehen, in der Hoffnung, dass sich der Sturm legen möge. Die Geschichte hat uns aber gelehrt, dass diese Ideologie diese Taktik ebenfalls beherrscht. Sie ist einmal laut, einmal leise, sie taktiert und berechnet. Sie macht sich die Demokratie und die Religionsfreiheit zum Instrument, um eben diese Prinzipien der Aufklärung später mit chirurgischer Präzision Stück für Stück zu entfernen.

Diese Ideologie, die Menschen in zwei Klassen teilt, in Gläubige und Ungläubige, diese Ideologie der Apartheid akzeptiert keine Vielfalt, toleriert keine friedliche Koexistenz. Sie erhebt den absoluten An-



Wie machen die das nur? Warum bleiben die Länder dieser Regierungschefs von Anschlägen verschont?

spruch auf Religion, Moral und Wissenschaft. Und reicht dazu nicht die Scharade in den Disziplinen eines Rechtsstaates, greift diese Ideologie zum Schwert. Ein LKW oder ein PKW wird zur Waffe. Schläfer eines kollektiven Bewusstseins erwachen und greifen zum Messer. Dann wird der Krieg an jede Haustüre klopfen und Gefolgschaft einfordern.

An unzähligen Fahnenmasten von Jerusalem bis Stockholm flattert der Trauerflor, schwarz und mahnend. Doch inmitten dieses globalen Schlachtfelds gibt es sie noch, die Refugien des gesellschaftlichen Friedens. Länder, die vom Terror und von der Gewalt relativ verschont geblieben sind. Das mag zum einen daran liegen, dass sie geographisch isoliert sind, zum anderen aber liegt es definitiv an ihrer Einwanderungspolitik und der von der Gesellschaft getragenen Haltung gegenüber faschistischem Gedankengut. Diese Länder verwehren sich gegen den massenhaften Import eines ideologisierten Weltbildes. Diese Gesellschaften verwehren und wehren sich gegen eine Religion mit politischem Hoheitsanspruch. Sie sind sich des Prinzips „cuius regio, eius religio“ bewusst. Die verantwortlichen Politiker wissen um die Fragilität des gesellschaftlichen Friedens. Das Gleichgewicht der Kräfte kann durch äußere und innere Konflikte kippen. Die unkontrollierte Migration aus vorwiegend islamischen Ländern mit jüden- und

frauenfeindlicher Gesinnungshaltung ist ein Lackmустest für die sogenannte „freie Welt“.

Das Selbstverständnis von der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder das hohe Gut der Religionsfreiheit wird durch den Hegemonialanspruch des Islams in Frage gestellt. Wie tolerant der Islam gegenüber Andersgläubigen ist, demonstriert er tagtäglich in den Ländern, in denen er bereits jetzt Staatsdoktrin ist. Seine Haltung gegenüber Homosexuellen kann man bei den öffentlichen Hinrichtungen ermessen. Sein Umgang mit Apostaten, Reformern und Kritikern spricht für sich. Auch in den Ländern, in denen der Islam eine relativ junge Geschichte hat, zeichnet sich die Entwicklung der Gesellschaft nicht etwa durch Friedfertigkeit aus, ganz im Gegenteil: In ehemals buddhistischen und hinduistischen Ländern wie Indonesien, Malaysia oder den Philippinen zeigt sich exponentiell, wie die Islamisierung Hand in Hand mit dem Abbau fundamentaler Menschenrechte einherstreitet. Von der weiblichen Genitalverstümmelung bis hin zur lokalen Einführung von Scharia-Gerichten manifestiert sich die Agenda des Islam.

So mag es wenig verwundern, dass einige Nationen alles daransetzen, den inneren Frieden zu wahren und eine restriktive Migrationspolitik fahren. Darun-

ter auch Polen, Tschechien und Ungarn. Der tschechische Innenminister Milan Chovanec spricht seinem Volk aus der Seele: „Die Einwanderungspolitik in Europa ist falsch. Jetzt bedroht der Islam unsere nationalen Interessen. Man muss die Zuwanderung stoppen. Wir wollen keine radikalen Muslime in Tschechien.“

Auch Polen schaut skeptisch auf die deutsche Flüchtlingspolitik. Der polnische Journalist Stanislaw Januszewski schreibt etwa, es sei schwer „diesen selbstmörderischen Trieb Deutschlands“ ruhig zu kommentieren. Angela Merkels Politik der offenen Tür sei eine Gefahr für Europa, so der Tenor aus Warschau.

In Polen leben Schätzungen zufolge 30.000 Muslime, das macht etwa 0,1 Prozent vom Bevölkerungsanteil aus. In Tschechien und der Slowakei sind es auch nicht mehr als 0,2 Prozent. Im Vergleich dazu sind es in Deutschland, Großbritannien oder Schweden zwischen 4 und 5 Prozent. In Frankreich, dem Land mit der höchsten Schlagzahl islamistischer Terrorakte, liegt der Anteil der Muslime sogar bei 8 Prozent.

Aber schauen wir doch in den Fernen Osten, nach Japan. Das Land der aufgehenden Sonne scheint unter einer Glasglocke zu sein, keine Anschläge, keine sexuellen Übergriffe durch Migranten, keine Angst vor Terror und Gewalt. Das mag an der strengen Einwanderungspolitik liegen: 2014 haben rund 5.600 Menschen um Asyl angesucht, aber nur 11 wurden akzeptiert. Was nicht heißt, dass Japan sich vom Schicksal der Flüchtenden abwendet. Japan gehört zu den wichtigsten Geldgebern des UNHCR.

Der Inselstaat ist seit jeher sehr um seine ethnische Homogenität bemüht und gewährt muslimischen Einwanderern selten unbefristeten Aufenthalt oder gar die Staatsbürgerschaft.

Der Großteil der in Japan lebende Muslime sind Mitarbeiter ausländischer Firmen, Gastarbeiter, aber kaum japanische Konvertiten. Die japanische Gesellschaft scheint nicht die gleiche blinde Empathie gegenüber dem Fremden zu haben, wie die Menschen in Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweden oder Großbritannien. Auch muss sich Tokyo nicht mit Problemen einer Parallelgesellschaft, wie es sie in Malmö, Berlin-Neukölln oder in Birmingham gibt, auseinandersetzen. Die japanischen Sicherheitskräfte üben für Notfälle nach Erdbeben und Tsunamis und nicht für Anschlagsszenarien – warum wohl?

Ein Beispiel für die gewollte und verletzte Perfidie dieses Vorgehens der UNO stellt die letzte im Mai mit wohlwollender aktiver oder passiver Zustimmung des Westens, ausgerechnet am diesjährigen Jom Ha'atzmuth, dem Jahrestag der israelischen Unabhängigkeitserklärung, wieder erfolgte Aburteilung aus erlogener Anlass.

Ungeachtet dessen bietet der Juni des Jahres 2017 für den Staat Israel und für die Juden in aller Welt allem anderen voran die freudige Gelegenheit an ein großes, in seiner Bedeutung für das Fortbestehen des Staates Israel durch nichts zu überschätzendes Geschehen aus der ohnehin ereignisreichen Zeitgeschichte des nach der Tragödie der Schoah neu begründeten jüdischen Staates.

Im Juni diesen Jahres jährt sich zum 50. Mal der unter dem Namen Sechs-Tage-

Krieg in die jüdische Geschichte eingegangene siegreiche, heldenhafte Kampf des kleinen jüdischen Staates gegen die überwältigende Übermacht der auf Initiative Ägyptens vereinigten Armeen fast aller arabischen Staaten. Dem Kriegsgeschehen vorangegangen waren vor den Augen der untätigen UNO und der Welt von arabischer, vor allem von ägyptischer Seite ausgestoßene Drohungen, Israel endgültig von der Landkarte zu tilgen und seine Bevölkerung ins Meer zu jagen, die in der ägyptischen Schließung der israelischen Lebensader, der Meeresstraße von Tirana, gipfelten.

Im Verlauf der Kampfhandlungen hat die Armee Israels, angeführt von ihrem damaligen Generalstabschef Itzhak Rabin und dem Verteidigungsminister Mosche Dajan, sämtliche arabischen Armeen umfassend geschlagen und den Staat Is-

rael und seine Bevölkerung schicksalhaft vor der durch die arabischen Machthaber angedrohten existentiellen Vernichtung bewahrt. Gleichzeitig konnten die dem damals noch schwachen jüdischen Staat unmittelbar nach seiner Gründung im Jahre 1948 durch arabische Aggression geraubten Gebiete Judäas, Samarias und Galiläas sowie der die jüdischen Heiligtümer tragende, den Juden vorsätzlich unzugänglich gemachte Ostteil der ewigen jüdischen Hauptstadt Jerusalem befreit und Jerusalem nach ewiger Fremdherrschaft und durch den Islam begangener vorsätzlicher Entweihung und multipler Zerstörung uralter heiliger jüdischer Stätten endlich und dauerhaft wiedervereinigt werden.

War Israel vor dem 6-Tage-Krieg noch nahezu täglich von der physischen Vernichtung durch seine arabischen Nach-

barn bedroht, änderte sich seine Sicherheitslage nach dem erfolgreichen Kriegsgeschehen grundlegend, besonders als auch der wiederholte arabische Vernichtungsversuch im Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973 abgewehrt werden konnte.

Als Zeichen der Solidarität mit dem jüdischen Volk und der großen Bedeutung des historischen Geschehens entsprechend nehmen die Ereignisse des Juni 1967 breiten Raum in dieser Ausgabe ein.

In diesem Sinne wünsche ich dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen alles erdenklich Gute und ein gesundes Chag Shewuoth Sameach.

Am Israel Chai!

Ihr

Dr. Rafael Korenzecher

Trump hat in Israel mehr Feingefühl als Gabriel und Steinmeier gezeigt

Die wichtigsten Botschaften seiner Nahostreise wurden in Europa kaum wahrgenommen

Von Thomas Eppinger

Mit der ersten Auslandsreise des amerikanischen Präsidenten gewinnt die künftige Nahostpolitik Donald Trumps erste Konturen. In Saudi-Arabien stärkt Trump die sunnitischen Staaten gegenüber dem Iran, dem erbitterten Gegner der USA. In Israel setzt er den Friedenprozess auf die Agenda, und Abbas besucht er in Betlehem statt in Ramallah, wobei er mit keinem Wort die Zweistaatenlösung erwähnt, den bisherigen Ankerpunkt der amerikanischen Nahostpolitik. Der abschließende Papstbesuch beschließt die Respektsbezeugung gegenüber den drei abrahamitischen Religionen und setzt ein letztes Signal für künftige Friedensinitiativen.

Dass Trump als erstes Land Saudi-Arabien besuchte, hatte Symbolkraft. Kein Präsident vor ihm hatte dieses Land als erstes Reiseziel gewählt. Saudi-Arabien war für Trump ein voller Erfolg. Der Händedruck der First Lady mit König Salman hinterließ ebenso Eindruck wie Trumps Tochter Ivanka, die an der Seite ihres jüdischen Ehemanns Jared Kushner vor den saudischen Würdenträgern defilierte. Auf Twitter hagelte es von saudischen Männern unter dem Hashtag „Bint Trump“ („Trump's Tochter“) reihenweise Komplimente für die schöne Präsidententochter, die ihrerseits nicht darauf vergaß, die Frauenrechte anzusprechen.

Trump selbst fühlte sich sichtlich wohl, zog Waffendeals im Wert von mindestens 110 Milliarden Dollar an Land und stärkte das Bündnis zwischen Saudi-Arabien und den USA. In einer wohlgesetzten Rede betonte er die gemeinsamen Interessen, verlangte Engagement der Golfstaaten gegen den Terrorismus und beendete das Appeasement mit dem Iran. In wenigen Sätzen skizzierte er die Grundzüge einer künftigen, sehr pragmatischen Politik:

„Es handelt sich um die Wahl zwischen zwei verschiedenen Möglichkeiten für die Zukunft — und diese Wahl KANN Amerika ihnen NICHT abnehmen. Eine bessere Zukunft wird es nur geben, wenn Sie die Terroristen und Extremisten vertreiben. Vertreiben Sie sie.“

Vertreiben Sie sie aus Ihren Gotteshäusern.

Vertreiben Sie sie aus Ihren Gemeinschaften.

Vertreiben Sie sie aus Ihrem Heiligen Land, und

vertreiben Sie sie von der Erde.

Amerika steht zu der Verpflichtung, seine Strategien sich entwickelnden Bedrohungen und Sachlagen anzugleichen. Diejenigen, die nicht funktioniert haben, werden wir verwerfen — und eine neue Herangehensweise entwickeln, die auf Erfahrung beruht und darauf basierend ihre Urteile fällt. Wir werden den Pfad des prinzipientreuen Realismus einschlagen, der auf gemeinsamen Werten und Interessen beruht.

Unsere Freunde werden unserer Unterstützung stets ebenso gewiss sein wie unsere Feinde unserer Entschlossenheit. Unserer Partnerschaften werden die Sicherheit nicht durch radikale Brüche, sondern durch Stabilität befördern. Unsere Entscheidungen werden sich nicht an



Die Regierungschefs der USA und Israels.

starren Ideologien, sondern an realistischen Zielsetzungen orientieren. Wir werden aus Erfahrungen lernen und uns von festgefahrenen Gedankenstrukturen nicht eingrenzen lassen. Und wann immer es möglich ist, wird es uns nicht um plötzliche Intervention, sondern um allmähliche Reformen gehen. Wir brauchen Partner, nicht Perfektion, und müssen alle, die unsere Ziele teilen, zu Verbündeten machen.

Vor allem geht es Amerika nicht um Krieg, sondern um Frieden. Wenn es uns gelingen soll, den Terrorismus zu besiegen und seine bösartige Ideologie zunichte zu machen, müssen die muslimischen Nationen bereit sein, ihren Teil hierzu zu leisten.“

Nun gehören ausgerechnet Saudi-Arabien und Katar zu den weltweit

„ Fällt das Haus Saud, wird das Land nicht zu einem freien Ort, sondern zu einer noch schlimmeren Hölle — in erbitterter Feindschaft gegenüber Israel und dem Westen.“

größten Financiers islamischer Terroristen, und Saudi-Arabien ist unter dem Aspekt der Menschenrechte eines der furchtbarsten Länder der Welt. Gäbe es den Job eines Saudi-Arabien-Kritikers, würde ich mich darum bewerben. Es wäre leicht verdient Geld.

Aber all das trifft auf den regionalen Gegner Saudi-Arabiens, den Iran, ebenfalls zu. Und die Opposition in Saudi-Arabien besteht im Wesentlichen nicht aus Bürgerrechtlern sondern aus Anhängern von Al-Kaida und IS. Fällt das Haus Saud, wird das Land nicht zu einem freien Ort, sondern zu einer noch schlimmeren Hölle — in erbitterter Feindschaft gegenüber Israel und dem Westen. Amerika hat in der Region schon einmal den Fehler gemacht, einen ebenso autoritären wie treuen Verbündeten fallen zu lassen, anstatt „gradual reforms“ einzufordern.

An den Folgen von Jimmy Carters fatalem Fehler leidet die Welt bis heute. Khomeinis Gottesstaat hat die globale Verbreitung des Politischen Islam befeuert, die Bevölkerung des Landes litt mehr als je zuvor. Schnell hat die islamfaschistische Diktatur jene des Schahs an Grausamkeit übertriffen.

Vor diesem Hintergrund ist Trumps Botschaft richtig und unmissverständlich: Wir liefern euch Waffen und lassen nicht zu, dass ein atomar bewaffneter Iran zum regionalen Hegemon aufsteigt. Im Gegenzug erwarten wir, dass ihr aufhört, Terroristen zu finanzieren, den IS besiegt und Frieden mit Israel schließt. Einiges spricht dafür, dass Trumps Besuch in Saudi-Arabien

allerdings nicht in die Karten blicken. Zwar besuchte er als erster amtierender Präsident die Klagemauer, verbat sich gleichzeitig aber die Begleitung Netanjahus und bezeichnete sie als „Teil Jerusalems“ statt als Teil Israels. Trump stellt sich zwar gegen den Iran und dessen Terrorgruppen fest an die Seite Israels, lässt aber offen, ob er die Zweistaatenlösung und Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt Israels für unverrückbare Eckpunkte eines Friedensabkommens hält. Ob Trump tatsächlich der verlässliche Freund Israels ist, als der er sich in der Vergangenheit präsentiert hat, bleibt abzuwarten.

Jedenfalls hat Trump, der von seinen deutschsprachigen Gegnern gerne als „Trumpeltier“ verspottet wird, bei seinem Besuch in Israel mehr Takt und diplomatisches Geschick bewiesen als der deutsche Bundespräsident und der deutsche Außenminister zusammen. Was die deutschen Medien nicht davon abhielt, missglücktes Händchenhalten und einen stillösen Gästebucheintrag in Yad Vashem in den Mittelpunkt der Berichterstattung zu rücken. Man kann Jan Fleischhauers Empfehlung für den Umgang Deutschlands mit Israel nur beipflichten: „U-Boote liefern, Klappe halten“.

Wobei der Eintrag Trumps, der genauso im Gästebuch von Disneyland stehen könnte, tatsächlich den Unterschied zwischen Trump und seinem Vorgänger veranschaulicht. Obama hatte Stil, Klasse und Eleganz, er war smart, eloquent und mit selbstironischem Humor begabt. Trump hat nichts davon. Seine Krawatten sind zu lang, seine Sakkos zu oft offen, seine Sprache ist simpel, sein Benehmen rüpelhaft. Wo Obama lächelte, blickt er grimmig, wo Obama elaborierte, klotzt er, wo Obama tänzelte, stampft er auf.

Aber mit wem man lieber eine Flasche Wein trinken würde, steht in der Politik nicht zur Debatte. Besser der falsche Mann tut das Richtige als der richtige Mann das Falsche.

Offener Brief des Herausgebers Dr. Rafael Korenzecher an Bodo Ramelow

Der thüringische Ministerpräsident und der Anstand

Der Ministerpräsident von Thüringen, Herr Bodo Ramelow, verunglimpfte am 25. Mai 2017 im Zuge einer ureigenen externen Auseinandersetzung mit Dr. Müller-Vogg, einem ehemaligen FAZ-Mitherausgeber, ohne erkennbaren Grund den verstorbenen, ehemals sehr prominenten langjährigen Herausgeber des ZDF-Magazins und Holocaust-Überlebenden Gerhard Löwenthal wegen seines engagierten Einsatzes für die westdeutsche Demokratie mit den Worten: „Hauptsache der Geifer hängt noch an den Mundwinkeln.“

Nachdem sich die JÜDISCHEN RUNDSCHAU gegen die Diffamierung des Verstorbenen eingesetzt hat, warf Herr Ministerpräsident Ramelow der JÜDISCHEN RUNDSCHAU in einem Kommentar auf der FB-Seite der JÜDISCHEN RUNDSCHAU ein Fehlen jeden Anstandes vor:

Hierzu sah sich unser Herausgeber veranlasst folgende Erwiderung zu verfassen:

Lieber Herr Ministerpräsident Ramelow,

ja, Sie haben recht: Die Jüdische Rundschau (JR) hat ihre eigenen Maßstäbe.

Dazu gehört an ganz oberer Stelle der Respekt vor dem Recht und der Freiheit eines jeden Menschen auf seinen Glauben und seine Meinung.

Nun ist das mit dem extensiven Ausleben von Rechten und Freiheiten in einer gleichberechtigten pluralistischen Gesellschaft so eine Sache.

Wie Ihnen sicher bekannt ist, formuliert die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (Déclaration des droits de l'homme et du citoyen) vom 26. August 1789, Artikel 4 hierzu übersetzt:

„Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was einem anderen nicht schadet. So hat die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen nur die Grenzen, die den anderen Gliedern der Gesellschaft den Genuss der gleichen Rechte sichern.“

Diese Maxime kennt auch das Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten vom 5. Februar 1794, Einleitung II. Allgemeine Grundsätze des Rechts. § 83:

„Die allgemeinen Rechte des Menschen gründen sich auf die natürliche Freyheit, sein eignes Wohl, ohne Kränkung der Rechte eines Andern, suchen und befördern zu können.“

Die Menge der hierzu bestehenden Postulate ließe sich noch in einer weiteren langen Reihe von Inhalts-ähnlichen Texten von Immanuel Kants „Metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre“ von 1797 über angelsächsische Rechtsgelehrte bis in die Neuzeit hinein verfolgen.

Eine schöne verständliche und erfrischend unjuristische Formulierung schreibt man dem amerikanischen Rechtswissenschaftler und nahezu drei Jahrzehnte als Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten berufenen Oliver Wendell Holmes jr. (1841 – 1937) zu:

„The right to swing my fist ends where the other man's nose begins.“



Bodo Ramelow, der Ministerpräsident von Thüringen

Und genau darum geht es hier, lieber Herr Ministerpräsident. Die Verteidigung der von Ihnen für sich beanspruchten Glaubensrechte, die Ihnen die JR übrigens in keiner Weise strittig macht, rechtfertigt nach hiesiger Ansicht unter keinen Umständen Ihren globalen Angriff auf die Ehrenrechte des an Ihrem Disput schon aus biologischen Gründen vollkommen unbeteiligten Verstorbenen, Gerhard Löwenthal.

Zwar können meines Wissens nach Verstorbene nicht mehr Inhaber von Persönlichkeitsrechten sein. Jedoch gelten hier, schon aus Rücksichtnahme auf die Angehörigen, ethische Prinzipien, denen sich die JR, gerade wegen ihrer Sensibilisierung als jüdisches Medium nicht minder verpflichtet sieht.

Auch hierzu sind an berufener historischer Stelle bereits allgemein verbindliche Maxime aufgestellt worden.

So sagt Immanuel Kant in seinen metaphysischen Schriften kurz und spröde dazu:

„Das Rechthandeln mir zur Maxime zu machen, ist eine Forderung, die die Ethik an mich tut.“

Die Römer bezogen dies noch mehr auf die Person der Verstorbenen selbst, mit der allseits bekannten These „De mortuis nihil nisi bene.“ (Über die Toten nichts, wenn nicht Gutes.“)

Alles, was die JR hier angegriffen hat, und zwar ohne sich zum Inhalt des von Ihnen an anderer Stelle geführten Disputs auch nur ansatzweise zu positionieren, ist der von Ihnen an den Tag gelegte Mangel an der Sensibilität gegenüber einem verstorbenen jüdischen Menschen, die Sie für sich selbst abfordern und die Ihnen, jedenfalls seitens der JR vorbehaltlos und nicht nur in Sachen Ihres Glaubens eingeräumt wurde und wird.

Mit größtem Nachdruck weise ich daher als Herausgeber der Jüdischen Rundschau die von Ihnen in Ihrem obenstehenden Kommentar getätigte, ebenso substanz- wie haltlose, überaus beleidigende und anmaßende Behauptung aufs Entschiedenste zurück, der JR fehle es hier offenbar an jeder Form von Anstand.

Mein großes Befremden über diese

unzulässige und pauschale Verunglimpfung unserer Publikation, unserer Redaktion und unserer Autoren wird noch verstärkt von der Sorge, ob gegen ein Pressemedium getätigte unhaltbare und ungebremste emotionale Befindlichkeitseruptionen der Art, wie Sie sie hier an den Tag gelegt haben, vereinbar sind mit den hohen Standards an Würde und Verantwortung, die unverzichtbar an einen gewählten politischen Funktionsträger in Ihrer öffentlichen und Vorbildverpflichtenden Position eines Ministerpräsidenten und Landesvaters gestellt werden müssen. Eine Überprüfung des von Ihnen gegenüber der JR getätigten Anwurfs im Hinblick auf Ihre eigenes, durchaus auch zur Einschüchterung eines freien Presseorgans geeignetes Handeln lässt weitere Zweifel daran zu.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Rafael Korenzecher

Herausgeber Jüdische Rundschau

Die Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols

Das Gesetzesvorhaben des amtierenden Justizministers Heiko Maas ist entbehrlich, weil Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung bereits Straftatbestände sind

Von Jaklin Chatschadorian

Wir beobachten in der Debattenkultur der Bundesrepublik seit geraumer Zeit eine negative Entwicklung, welche mit dem sog. „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (in seiner jetzigen Fassung) einen Höhepunkt erreicht und das Grundgerüst unserer Werte- und Rechtsordnung zu verschieben droht.

Die freie Meinungsäußerung ist für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung konstituierend. Als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen, individuellen Persönlichkeit des Einzelnen in einer Gesellschaft gehört das Recht einen Gedankengang offen auszusprechen zu den nobelsten Menschenrechten unserer Zivilisation.

Gerade im Bereich der Äußerung von Werturteilen besteht Grundrechtsschutz von vornherein – unabhängig davon, ob die Äußerung rational oder emotional, begründet oder grundlos ist und ob sie von anderen für nützlich oder schädlich, wertvoll oder wertlos gehalten wird.

Gleichwohl ist das Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht schrankenlos gewährleistet. Zum Beispiel sind Beleidigungen, Verleumdungen und Volksverhetzung im Strafgesetzbuch bereits als Straftatbestand normiert. Zudem gibt es zivilrechtliche Wege, um unzulässigen Inhalten Einhalt gebieten zu können. Wozu also das sog. Netzwerkdurchsetzungsgesetz?

Das entbehrliche Gesetzesvorhaben des amtierenden Justizministers Heiko Maas ist das Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren, die eines Rechtsstaates unwürdig sind.

Es will zwar dem sog. „Hatespeech“ (Zu Deutsch: Hassrede) in bester Absicht entgegenzutreten, bedient sich allem voran aber einer verfassungswidrigen Methode: der Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Auslagerung strafrechtlicher Prüfungen auf Unternehmen.

Damit riskiert es eine willkürliche, unzureichende, ungleichmäßige, rein subjektive Beschränkung eines hohen Rechtsgutes durch private Unternehmen und Stiftungen. Diese wiederum könnten sich der Unterstützung von Subunternehmen bedienen und wir wären im Extremfall beim Hilfsarbeiter, der entscheidet, wer etwas sagen darf und wer nicht.

Genau das ist aber die Verpflichtung des Staates, welche er nur in die vertrauensvolle, entsprechend ausgebildete, politisch neutrale Hand seiner eigenen Kräfte geben darf.

Die Entscheidung beruht letztlich darauf, dass Strafverfolgungsbehörden und Gerichte grundsätzlich überfordert sind. Die Anzahl der registrierten Straftaten in Deutschland ist im Jahr 2016 im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen: Ein Trend, der sich bereits seit mehreren Jahren verzeichnen lässt, seit der sog. Flüchtlingskrise aber an Geschwindigkeit zugenommen hat.

Gleichzeitig klagt der gesamte Bereich der Sicherheits- und Justizbehörden über Personalmangel in nicht unbedeutendem Umfang. Etatkürzungen führten zu Personalabbau, dieser zu einer prekären Sicherheitslage und einer verzögerten, zuweilen nur oberflächlichen Ahndung von Vergehen und Verbrechen.



Heiko Maas

Eine schlechte Haushaltspolitik allein in die Verantwortung zu ziehen, wäre jedoch falsch.

In Zeiten sog. Political Correctness beobachten wir auf der einen Seite das Zusammenwirken eines totalitären Harmonisierungswahns, des Kulturre-

Die deutsche Debattenkultur gleicht dem Geschehen in Pausenhöfen von Schulen in Problembezirken. Wer nicht dazugehört, ist Freiwill für den Mob. Dieser wiederum ist jeder Kritik erhaben, sakrosankt. Derjenige, der auf der richtigen Seite steht, ist zu respektieren.

„Wir wären im Extremfall beim Hilfsarbeiter, der entscheidet, wer etwas sagen darf und wer nicht.“

lativismus und der Übernahme orientalischer Mentalitäten ebenso wie auf der anderen Seite die totale Ächtung von Mindermeinungen, die vor der Relativierung und Rechtfertigung von Gewalt nicht zurückschreckt.

In einem Rechtsstaat hat diese subjektive Ungleichbehandlung von Meinungen (Werturteilen) nichts zu suchen. Der unterwürfige, falsch verstandene Respekt, die Tabuisierung bestimmter Begriffe und Meinungen, die unsachliche Verküpfung einer bestimmten Meinung mit dem Applaus aus einer unbeliebten / unerwünschten Richtung und eine Maxime, die Emotionen den Vorrang vor Argumenten zuspricht, bedingen nicht nur einen bedauerlichen Rückschritt in der westlichen Welt. Vielmehr ermutigen sie zu einem Gegenangriff, der bewährte Prinzipien durchbricht.

Vertritt man klare Interessen der Mehrheitsgesellschaft, plädiert man für das beherzte Mitsingen der deutschen Hymne oder für die Akzeptanz deutscher Grundwerte, macht man sich bereits verdächtig, zum „rechten Rand“ der Gesellschaft zu gehören. Kritisiert man den Nationalismus von Migranten – in dieser Sparte ist der türkische Nationalismus besonders relevant – wird einem meist vorgeworfen, den deutschen Nationalismus zu relativieren. Dieses Ungleichgewicht muss endlich überwunden werden.

Derjenige, der „links“ steht, ist ebenso wie derjenige, der sich larmoyant zu einer politisch populären Minderheit hochgedient hat, per se auf der richtigen Seite.

In der Debatte um die Kritik am Islam wird das Problem besonders deutlich. Hier treffen zwei Feindbilder aufeinander wie es widersprüchlicher nicht sein kann. Deutsche Fremdenfeindlichkeit trifft auf islamistische Verachtung der Ungläubigen. Die berechtigte Ablehnung des weltweit gewalttätigen gelebten Islams gerät zwischen die Stühle. Sie wird durch Umdeutung zur Phobie, also zu einer aus verwerflicher Unwissenheit und Vorurteil genährten, unberechtigten Angststörung, erklärt.

Im Gegenzug wird der sich weltweit aufdrängende Anlass der Ablehnung, die von muslimischer Seite angedrohte oder gar angewandte Gewalt vertuscht, relativiert oder gerechtfertigt.

So kommt es z.B., dass wir als Mehrheitsgesellschaft aufgefordert werden, uns zwecks Erweiterung unseres eigenen Toleranzrahmens weiterzubilden über eine Religion, die Bildung, Zweifel, Diskurs und Kompromiss ablehnt und zur Sünde, welche wiederum – bei konservativer Auffassung – in Eigenregie geahndet werden darf, erklärt.

Nicht nur die Debatte in Deutschland hat sich mit Harmonisierungswahn,

Kritikunfähigkeit und Unterwerfung (im Orient Respekt genannt, bei uns Toleranz genannt) orientalischer Mentalitäten bedient, sondern auch die Politik, die sich in ihrem Dialog mit Religions- und Migrantenverbänden nicht von der Beobachtung dieser durch den Verfassungsschutz stören lassen will.

Unsere Politik, unsere Medienwelt und Debattenkultur, die Political Correctness sowie das falsche Verständnis von Toleranz und Integration führen dazu, dass wir, trotz Aufarbeitung des Holocausts, z.B. den Antisemitismus von muslimischer Seite vor jeder negativen Aufmerksamkeit schützen, um der Minderheit der Muslime in unserem Land „gerecht“ zu werden, um die gesellschaftlichen Spannungen nicht zu befeuern etc.

Aber – sind Juden in dieser Gesellschaft nicht auch eine Minderheit? Eine, die es zu schützen gilt?

Gerade vor einigen Wochen vernahmen wir alle den antisemitischen „Vorfall“ (dieser Begriff findet Verwendung in Artikeln von „Welt“, „Tagesspiegel“ und „Berliner Zeitung“, und wird im Duden „nur“ als plötzlich eintretendes, unangenehmes Ereignis definiert) an einer Schule in Berlin-Friedenau; einer Schule, die seit 2016 Teil des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist.

Laut Tagesspiegel haben an der Schule etwa 75 Prozent der Schüler eine andere Muttersprache als Deutsch, viele kommen aus türkischen oder arabischen Familien. Von „Vorfall“ zu sprechen ist hier ein Oxymoron der besonderen Art. Dem aktuellen Antisemitismusbericht der Bundesregierung zufolge gibt es in islamischen Kreisen dreimal soviel Zustimmung zu antisemitischen Items wie in nichtislamischen Kreisen. Gerade bei Jugendlichen rührt er aus einer Kombination von kultureller und religiöser Sozialisierung. Er ist nicht plötzlich eintretend, sondern anerzogen und gewachsen.

Fazit: Die Bundesrepublik braucht kein Netzwerkdurchsetzungsgesetz, sondern die Schärfung demokratischen Bewusstseins. Gerade in der Debattenkultur ist ein werteorientiertes „back to the roots“ essentiell. Wir sind zu Fortschritt und Wohlstand gekommen, weil wir so sind, wie wir sind. Widerspruch und Zweifel, das Aneinanderreiben gegensätzlicher, unangenehmer, aber einer gemeinsamen Werteordnung entspringender Positionen und Vorstellungen, der (verbale) Streit, haben uns Wettbewerb und Innovation gebracht. Die falsche Zurückhaltung darf in der sachlich geführten Debatte ebenso keinen Platz haben wie die aggressive Überschreitung von Beleidigungstatbeständen im Sinne des § 185 StGB.

Man muss nicht jeden Menschen und seine Ideologie mögen und wertschätzen, am wenigsten jene, die meinen unsere Standbeine versetzen zu müssen – auch nicht um eines falschen Friedens Willen. Die Meinungsfreiheit ist ein Mittel, das beste Mittel, um diesen Widerstand zu üben und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen. Die gute Debatte ist für unsere Grundordnung existentiell. Alles andere ist die Absage an europäische Werte, die in der wertvollen Würde und Freiheit des Individuums ihren Ursprung haben.

Wäre „Israelkritik“ ein Parteiprogramm, könnte man damit in Deutschland Wahlen gewinnen

Wie Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier die israelische Regierung brüskieren und damit bei deutschen Wähler punkten

Von Ulrich W. Sahn

Israel kann sich vor der Flut falscher, giftiger und gehässiger Anwürfe kaum mehr retten. Dabei geht es nicht um die sogenannten „fake-news“ aus sozialen Medien, sondern um gezielte Diffamierung im Namen der Diplomatie.

Die ungeheuerliche „Demokratie“ des Herrn Gabriel

Deutschlands SPD-Außenminister Sigmar Gabriel, bekanntlich auch Vizekanzler in der größten europäischen Demokratie, erklärte gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“: „Die aktuelle Regierung ist nicht Israel, auch wenn sie das gern so darstellt.“

Man muss die israelische Regierung oder gar ihren Premierminister weder mögen noch der Politik zustimmen. Zu behaupten, sie sei nicht Israel, ist ein grundsätzlicher Verstoß gegen die Regeln der Demokratie. Benjamin Netanjahu ist nun mal demokratisch gewählt und hat gemäß allen Regeln der Kunst eine Mehrheitskoalition auf die Beine gestellt. Würde Gabriel auch behaupten, dass Frau Merkel nicht für Deutschland spricht und Herr Trump nicht für die USA?

Und wenn Gabriel schon so Israels Regierung delegitimiert, warum schweigt er zu seinem „Freund“ Mahmud Abbas, der seit 2006 nicht wiedergewählt worden ist und mit der Auflösung des Parlaments die Demokratie in der Autonomiebehörde abgeschafft hat? Über die demokratische Legitimation der Hamas im Gazastreifen müssen hier wohl keine Worte verloren werden. Gleichwohl hatte ausgerechnet Gabriel bei einem seiner Besuche in Nahost von Israel gefordert, diese „palästinensische“ Partei anzuerkennen. Wo in der Welt anerkennen Staaten politische Parteien anderer Länder und über was sollten sie mit ihnen verhandeln? Die Frage, ob Israel nun auch die NPD oder die AFD anerkennen sollte, beantwortete er mit einem lauten Lachen und brach dann das Gespräch abrupt ab.

„Ist das berechnete Syrienkritik?“ werden Sie niemals hören

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat in einer neuen Studie herausgefunden, dass der „moderne Antisemitismus“ in Deutschland seit 2014 von 28 % auf 40 % im Jahr 2016 angestiegen ist. Die entscheidende Aussage lautete: „Aufgrund der Politik Israels, kann ich verstehen, dass die Leute etwas gegen die Juden haben.“ So wird die Studie in der „Jerusalem Post“ zitiert.

Bemerkenswert ist, dass es keinen ähnlichen Begriff für Kritik an anderen Ländern gibt, in denen Menschenrechtsverbrechen und Verstöße gegen das Völkerrecht drastischer sind als vermeintlich in Israel: Syrien, Irak, Jemen und anderswo. Allein anhand dieser Studie kann man sehen, dass Außenminister Gabriel mit seinem Eklat in Israel innenpolitisch, im Vorfeld der Neuwahlen im September, nur positiv punkten konnte. Es ist anzunehmen, dass er diese Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung kannte und



Die komplette Troika der SPD agitiert anti-israelisch.

als profilierter Politiker auch wusste, daraus Kapital zu schlagen.

Eine Woche später kam der Bundespräsident Dr. Frank Walter Steinmeier. Ebenfalls SPD-Genosse wie Gabriel, doch in anderer Rolle, um in Israel nun wieder die „Wogen zu glätten“.

Erneut wurde berichtet, als hätten die Medien nichts verstanden. Wieder

gegen die Pluralität von Gesellschaft ablehne, „stellt sich selbst ins Abseits“. Soweit der „Spiegel“.

Ein Schlag ins Gesicht für jeden Israeli

Netanjahu hat sich allein gegen die Organisation „Schweigen Brechen“ gewandt und das ausdrücklich nicht

den Atem an, die Israelis gedenken der Opfer und zeigen ihren Respekt. Und man kennt die Namen wirklich. Jeder tote Soldat, jeder ermordete Zivilist wird nach den Anschlägen namentlich erwähnt und vom ganzen Land betrauert. Unvorstellbar, dass man in Israel mit Terroropfern so anonym umgehen würde wie in Berlin nach dem Anschlag am Breitscheidplatz.

Der Gedenktag geht in den Unabhängigkeitstag nahtlos über. Hier erinnern sich die Menschen daran, welcher Preis für die Unabhängigkeit bezahlt werden musste und was durch das Opfer der Soldaten erreicht wurde. Die meisten Israelis haben in der Armee gedient. Es gibt wohl keinen Israeli, der nicht mindestens einen Gefallenen persönlich kannte. Eine Diffamierung der IDF ausgerechnet beim Besuch deutscher Volksvertreter konnte nicht übler platziert werden, als im Umfeld dieses nationalen Trauertages.

Am deutschen Wesen kann kein Israeli genesen

Es gibt kaum eine Familie in Israel, die keinen Soldaten stellt. Eine Kriminalisierung ihrer Soldaten, die täglich ihren Kopf hinhalten müssen, um das Land gegen militärische Angriffe, Raketenbeschuss oder Messerstecher-Terror zu verteidigen, ist weder für rechte, noch für linke israelische Demokraten hinnehmbar. Eine Diffamierung ihrer Söhne und Töchter, Väter und Großväter, Kinder und Enkel als „Kritik“ zu bezeichnen und zu erwarten, dass das auch noch goutiert wird, ist ignorant, überheblich und instinktos.

„Unvorstellbar, dass man in Israel mit Terroropfern so anonym umgehen würde, wie in Berlin nach dem Anschlag am Breitscheidplatz.“

wurde behauptet, dass Netanjahu den „Eklat“ mit Gabriel provoziert habe, weil er keine Treffen mit „regierungskritischen Organisationen“ dulde. Steinmeier reagierte darauf – ohne Netanjahu beim Namen zu nennen – in seiner Rede in der Hebräischen Universität mit „klaren Worten“: „Sprechverbote helfen nicht beim Verstehen, und sie schaffen kein Verständnis“, sagte Steinmeier. Und weiter: „Wer seine Stimme erhebt, wer Kritik übt, der ist kein Volksverräter, sondern eigentlich ein Volksbewahrer.“

Ohne „Breaking the Silence“ und „B’Tselem“ zu nennen, lobte der Bundespräsident deren zivilgesellschaftliches Engagement in Israel. Sie verdienen „unseren Respekt als Demokraten auch dann, wenn sie einer Regierung kritisch gegenüber stehen“. Wer hin-

wegen „Regierungskritik“ oder wegen „Siedlungspolitik“, sondern allein wegen deren fraglichen Methoden und unnachweisbaren Behauptungen, israelische Soldaten pauschal als Kriegsverbrecher darzustellen. Das konnte, durfte und wollte Netanjahu als gewählter Premier nicht unmittelbar vor dem Jom haZikaron hinnehmen. Dieser Feiertag ehrt alle Soldaten der israelischen Armee, welche in Kriegen oder bei Terroranschlägen gefallen sind. Am Jom haZikaron wird auch der Zivilisten gedacht, die Opfer des „palästinensischen“ Terrorismus geworden sind. Der Tag beginnt am Vorabend um 20 Uhr (nach dem jüdischen Kalender beginnen die Tage mit dem Sonnenuntergang) mit dem einminütigen Signalton einer Sirene. In dieser nationalen Schweigeminute hält das gesamte Land

Mit dem Merkelianer Laschet wird es den dringend nötigen Neuanfang in NRW nicht geben

Armin Laschets Schmusekurs mit den türkischen Rechtsradikalen

Von Jaklin Chatschadorian

Zuhören. Entscheiden. Handeln. Armin Laschet, der designierte Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und seine CDU haben dem Wähler etwas versprochen. Was werden wir erwarten dürfen? Eine Prognose zur Problemlösungskompetenz.

Die neue NRW-Regierung übernimmt ein Bundesland, das sich in vielen Bereichen de facto insolvent erklärt hat. Aus den Politikfeldern Haushalt, innere Sicherheit, Bildung, Integration, Asyl und Islam durften wir in der vergangenen Legislaturperiode keine erfreulichen Meldungen vernehmen. Nichts Anderes gilt für die Minister, die es in die Medien geschafft haben. Den Rest der unter Kraft regierenden Damen und Herren kennt kaum einer.

Um dieses Land wieder in Bewegung zu bringen, bedarf es ausgefeilter, ineinandergreifender Konzepte. Eigentlich bedarf es auch genügend Zeit. Doch diesen Luxus hat Armin Laschet nicht. Das liberale Aushängeschild der CDU will Lösungskompetenz und konservative Inhalte miteinander verbinden, und gerade letzteres nicht an die AfD abgeben.

Nun steht man in der Verantwortung zu liefern. Lieferverzug bedeutet unwiederbringlichen Schaden, weil Fakten geschaffen, bzw. vom Vorgänger geschaffene Fakten zementiert werden.

Fortschrittliche Integrationspolitik?

Nach Aussage der Bundeskanzlerin steht Armin Laschet als überzeugter Europäer für wirtschaftliche Kompetenz, für eine fortschrittliche Integrationspolitik in einer offenen und sicheren Gesellschaft. An seiner fortschrittlichen Integrationspolitik wollen wir ihn hier messen.

Der Ausbau von Ganztagschulen und die vermehrte Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund, damit einhergehend das Werben um diesen Beruf in Migrantenkreisen, wurde 2006 über ein 20-Punkte-Aktionsplan von Armin Laschet als Integrationsminister initiiert, um die Bildungschancen von Zuwandererkindern zu verbessern.

Weiterhin gehen Kooperationsvereinbarungen mit muslimischen Organisationen, um islamischen Religionsunterricht einzuführen, auf den damaligen Integrationsminister zurück. Er wollte den Islam mit in Deutschland ausgebildeten Religionslehrern und unter deutscher Schulaufsicht installieren. Auch hier zugunsten einer am Allgemeinwohl ausgerichteten Integrationspolitik.

Mit dem Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland und zur multikulturellen Gesellschaft versprach er, als einer der ersten Vertreter der sog. Willkommenskultur schon 2010, die gesamte Bundesrepublik zu einer Republik der Aufsteiger machen zu wollen.

Mit der Forderung einer gemeinsamen Leitkulturdebatte sprach er sich für die Einbringung der von Zuwanderern mitgebrachten Werte aus, damit eine Identifikation mit diesem Land ermöglicht werde. Schließlich ist er auch derjenige, der in bürgerschaftlichem Engagement den Schlüssel zur Integ-



Armin Laschet, der designierte Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

ration und in jeder Einbürgerung einen Gewinn sieht. Also wirbt er seit seinen Anfängen für eine solche.

Laschet steht für schwarz-grüne Zusammenarbeit

Vor zehn Jahren klang all dies sehr gut. Über die sog. Pizza-Connection, einem Treffen von Politikern der CDU und den Grünen, erfreute er selbst jene Vertreter, die für alles andere als eine konservative Politik stehen.

Es wundert auch nicht, dass Armin Laschet bei Integrationslobbyisten mit Migrationshintergrund, wie etwa bei dem Sozialdemokraten und Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek, ebenso hohe Anerkennung genießt wie bei Deniz Güner, dem Vorsitzenden der türkischen Gemeinde NRW. Sympathisch und konstruktiv sei Laschet und an den türkischen Migranten interessiert.

Wohin hat seine umarmende Politik – unter Einbeziehung der ihm folgenden Ära Kraft – uns heute gebracht?

Die NRW-CDU ist teilweise von Islamisten und Rechtsradikalen unterwandert

Zunächst ein Blick auf die CDU. Die CDU ist von türkischen Nationalisten unterwandert. Der Kern der Unterwanderung liegt in NRW. Ob in einer kleinen Kommune oder im Land, überall findet man unter dem Dach der CDU Akteure, die für einen konservativen bis verfassungsfeindlichen Islam oder für eine starke Türkei stehen.

Das Problem ist seit jeher bekannt. Es ist davon auszugehen, dass das im Besonderen auch für den Vorsitzenden der CDU NRW, Armin Laschet, gilt. Schon zu Zeiten des Deutsch-Türkischen Forum der CDU (DTF), der Lobbyorganisation für türkische Interessen,

stand der Integrationspolitiker Armin Laschet bei nationalistischen und nationalislamistischen türkischstämmigen Zuwanderern hoch im Kurs.

Nachdem der türkische Nationalismus im DTF durch „Graue Wölfe“, die ihre rechtsextreme Ideologie nicht mehr verbergen, sondern durch die Bezeichnung als „normal“ in Deutschland, und gerade auch innerhalb der CDU, etablieren wollten, entschied man sich 2014, unter der Landespartei-führung von Armin Laschet zur Gründung der „Union der Vielfalt“. Viele Mitglieder des DTF sah man auch hier wieder. Die Presse sprach von einem Etikettenschwindel. 2016 erfolgte die Umwandlung der „Union der Vielfalt“ (UdV) in den „Landesfachausschuss für Integration“. Dem Vernehmen nach sind 18 der 24 Ausschussmitglieder dieselben, die auch bei der UdV aktiv waren.

Unter dem Slogan „jung, bunt, weiblich“ hatte Armin Laschet zwei türkischstämmige Politikerinnen aus diesen Kreisen persönlich unterstützt. Seine Unterstützung steht bis heute und wird von einem breiten Netzwerk innerhalb des Klüngels getragen. Wer gut ist zu den einen, die jemandem oben in der Hierarchie nahestehen oder dessen Unterstützung genießen, wird ebenso in die Gunst des richtigen kommen.

Heute sitzt Cemile Giousouf als Integrationspolitikerin im Bundestag und ist mit einem sicheren Listenplatz für die kommende Bundestagswahl aufgestellt. Serap Güler saß bis vor zwei Wochen im Landtag NRW, ebenfalls als Integrationspolitikerin.

Die Qualifikationen für die Integrationspolitik sind bei diesen beiden Personen kaum ersichtlich, sofern man nicht den Migrationshintergrund an sich als

Qualifikation akzeptiert. Was aber beide Damen können ist eines: Sie sprechen hervorragend Deutsch, sind westlich kurz gekleidet und hip in sozialen Netzwerken. Allein damit stehen sie für die in Deutschland gern gesehene Erfolgsgeschichte von Migration und Integration. Unter dem Deckmantel einer gelungenen Integration werden aber türkische Interessen vermarktet. Cemile Giousouf bedient jene Fragen, zugunsten des türkischen Islams, Serap Güler ist im Einsatz zugunsten eines modernen Türkentums.

Kontakte zu DITIB und Mili Görüs

Der Dialog mit der DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) wird hier im Namen der CDU ebenso aufrecht erhalten wie die Kontakte zur vom Verfassungsschutz beobachteten IGMG (Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.)

Armin Laschet hier eine Unwissenheit zu unterstellen, würde seinen Qualitäten nicht gerecht werden. Er kennt viele der wichtigen Akteure der in Deutschland ansässigen türkischen Gemeinschaft persönlich und sein Netzwerk ist im Laufe der Jahre, ebenso wie seine interkulturellen Kompetenzen, gewachsen. Er ist ein erfahrener, durchaus durchsetzungsstarker Politiker, der lesen und schreiben, Verfassungsberichte einsehen und mit der Zeit gehen kann. Die rheinische Frohnatur versteht es einfach, alle bei Laune zu halten und so manches unter den Teppich zu schieben, noch bevor die Reinigungskräfte eintreffen. Eine Politik der harten Hand würde nur unliebsame Bilder erzeugen und einen Wählerpool kosten.

Die Nähe der CDU zum politischen Islam ist Armin Laschet und seinen

„Stipendiaten“, aber auch zum Beispiel Ruprecht Polenz, Thomas Kufen und Peter Tauber zu verdanken. Türkische Nationalislamisten sind letztlich für die türkeiaffine CDU von heute Gold wert. Einerseits bilden sie, aufgrund von vielfältigen Beziehungen in die Türkei eine wichtige Brücke zum türkischen Staat, welche auch von der Kanzlerin geschätzt werden dürfte. Andererseits sind türkische Kontakte zur Vermittlung in nichttürkisch-islamische Kreise von Nutzen, um in der Integrationspolitik durch die Präsentation von vermeintlicher Vielfalt dem Vorwurf einseitiger Turkophilie entgegenzutreten.

Anders als der fortgeschrittene Rassismus von Migrantenseite stört jede selbstbewusst deutsche Argumentation. Klassisch konservative Inhalte werden in Acht und Bann schlagen, um die Konkurrenz – etwa in Form einer erstarkenden neuen Partei wie der AfD – zu besiegen.

Nicht der türkische Nationalismus und nicht der arabische Islamismus, nicht die Nähe dieser Ideologien zu Dschihadismus und Terrorismus werden als Gefahren für Demokratie, Partei und Land benannt, sondern die Politik der AfD.

Im Kampf gegen „rechts“ und für Integration sitzt Armin Laschet in Gesprächsreihen mit Aiman Mazyek, um zu betonen, dass Religionen nicht generell ursächlich für Gewalt seien und mit ihm und anderen Demokraten schreibt Armin Laschet in der Sammlung „AfD – bekämpfen oder ignorieren“ mutig gegen Populismus und Rassismus.

Hier stört er sich offenbar nicht an der Tatsache, dass Aiman Mazyek mit dem Zentralrat der Muslime türkische Rechtsextremisten (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. ATIB) und die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V., die der extremistischen Muslimbrüderschaft zugeordnet wird, vertritt. Es scheint nicht von Bedeutung zu sein, dass genau diese zwei Vereinigungen vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

„Integrationsräte“ wirken in den kleinsten Kommunen

Die von Integrationsminister Laschet initiierte interkulturelle Öffnung des Lehrberufes ist unter der rotgrünen Regierung zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung angewachsen und ermöglicht die Unterwanderung in Legislative, Exekutive und Judikative. Gleichzeitig wird diese mit Nachdruck von den Integrationsräten bis in die kleinste Zelle jeder Kommune forciert.

Die Einbindung von Familien, über die Akzeptanz der von Zuwanderern gebrachten Werte, führte im Schulunterricht dazu, dass muslimische Väter und Mütter sich aktiv beteiligen, in dem sie ihre religiöse Sonderbehandlung immer offener einfordern. Entsprechende Unterstützung bekommen sie von Religionsverbänden, die sich wiederum im Beirat für muslimischen Religionsunterricht an der, dem Staat obliegenden, Unterrichtsgestaltung beteiligen. Die kontrollierende, deutsche Schulaufsicht, von der in den Anfängen dieser als weltoffen beschriebenen Politik die Rede war, ist nicht sichtbar.

Damit per „gemeinsamer Leitkultur“ eine Identifikation mit diesem Land ermöglicht wird, einigten sich unter Ministerpräsidentin Kraft die im Düsseldorf Landtag vertretenen Parteien, damit auch die CDU unter Armin Laschet, auf eine Verfassungsänderung, nach welcher Mitglieder der Landesregierung bei ihrer Vereidigung künftig nicht mehr auf das „deutsche Volk“

schwören sollen. Es gilt nunmehr, die ganze Kraft dem Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen zu widmen.

Nach alledem lässt sich feststellen, dass die Eingaben von Armin Laschet, die 2006 noch als fortschrittlich und weltoffen einen neuen Schwung in die CDU und in die Landesintegrationspolitik brachten, zwar gut gemeint waren. Es fehlte jedoch an Weitsicht. Stellschrauben für einen – sich aufdrängenden – Missbrauch wurden nicht gesetzt.

Die infolgedessen eintretenden, negativen Folgen, welche man besonders innerparteiisch gut beobachten kann, wurden nicht offensiv in Angriff genommen. Vielmehr entschied man sich für eine „Deckel drauf“ - Behandlung. Statt Probleme zu beseitigen, gleich ob in aller Offenheit oder umsichtig im Hintergrund, ermahnte man jene, die den Finger in die Wunde legten. Wer die Partei zu laut, zu erfolgreich kritisiert, wird in diesem System daraufhingewiesen, dass der Gang an die Öffentlichkeit strenggenommen als parteischädigend

des Verhalten gewertet werden könne.

Armin Laschet steht nun als designierter Ministerpräsident in der Verpflichtung, nicht nur einer populären Seite zuzuhören und populäre, kurzfristig glänzende Lösungen anzustreben, sondern nachhaltige, am Gemeinwohl orientierte Entscheidungen zu treffen und entsprechend offen und transparent zu handeln. Wird er diesen Wandel schaffen oder sich für die Fortsetzung seiner bisherigen Politik entscheiden?

Wie wird er mit den Anträgen auf Anerkennung der vier größten islamistischen Religionsverbände als Körperschaft öffentlichen Rechts umgehen, gerade auch mit Blick auf die teilweise Beobachtung dieser Verbände bzw. ihrer Mitglieder durch den Verfassungsschutz? Wer wird nunmehr den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen mitgestalten? Wie wird man mit dem in NRW erstarkten Rassismus, der von nationalistischen Kräften ebenso ausgeht wie aus der Mitte der muslimischen Bestands-

migrantschaft, umgehen? Wie will man bei jenen Flüchtlingen, die eine religiös-konservative bis islamistische Einstellung mitbringen, die Integration und die Werteordnung dieser Gesellschaft nahebringen? Gibt es Anzeichen für eine Absage an die Politik des blinden Umarmens? Wie will man der Integrationsverweigerung Grenzen setzen? Was dürfen wir Frauen, die seit neuestem einer besonderen Gefährdung im öffentlichen Raum gegenüberstehen, von der Politik unter der Führung der CDU erwarten? Wird es Bestrebungen geben, die den Bürger zu mehr Wachsamkeit auf der Straße und vor der eigenen Tür ermutigen?

Ich traue der CDU NRW nicht zu, diese Punkte ausgehend am Allgemeinwohl dieser Gesellschaft bearbeiten zu wollen. Ich halte die Politik der CDU, die Politik des Relativierens und Verbergens, die Politik der Förderung dieser Kräfte, für gefährlich; für NRW und für die Bürger dieses Landes. Ausgefeilte Konzepte sind nicht sichtbar.

GREGORY'S

JOAILLIER



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

<p style="text-align: center; color: #4a4a8a; font-weight: bold;">Umarbeiten</p> <p style="font-size: small;">Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.</p>	<p style="text-align: center; color: #4a4a8a; font-weight: bold;">Unikate</p> <p style="font-size: small;">Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregroy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier</p>	<p style="text-align: center; color: #4a4a8a; font-weight: bold;">Reparaturen und Reinigung</p> <p style="font-size: small;">Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.</p>
--	--	---

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Der erbitterte Kampf der „Tagesspiegel“-Journalistin Andrea Dernbach für den Islam

Die Opfer islamistischer Anschläge bleiben in der deutschen Öffentlichkeit gesichts- und namenlos

Von Oliver Zimski

Eigentlich war der April 2017 kein guter Monat für das internationale Renommee des Islams. Allein in Europa begingen fanatische Anhänger der selbsternannten „Religion des Friedens“ drei blutige Anschläge. Am 3. April sprengte sich ein Selbstmordbomber in einer einfahrenden U-Bahn in Sankt Petersburg in die Luft und riss 14 Menschen mit in den Tod. Am 7. April zermalmte ein Lkw-Attentäter in der Stockholmer Innenstadt vier Passanten. Am 20. April, wenige Tage vor dem ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahlen, erschoss ein IS-Sympathisant auf der Prachtstraße Champs-Élysées in Paris einen Polizisten und verletzte mehrere andere Menschen schwer. Hinzu kommt die übliche „Begleitmusik“ in der restlichen Welt: etwa der heimtückische Massenmord an betenden Soldaten im afghanischen Masar-i-Scharif mit 140 Toten oder die Anschläge am Palmsonntag in Ägypten auf Kirchen der koptischen Minderheit, die mehr als 40 Todesopfer forderten.

Eigentlich. Denn, Hand aufs Herz – in Erinnerung bleiben wird den meisten der diesjährige April höchstens wegen seiner Wetterkapriolen. Dass man, sofern man nicht unmittelbar selbst betroffen ist, mit zunehmender Häufigkeit solcher Anschlag-Meldungen abstumpft, diese auch bald wieder vergisst, ist menschlich. Die Nummer mit dem Lkw in Stockholm war ja auch nicht neu, sondern bereits die vierte derartige Attacke innerhalb eines Dreivierteljahres (nach Nizza, Berlin und London). Die Verdrängung von etwas Beängstigendem, das man nicht ändern kann, dient der psychischen Balance. Man gewöhnt sich an alles, und das Leben geht weiter.

Warum kennt niemand das Terroropfer Ebba aus Stockholm?

Damit ist allerdings nicht zu erklären, dass die Opfer islamistischer Anschläge, anders als diejenigen rechtsextremer Gewalt, in der deutschen Öffentlichkeit mehr oder weniger gesichts- und namenlos bleiben. Wieso kennt kaum jemand die zwölf Toten vom Breitscheidplatz, wohingegen die zwölf Opfer der NSU-Mörder mit staatlichen Ehrungen überhäuft, ja sogar Straßen nach ihnen benannt wurden? Dass die 11-jährige Ebba aus Stockholm, ein bildhübsches, fröhliches Mädchen mit langen dunkelblonden Haaren, auf dem Nachhauseweg von einem Dschihadisten, der es nach Zeugenberichten mit seinem Lastwagen gezielt auf Frauen und Kinder abgesehen hatte, buchstäblich zerstückelt wurde; dass ein Foto von ihren sterblichen Überresten, die wie nasser Müll auf dem Asphalt klebten, auf islamistischen Webseiten kursierte und dort mit begeisterten Kommentaren und vielen „Likes“ versehen wurde – wer weiß das schon, und wen regt es auf?

Solche Hintergrundinformationen muss man sich mühsam aus in- und ausländischen Quellen zusammensuchen. Die unbestätigten Gerüchte hingegen, wonach eine ägyptische Studentin, die in Cottbus angefahren wurde, im Sterben liegend, von Insassen des Unfallwagens fremdenfeindlich beleidigt wurde, gingen vor wenigen Tagen



Nach dem islamischen Terroranschlag von Nizza.

wie ein Lauffeuer durch alle wichtigen deutschen Medien. Natürlich ist das verabscheuenswürdig, wenn es wahr sein sollte, aber stimmen hier wirklich die Gewichtungen in der Berichterstat-

tete perverse Bewunderung für seine „Vitalität“ und „Kraft“ noch verstärken. Andere Vorkommnisse sind da womöglich imageschädigender. In den letzten Wochen waren dies in Deutsch-

Berichterstattung darüber Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten sein könnte oder geeignet wäre, „Islamophobie“ (übrigens ein Kampfbegriff der iranischen Mullahs, um jegliche Kritik am Islam zu pathologisieren) zu verstärken. Aus einer ideologisch verzerrten, auf die NS-Vergangenheit fixierten deutschen Binnenperspektive wähnt sie Muslime von permanenter Diskriminierung bedroht, betrachtet sie sogar als „neue Juden“ und übernimmt kritiklos die von den Islamverbänden gepflegte Opferrolle. Diese Kaste gibt vor, die „Vielfalt“ der Gesellschaft wahren zu wollen, scheint eine solche jedoch allein an der möglichst großen Anzahl bunter Kopftücher zu messen. Aus ihrer Sicht brannte es im April – abgesehen von der Aufregung um die islamistischen Anschläge – dreimal lichterloh.

Eine, die in derartigen Notsituationen immer zuverlässig zur Stelle ist und sich wie eine gute Glücke vor ihre Schützlinge stellt, ist Andrea Dernbach. Was ihr Kollege Daniel Bax in der verbohrteten Betonvariante bei der „taz“ betreibt, das leistet sie beim „Tagesspiegel“ wesentlich geschickter und geschmeidiger. Nur nach der Kölner Silvesternacht 2015, dem Super-GAU aller „Islamophobie“-Wächter, wagte sie sich zu weit aus der Deckung, als sie den belästigten und vergewaltigten Frauen unterstellte, sie versuchten, mit ihren Anzeigen bei der Polizei aus rassistischen Motiven Abschiebungen von Nordafrikanern zu beschleunigen. Prompt erhielt sie massiven Gegenwind. Seitdem agiert sie vorsichtiger.

„Der Grund dafür ist wohl die Tabuzone, die in der deutschen Öffentlichkeit rund um den Islam errichtet wurde, um diesen vor Kritik zu schützen.“

tung? Wieso werden Menschen, deren Leben durch islamistische Anschläge ausgelöscht wurden, wie Opfer dritter Klasse behandelt?

Der Grund dafür ist wohl die Tabuzone, die in der deutschen Öffentlichkeit rund um den Islam errichtet wurde, um diesen vor Kritik zu schützen. Sobald irgendetwas geschieht, was ein ungünstiges Licht auf ihn werfen könnte, schwärmen die Nachwächter seiner Lobbyverbände samt ihrer medialen Unterstützer aus und stimmen die immer gleiche Leier an: das Geschehene habe nichts mit dem Islam zu tun, man müsse bitte jeden Generalverdacht gegenüber Muslimen vermeiden, dürfe ihnen nicht zumuten, wegen Extremisten unter Rechtsfertigungsdruck zu geraten, und solle im Übrigen ruhig weiterschlafen.

Dabei lässt sich durchaus über die Frage streiten, ob Terroranschläge fanatischer Muslime das Ansehen des Islams tatsächlich beschädigen, oder ob sie nicht vielmehr den ohnehin schon ins Monströse übersteigerten „Respekt“ vor ihm und eine verbreit-

land etwa der „Moscheereport“ des Journalisten Constantin Schreiber, in dem er festgestellt hat, dass in 13 zufällig ausgewählten Moscheen die Imame durchweg zur Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft aufriefen oder sogar gegen „Ungläubige“ hetzten; das Verfassungsreferendum in der Türkei, bei dem in Deutschland lebende Türken zu einem höheren Prozentsatz für die Einführung von Erdogans diktatorisches Präsidialsystem stimmten als ihre Landsleute in der Türkei selbst; der Antisemitismusbericht des deutschen Bundestages, der konstatierte, dass Juden in Deutschland sich immer stärker durch den importierten Judenhass muslimischer Zuwanderer bedroht fühlen.

Auf Wacht gegen „Islamophobie“

Daraufhin klingelten in manchen Redaktionen die Alarmglocken. Denn für eine einflussreiche Kaste deutscher Meinungsmacher steht nicht das Ereignis selbst im Mittelpunkt; sie beschäftigt vor allem die Frage, ob die



Nach dem islamischen Terroranschlag von Berlin

„Tagesspiegel“-Journalistin Andrea Dernbach streitet für das Image des Islams

Trotzdem weiß der aufmerksame Leser sofort, wenn die für „Migration, Minderheiten, Bürgerrechte und Geschlechterpolitik“ zuständige Tages-

was den guten Ruf des Islams gefährdet und Ressentiments gegen Muslime nährt. In allen drei genannten Fällen war Dernbach sofort zur Stelle. Um die Aufregung über den „Moscheereport“ einzudämmen, diagnostizierte sie erwartungsgemäß einen „fatalen Gene-

setzen die „gutwilligen“ Muslime unter Druck und stärkten die Position der Radikalen: „Seht her, man hasst uns Muslime, ihr strengt euch umsonst an.“

Sarrazin sei schuld am Pro-Erdogan-Votum

Nach der negativen Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf das reaktionäre Wählervotum einer 60 bis 70-prozentigen Mehrheit der von den Türken in Deutschland und anderen Ländern Westeuropas abgegebenen Stimmen, die aus ihren freien Aufnahmegesellschaften heraus faktisch die Entstehung einer Diktatur in der Türkei förderten, ließ sie den Migrationsforscher Haci-Halil Uslucan seine Gründe für die „besondere Sensibilität“ der Türken in Deutschland ausbreiten: die hier erlittene „objektive Diskriminierung“ sowie die Sarrazin-Debatte von 2010, welche daran schuld sei, dass die angeblich starke Identifikation der hier lebenden Türken mit Deutschland erheblich nachgelassen habe.

In Reaktion auf die Vorstellung des Antisemitismusberichts der Bun-

Community aufmerksam, verschiebt sich nach ihrer Bearbeitung die Verantwortung stets wie von Zauberhand auf „die Gesellschaft insgesamt“ oder gleich auf die Rechtspopulisten. Erreicht wird dieser Effekt in der Regel nicht durch direkte Parteinahme, sondern durch eine entsprechende Auswahl von „Experten“ und Interviewpartnern, deren Meinung dann – scheinbar journalistisch sauber – nur zitiert wird.

Welches Denken hinter der Methode Dernbach steckt, erhellt ein älterer Artikel, in dem sie darlegt, wieso es in Deutschland – etwa bei von muslimischen Gangs verübten Gewalttaten – keinen „deutschenfeindlichen Rassismus“ geben kann: „Rassismus war immer der Vorwurf der Unterdrückten an die Adresse der Unterdrücker, der Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse gegen deren Nutznießer. Er erzählt von Macht. Dass Migranten in einer Machtposition gegenüber autochthonen Deutschen wären, würde wohl auch Ministerin Schröder nicht behaupten.“

Mit anderen Worten: Bevor die sich



Auch die Evangelische Kirche kämpft für ein positives Image des Islams.

„Für Andrea Dernbach kann es keinen moslemischen Rassismus geben.“

desregierung zitierte Dernbach die LINKE-Politikerin Petra Pau, wonach Judenfeindlichkeit kein Problem von Muslimen und Arabern sei. Auch der antisemitische Vorfall an einer „Schule ohne Rassismus“, wo offenbar muslimische Jugendliche einen jüdischen Mitschüler mobbten, zeige, „wie schwer sich die deutsche Gesellschaft insgesamt im Umgang mit Antisemitismus tut“. Zum Abschluss des Artikels hebt sie hervor, dass die AfD sich auf ihrem Kölner Parteitag geweigert habe, sich von Antisemitismus zu distanzieren.

Gerade der letzte Artikel verdeutlicht exemplarisch Dernbachs Arbeitsweise. Macht die ursprüngliche Meldung noch auf ein Problem der muslimischen

stetig verschärfenden Probleme mit islamisch konnotiertem Antisemitismus und Ressentiments gegen „Ungläubige“ in Deutschland auch als solche benannt werden dürfen, müssen wir warten, bis die muslimischen Einwanderer gegenüber der autochthonen Bevölkerung in der Mehrheit sind und auch die ihnen dann zustehenden Machtpositionen besetzen. Bis dahin folgt Andrea Dernbach einer klaren Agenda: der bedingungslosen Verteidigung des (eingewanderten) Morgenlandes.

Oliver Zimski ist Übersetzer, Sozialarbeiter und Autor. 2015 erschien sein Kriminalroman "Wiosna - tödlicher Frühling".

spiegel-Redakteurin sich zu Wort meldet: Es muss wieder etwas passiert sein,

ralverdacht“ und behauptete, Reportagen wie die von Constantin Schreiber

Die Visegrad-Staaten und Österreich haben Deutschland vor sich selbst geschützt

Ohne Österreich wäre die Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien noch immer offen

Von Markus Vahlefeld

Gleich ein Geständnis vorweg: ich hatte Angst. Das kommt nicht oft vor. Meist schaffe ich es, mir meine Ängste durch Reflexion oder eine gute Portion Sarkasmus vom Leib zu halten. Dieses Mal bin ich einige Monate lang damit gescheitert.

Angst, so wird allenthalben gesagt, sei ein schlechter Ratgeber. Das ist sicher richtig, auch wenn dieser Satz die letzten Monate vor allem von denen kam, die sich entweder nur in gepanzerten Limousinen und mit Bodyguards aus dem Haus wagen, oder von denen, die ihre eigene Angst vor TTIP und Kernkraftwerken als Ausweis einer höheren Moral ansehen, andere Ängste aber nicht gelten lassen.

Gute Angst und böse Angst

An einmal der Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl begangen wurde, ist mir das Missverhältnis von guter Angst und böser Angst wieder ins Auge gesprungen. Der Angst vor dem „unsichtbaren Tod“ wurde in Funk und Fernsehen großer Raum eingeräumt. Dass sie eine berechtigte Angst ist, wurde dabei als selbstverständlich vorausgesetzt. Angst vor den Konsequenzen der bizarren und völlig aus dem Ruder gelaufenen Politik Angela Merkels dagegen gilt als unberechtigt, ungebildet und demokratieschädlich.

Nun gibt es schönere und freudvollere Aufgaben, als in die dunklen Verliese der eigenen Angst hinabzusteigen. In Märchen werden Ängste oft mit wilden Tieren und Drachen verbildlicht, die in dunklen Wäldern oder noch dunkleren Höhlen hausen und die der Held oder die Heldin aufsuchen und niederringen muss. Übersetzt auf unser postheroisches Zeitalter heißt es wohl: setze dich mit deinen Ängsten an einen Tisch und redet miteinander. So habe ich es also getan (man muss ja nicht gleich zusammen beten).

Zuerst erschien ein sehr diffuser Zeitgenosse an meinem Tisch. Er wirkte irgendwie aus meiner Kindheit kommend und verpackte sich selbst gerne in ein Bild, das wiederum einem Märchen entsprungen war. Er nannte sich „der süße Brei“ und in ihm geht es um einen Zaubertopf, der einem kleinen Mädchen gehört, das ihn gut beherrscht. Eines Tages ist das Mädchen aus dem Haus, und die Mutter befiehlt dem Topf zu kochen, und der Topf kocht Brei. Den zweiten Spruch jedoch, wie der Topf auch wieder aufhört zu kochen, hat sie sich nicht gemerkt, und also hört der Topf nicht wieder damit auf und kocht und kocht „und der Brei steigt über den Rand hinaus und kocht immer zu, die Küche und das ganze Haus voll, und das zweite Haus und dann die Straße, als wollts die ganze Welt satt machen, und ist die größte Noth, und kein Mensch weiß sich da zu helfen.“ Die ganze Stadt ist bereits unter Brei begraben, als das Kind nach Hause kommt und zu ihm nur „Töpfchen, steh“ sagt. Da hört es auf zu kochen.

Irgendwie geht das Märchen also gut aus, auch wenn es sicher lange Zeit benötigte, die Stadt wieder flott zu bekommen. Was mit der Mutter geschah,



Zuwanderer versuchen gewaltsam in Ungarn einzudringen.

wissen wir nicht. Darüber hüllt sich das Märchen in Schweigen.

Der Irrsinn der Mutter

So saßen wir also zusammen am Tisch, meine Angst und ich, und mussten herzlich lachen über die Präzision, mit der die Gebrüder Grimm Seelenzustände in wunderbare kleine Geschichten zu packen vermocht hatten. Und als dann die Österreicher im Verbund mit den befreundeten Balkanstaaten endlich das Zauberwort aussprachen und der Topf zu kochen aufhörte, fiel auch der Bart der Angst ab und sie löste sich in Wohlgefallen auf.

Und so lebten wir vergnügt bis an Ende unserer Tage? Weit gefehlt.

Die Angst vor dem unaufhörlich weiterkochenden Topf war das eine. Vielleicht war sie eine infantile unreflektierte Angst, von denen ich natürlich einige kenne. Viel größer, so stellte ich fest, war die Angst, dass der Irrsinn der Mutter, die das Zauberwörtchen ja nicht einfach nur vergessen, sondern sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden schmutzigen Tricks zeternd geweigert hatte es auszusprechen -, dass dieser Irrsinn wieder von vorne losgehen könnte. Um im Märchen zu bleiben: wer oder was hinderte die Mutter künftig daran, das Kind aus dem Haus zu jagen und den Topf wieder zum Kochen zu bringen?

Alle Parteien sind eine Einheitsfront und der Bundespräsident auf Linie

Alle Bremsvorrichtungen, die eine funktionierende Demokratie vor ent-

fesselten Fehlentscheidungen und der Machtbefugnis eines einzelnen Menschen („Führers“) schützen soll, galten als obsolet: der Bundespräsident auf Linie, das Parlament freundlicherweise selbst entmachtet, alle im Bundestag vertretenen Parteien zu einer Einheitsfront verschmolzen und die Claqueure der Kanzlerin in den Redaktionsstuben wurden auch nicht müde, sie für ihre Weisheit und Tugend zu preisen.

Spätestens, als „deutsche Kulturschaffende“ sich im März 2016 mit einem Brief und roten Rosen bei Angela Merkel für ihre Flüchtlingspolitik

„Flüchtlinge“ - dazu muss man nur die Zahlen der Übergriffe von „Flüchtlingen“ auf Deutsche ins Verhältnis setzen zu den Zahlen der Übergriffe von Deutschen auf „Flüchtlinge“ -, sondern vielmehr gegen jene, die auf der karitativen Begeisterungswelle partout nicht mitschwimmen wollen. War man früher Vaterlandsverräter oder Defätist, ist man heute eben Fremdenfeind oder besser gleich noch Nazi.

Nicht mitschwimmen ist aber zu allererst Ausweis demokratischer Reife und Ausweis einer absolut notwendigen Gewaltenteilung zwischen

”

Nicht mitschwimmen ist aber Ausweis demokratischer Reife.

“

bedankten („es ist Zeit, dass wir Dankeschön sagen. Angela Merkel ist eine Chefin, die es mit Souveränität schafft, die Situation zu händeln“), musste jedem halbwegs denkenden Menschen klar geworden sein, dass in weiten Teilen der deutschen Meinungselite nordkoreanische Verhältnisse ihren Einzug gehalten hatten. Wohlgemerkt: ganz freiwillig und nur aus dem Zwang der guten Gesinnung heraus.

Nichtschwimmer sind Nazis

Deutschland, soviel ließ sich festhalten, hatte auch ganz ohne staatlich gelenkte Repressionsapparate zu einer „Konsenskultur“ gefunden, die eine Eigenschaft von Kriegszeiten ist. Und Krieg herrscht seitdem. Viel weniger gegen

zu kontrollierenden Herrschern und ihre Stimme bekanntlich abgegebenen Beherrschten - und nicht der einer rechtsradikalen Gesinnung. Diesen Unterschied haben vor allem die linksliberalen Medien bis heute nicht verstanden und trommeln weiterhin das Lied der weisen Führerin, getreu dem DDR-Motto „die deutsche Öffentlichkeit erwartet begeisternde Werke über unsere Gegenwart.“

Gab es die letzten Monate irgendeine Lüge, die ausgelassen wurde, dass wir an sie nicht wie an ein Mantra glauben sollten? Angefangen mit den „Flüchtlingszahlen“ für das Jahr 2015, die zuerst von 400.000 auf 700.000 hochkorrigiert wurden, dann wunderbar die Millionengrenze überschritten

und sich schließlich bei irgendwas zwischen 1,1 und 1,4 Millionen einpendelten. So ganz genau wusste es keiner.

Heute wissen wir, dass allein in den sechs Monaten zwischen September 2015 bis März 2016 mehr als 1 Million Menschen unkontrolliert und bar jeder Verwandnis und Verwendung nach Deutschland gekommen sind und es sich eben nicht um die gut ausgebildeten Facharbeiter, Ärzte und Ingenieure handelte, die angetreten waren, unsere Renten zu sichern.

Der Zuzug in nur 6 Monaten hatte den Umfang der Millionenstadt Köln

Eine Million Menschen in sechs Monaten kann man auch herunterbrechen auf 5.000 Menschen am Tag, das ist die Bevölkerung einer deutschen Kleinstadt, die täglich über die Grenze gekommen ist. Eine Million Menschen in sechs Monaten für ein Land mit insgesamt vier Millionenstädten bedeutet die Neuan siedlung einer weiteren Millionenstadt in der Größe Kölns. Das mag demographisch alles notwendig sein, umso notwendiger wäre es dann, dass dieses Land, das seinen Bürgern eh schon eine der höchsten Steuer- und Abgabenlasten der Erde oktroyiert, eben diesen seinen Bürgern einen Gegenwert in Form von Kontrolle und Auswahl der Neubürger zur Verfügung stellt. Stattdessen werden die Steuer- und Abgabenlasten steigen und die Lebensqualität, die Sicherheitsstandards und das Bildungsniveau in Deutschland weiter sinken.

Lauter Lügen

Der Lügen könnte man dutzende weitere hinzufügen. Die von einer friedlichen Silvesternacht in Köln beispielsweise. Oder die, dass die Anschläge in Paris und Brüssel nichts, aber auch gar nichts mit dem vollständigen Kontrollverlust an der deutschen Grenze zu tun gehabt haben („Terroristen brauchen keine offenen Grenzen“). Oder die, dass an den Zusammenrottungen zu Silvester in Deutschland ganz sicher keine Flüchtlinge beteiligt waren.

Was waren die Phrasen der herrschenden Klasse voll von „der Härte des Rechtsstaats“ und „konsequenter Abschiebung“, von „europäischer Lösung“ und „Fluchtursachenbekämpfung“. Erinnert sich noch jemand an die schalen Mantren, die die Bundeskanzlerin bei Anne Will zum Besten gab? Keine „nationalen Alleingänge“ versprach sie da, kreiβte und gebar ein deutsch-türkisches Abkommen, das der Rest Europas nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt. Oder ihre Aussage auf die Frage von Anne Will, ob denn Deutschland seine Grenzen nicht schließen müsse. „Wie soll das funktionieren? Sie können die Grenze nicht schließen.“ Einige Wochen später unternehmen die Balkanstaaten und Österreich genau diesen Versuch, und siehe da – es funktioniert!

Wenn es nach Angela Merkel gegangen wäre, würden die Grenzen zwischen Griechenland und Mazedonien immer noch offen sein. Wie ein Rohrspatz schimpfte sie über die Österreicher und die Visegrad-Staaten, als diese sich anschickten, die Grenzen zu schließen. „Eine schwerwiegende Rückentwicklung der Europäischen Union“, hat sie es genannt.

Hat irgendjemand aus dem Recherchenetzwerk, das unter lautem Tam-Tam die völlig unspektakulären Panama-Papers ans Licht brachte, mal nachgeforscht, wie der Türkei-Deal eigentlich hätte umgesetzt werden sollen,

wenn die Balkanroute noch immer offen wäre? Müsste Griechenland dann täglich 10.000 Menschen in die Türkei zurückschicken? Oder nur die, die sich nicht mit Händen, Füßen und manchmal auch Lattenzäunen wehrten, und der die Polizei habhaft werden könnte? Und die anderen würden sich weiterhin auf den Weg nach Deutschland machen können? Was war der Plan Angela Merks, mit einer offenen Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien die Menschen von der Wanderbewegung abzuhalten? Was haben Selbstschussanlagen an der syrisch-türkischen Grenze mit Fluchtursachenbekämpfung zu tun?

Und Hand aufs Herz: hat irgendjemand wirklich daran geglaubt, dass die Türkei, um die Visafreiheit für ihre Bürger zu erreichen, alle 72 Forderungen der EU umsetzen würde? „Es wird keinen Flüchtlingsrabatt für die Türkei geben, wenn es um die Anwendung der Visa-Spielregeln geht“, hieß es vollmundig von europäischer Seite, als das Abkommen unterzeichnet war. Heute wissen wir, dass die Türkei auf diese Forderungen pfeift und ihre Bürger trotzdem visafrei nach Europa reisen können.

Jeder ein Flüchtling

Man mag heute den Begriff „Flüchtling“ gar nicht mehr in den Mund nehmen, so verseucht wurde er von den Lügen der

Immigrant und Flüchtling unterscheiden zu müssen, ist eine der vorzüglichsten Versuche einer babylonischen Denk- und Verständnisverwirrung, die Medien und Politik unternommen haben, um jede Kritik im Keim als hartherzig und unmenschlich erscheinen zu lassen. Wer kann schon etwas gegen Flüchtlinge haben?

Und wir kennen das Spiel doch: irgendwann wird Merkel weg sein und dann kommen die, die die lautesten Lügen von sich gegeben und den Druck am höchsten gehalten haben und werden den Druck bejammern, unter dem sie so schrecklich gelitten haben. Von den Grünen, die bekanntlich jeden Abend für die Gesundheit der großen Parteivorsitzenden Angela Merkel beten, mag man so viel Selbstreflexion gar nicht erwarten. Aber die Altmeiers und Taubers und Laschets dieser Republik, sie werden, allein schon aus Angst um ihre Pfründe, nicht müde werden, das Klima ihrer eigenen Unterdrückungsleistung als erdrückend zu bewei nen und ihrer Erleichterung Ausdruck verleihen, dass dieser Spuk nun endlich vorüber ist. Denn ein Spuk, der sich in der Mitte Europas wie ein allen Schmutz ventilierender Entzündungsherd gebildet hatte, waren diese sechs Monate zwischen September 2015 und März 2016.

Ja, es lag ein Fluch über Deutschland, ein Bann, der die Menschen in

sellschaftliche Selbstüberschätzung mit deutlichen Anzeichen der Selbstzerstörungslust.

Der süße Brei des Konsens

Dass es die östlichen Nachbarn und Österreich waren, die uns Deutsche dieses Mal vor dem restlosen Abgleiten in den Abgrund bewahrt haben, nehme ich mit großer Dankbarkeit zur Kenntnis. Wäre es nach der deutschen Bundeskanzlerin („ich habe keinen Plan B“) und ihren Groupies gegangen, wir würden weiterhin Hunderttausende Neubürger pro Monat hinzubekommen, mit deutlicher Tendenz nach oben, denn die Sommermonate stehen erst noch bevor. Nur dass fast keine Syrer mehr darunter wären, denn die würden bekanntlich in die Türkei zurückgeschickt werden.

Und dann war sie wieder da: die Angst vor dem deutschen Irrsinn und dass dieser jederzeit wieder ausbrechen könnte. Und ich musste wieder an das Märchen von dem Topf denken, der nicht aufhört zu kochen. Und ich stellte fest, dass es nicht der Brei an Neubürgern war, vor dem ich Angst hatte. Denn ein Land kann das Zauberwort sprechen und der Topf versiegt.

Der Brei, das war vielmehr der Irrsinn des politischen Diskurs', die Lügen, die Beugungen und die intellektuellen Zumutungen, die diesen Diskurs so verunmöglicht haben und die kein anderes Ziel als das einer „Konsenskultur“ hatten. Hier wüsste ich gerne das Zauberwort, damit dieser überkochende Brei zum Stillstand gebracht werden kann. Der süße Brei des Konsens scheint als Wunsch so tief in den Deutschen angelegt zu sein, dass auch kein Geschichtswissen vor seiner Versuchung schützt. Ich gehe davon aus, dass dies die eigentliche Krankheit der Deutschen ist und dass es gut ist, Nachbarn zu haben, die auf diese Krankheit dann doch keine Rücksicht mehr nehmen.

Es ist ein beruhigendes Bild: Deutschland in einem rinderwahnartigen Zustand wird von seinen kleineren Nachbarn gehalten und vor sich selbst geschützt, auf dass es nicht einfach zur Seite wegkippt. Auf eigenen Beinen scheint Deutschland noch nicht stehen zu können.

„ Wenn Merkel irgendwann weg ist, werden sich alle in der CDU von ihr distanzieren.“

Gutmeinenden, die es als Ausweis der richtigen Gesinnung ansehen, unter dem Begriff „Flüchtling“ alle Wanderungswilligen dieser Erde zu subsumieren, ganz egal woher sie kommen, was sie hinter sich haben und was sie hier in Deutschland vorhaben. Terroristen, Verbrecher, Glücksritter, Vergewaltiger, Kleinkriminelle, Großkriminelle, religiöse Faschisten, Judenhasser, Kriegsverbrecher – völlig egal, jeder ein Flüchtling.

Diese Leistung der Sprachbeugung, die nicht mehr meint zwischen Asylant,

ihre selbstverschuldete Unmündigkeit zurückgeführt hat. Heraus kam ein deutscher Veitstanz, bei dem sich alle Kräfte, die bis dahin durch die mehr oder weniger konsequente Anwendung von Zivilisationstechniken in Zaum gehalten wurden, ungebremst austoben konnten: deutsche Schuldgeilheit, argumentativer Irrsinn, hoch aufgerichtete Lügengebäude, diskursiver Schaum vor dem Mund, die alte deutsche Fratze der universal-moralischen Besserwisseri und schließlich die ge-

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

OT: arte verhindert die Ausstrahlung einer Antisemitismus-Dokumentation

Die Filmemacher Joachim Schroeder und Sophie Hafner zeigen offenbar unerwünschte Wahrheiten



FREDERICK FLORIN, AFP

Von Alex Feuerherdt

Dem GEZ-bezahlten Sender arte passte die Doku nicht ins Konzept.

Der öffentlich-rechtliche Fernsehsender ARTE lehnt die Ausstrahlung einer Dokumentation über Antisemitismus in Europa entgegen seiner ursprünglichen Zusage ab. Er wirft den Autoren formale Verstöße vor, doch es spricht erheblich mehr dafür, dass die Entscheidung politisch motiviert ist. Dem Sender passt offenkundig die Aussage des Films nicht in den Kram.

Als Machmud Abbas im Juni des vergangenen Jahres vor dem Europäischen Parlament eine Rede hält, behauptet er darin, es gebe in Israel Rabbiner, die die israelische Regierung aufgefordert hätten, das Trinkwasser im Westjordanland zu vergiften, um „Palästinenser“ zu töten. Das sei eine „klare Anstiftung zum Massenmord am palästinensischen Volk“. Es ist die uralte antisemitische Lüge von den Juden als Brunnenvergiftern. Die Abgeordneten erheben sich gleichwohl am Ende der Ansprache und spenden dem „Palästinenserpräsidenten“ minutenlang Beifall, der Parlamentspräsident Martin Schulz twittert, er habe den Vortrag seines Gastes „anregend“ gefunden. Annette Groth, Mitglied des Deutschen Bundestages und Menschenrechtsbeauftragte der Linkspartei, äußert sich ganz ähnlich wie Abbas. Sie sagt, Israel habe die Wasserversorgung im Gazastreifen „gezielt kaputt gemacht“ und leite außerdem „Tausende von Tonnen an Chemikalien“ sowie „toxisches Material“ ins Mittelmeer.

Jürgen Elsässer vor dem Berliner Hauptbahnhof

Jürgen Elsässer, Chefredakteur der Querfront-Zeitschrift „Compact“, zieht derzeit auf einer Kundgebung vor dem Berliner Hauptbahnhof gegen „das internationale Finanzkapital“ sowie „die Wall Street“ vom Leder und ruft seinen Anhängern zu: „Wir müssen uns wehren sowohl gegen die Islamisierung wie gegen

die Israelisierung und vor allem gegen die Amerikanisierung!“ Die Angesprochenen johlen, glauben wie ihr Idol fest an eine „amerikanisch-zionistische Weltverschwörung“ und sind der Ansicht, in den „Protokollen der Weisen von Zion“, einem antisemitischen, verschwörungstheoretischen Machwerk, stünden „ziemlich coole Gedanken“.

Linksradikale Demonstranten nennen den jüdischen Staat unterdessen ein „Konstrukt des Imperialismus“ und klagen gleichzeitig darüber, man dürfe „wegen des Hitler-Hintergrunds“ nichts ge-

„ Der Film zeigt, dass es „Palästinenser“ gibt, die in israelischen Siedlungen in Judäa und Samaria arbeiten und dort in jeder Hinsicht ein gutes Auskommen haben. “

gen Israel sagen, weil man sonst sofort als Antisemit bezeichnet werde. Eine ältere evangelische Friedensaktivistin wirft den Israelis ein „Hineinsteigern in die Opferpsyche“ vor und behauptet, sie täten heute „etwas Ähnliches wie das, was ihnen selber widerfahren ist“, verhielten sich also wie weiland die Nazis gegenüber den Juden. Ein Rapper singt von einem „Genozid“, den Israel in Gaza verursache, andere rufen in ihren Liedern zum Boykott des jüdischen Staates auf. In einer Pariser Vorstadt ziehen Juden scharenweise fort, konfrontiert mit dem Judenhass ihrer muslimischen Nachbarn und im Stich gelassen von der französischen Politik.

Dem Antisemitismus auf den Grund gegangen

All das und noch sehr viel mehr dokumentiert der 90-minütige Film „Auserwählt und ausgegrenzt – der Hass auf Juden in Europa“, die Autoren Joachim

Schroeder und Sophie Hafner von der Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft Preview Production aus München sind dafür viele tausend Kilometer durch Deutschland, Frankreich, Israel und den Gazastreifen gefahren. Sie zeigen aber nicht nur an ausgewählten Beispielen und Protagonisten eindringlich, wie virulent und wirkungsmächtig der Antisemitismus in beinahe allen politischen Lagern und Strömungen ist und welche unterschiedlichen Formen er annehmen kann, sondern sie ordnen ihn auch ein und zu, geschichtlich wie aktuell. Dazu dienen

ihnen historische Aufnahmen genauso wie zahlreiche Interviews, die sie mit renommierten Experten geführt haben, beispielsweise mit dem amerikanischen Historiker Moishe Postone, dem israelischen Politiker Raphael Eitan – der die Mossad-Operation zur Verhaftung von Adolf Eichmann leitete – und der Linguistin Monika Schwarz-Friesel.

Darüber hinaus gehen Schroeder und Hafner in Gaza der Frage nach, was genau eigentlich mit dem vielen Geld geschieht, über das die UNRWA, das „Palästinenserhilfswerk“ der Vereinten Nationen, verfügt – eine Einrichtung, die die radikalsten „Palästinenser“ in ihrer Absicht, Israel den Garaus zu machen, ausdrücklich bestärkt. Sie zeigen, dass es etlichen NGOs im Nahen Osten weniger um humanitäre Hilfe geht als vielmehr um die Dämonisierung und Delegitimierung des einzigen jüdischen Staates. Sie lassen aber auch „palästinensische“ Studentin-

nen und Studenten aus dem Gazastreifen zu Wort kommen, die sich überraschend klar gegen die Hamas und deren Antisemitismus positionieren. Und sie machen deutlich, dass es „Palästinenser“ gibt, die in israelischen Siedlungen im Westjordanland arbeiten und dort in jeder Hinsicht ein gutes Auskommen haben. All das widerspricht fundamental den landläufigen Gewissheiten, die „israelkritische“ Europäer in Bezug auf die Tätigkeit humanitärer Organisationen einerseits und hinsichtlich der „Palästinenser“ andererseits zu haben glauben.

Joachim Schroeder und Sophie Hafner ist eine herausragende Dokumentation gelungen, die dem Hass gegen Juden buchstäblich auf den Grund geht. Dabei arbeiten sie in ihrem Film überzeugend heraus, dass der moderne Antisemitismus längst nicht nur in umgekippten Grabsteinen auf jüdischen Friedhöfen und in körperlichen Angriffen auf Juden zum Ausdruck kommt. Sondern dass er im Hass auf den jüdischen Staat, im Antizionismus also, eine mittlerweile noch populärere und gesellschaftsfähigere Variante gefunden hat, die sowohl bei Linksradikalen als auch bei Rechtsextremisten sowie bei Islamisten und in der bürgerlichen Mitte beheimatet ist. Die vielen Perspektivwechsel, die intelligenten Interviews, die intensive Recherche, die eindrucksvollen Bilder, der meist nüchterne, manchmal aber auch angemessen sarkastische und immer präzise Kommentar aus dem Off – all das macht „Auserwählt und ausgegrenzt“ höchst sehenswert und lässt den Betrachter erheblich klüger werden.

Massive Widerstände bei ARTE

Wenn man an dem Film überhaupt etwas bemängeln kann, dann vielleicht, dass er bisweilen ein allzu atemberaubendes Tempo vorlegt und es nicht immer leicht ist, die immense Fülle und

Dichte an Informationen, Schauplätzen, Blickwinkeln und Gesprächspartnern zu verarbeiten. Das aber ist nicht die Kritik von ARTE, jenem öffentlich-rechtlichen Sender, für den Schroeder und Hafner ihr Werk produziert haben – und der sich nun entgegen seiner Zusage weigert, die Dokumentation auszustrahlen. Zur Begründung heißt es in einem kurzen Schreiben des ARTE-Programmdirektors Alain Le Diberder vom 27. Februar dieses Jahres, der Film entspreche „in wesentlichen Punkten“ nicht dem von der Programmkonferenz des deutsch-französischen Senders genehmigten Projekt. Weder gebe er „den angekündigten Überblick zur Situation in Europa“ noch sei eine Mitarbeit von Ahmad Mansour zu erkennen, der die „Ausgewogenheit des Projektes garantieren“ sollte und dessen Koautorenschaft ausschlaggebend für die Genehmigung gewesen sei.

Ahmad Mansour: Film „großartig und überfällig“

Der arabisch-israelische Autor und Psychologe Mansour hatte zuvor allerdings in einer E-Mail an Sabine Rollberg, die zuständige Redakteurin und Leiterin der ARTE-Redaktion des Westdeutschen Rundfunks (WDR), versichert, er finde den Film „großartig und überfällig“. Er habe zwar aufgrund starker beruflicher und privater Beanspruchung nicht wie vorgesehen als Co-Autor zur Verfügung stehen können, als Berater aber die Inhalte eng mit Schroeder und Hafner abgestimmt. Bleibt der Vorwurf von Le Diberder, die Autoren und Produzenten hätten sich nicht an die beschlossenen Vorgaben gehalten. Das ist eine formale Kritik. Doch kann sie tatsächlich so schwer wiegen, dass sie die Ablehnung eines solchen

Films rechtfertigt? Und vor allem: Ist das wirklich der Hauptgrund für das Nein von ARTE?

Dazu muss man wissen, dass das Filmprojekt im Sender nur gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt werden konnte. Erstmals angeboten worden ist es nach Auskunft von Joachim Schroeder im Juni 2014; nach den islamistischen Terroranschlägen in Paris im Januar 2015 auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ und einen koscheren Supermarkt lehnt ARTE es schließlich ab. Als Grund wird Schroeder zufolge angeführt, Leon de Winter, der den Film betreuen soll, sei „islamophob“, als Beleg für diese Behauptung dient das antisemitische Internetportal „Electronic Intifada“.

Schroeder lässt jedoch nicht locker, verzichtet auf de Winters Mitarbeit und reicht ein verändertes Konzept ein. Diesmal mit Erfolg: Im April 2015 gibt die Programmkonferenz des Senders grünes Licht – wenn auch nur mit knapper

Drehearbeiten, Ahmad Mansour wird – mit Zustimmung der Redakteurin Rollberg – vom Co-Autor zum Berater, Sophie Hafner steigt als Mitautorin ein. In den letzten Monaten des Jahres 2016 folgen der Rohschnitt und die Vertonung, im Dezember nimmt Sabine Rollberg als Zuständige schließlich die Endfassung des Films ab. Alles scheint den geplanten Weg zu gehen, doch das täuscht. Denn jetzt beginnen die Schwierigkeiten erst richtig.

Rollberg gerät nach ihrem positiven Votum sowohl beim WDR als auch und vor allem bei ARTE massiv unter Druck. In Straßburg teilt man ihr mündlich mit, der Film sei „eine Provokation“ und schütze „Öl ins Feuer“. Er sei weder ergebnisoffen noch multiperspektivisch, sondern „antimuslimisch, antiprotestantisch und proisraelisch“. Man könne ihn „angesichts der Terrorlage in Frankreich“ nicht zeigen. Rollberg schlägt ARTE daraufhin ein redaktionelles Treffen vor, an

kanadischen Antisemitismusforscher Charles Small – schriftliche Stellungnahmen ein. Ausnahmslos alle zeigen sich beeindruckt von dem Film, doch auch das vermag ARTE nicht umzustimmen. Der Sender äußert sich nicht einmal zu den Urteilen der Wissenschaftler.

Als Alain Le Diberder die Ausstrahlung schriftlich ablehnt, wendet sich Schroeder an den WDR-Intendanten Tom Buhrow, der die Antwort an seinen Fernsehleiter Jörg Schönenborn delegiert. Schönenborn schreibt knapp, der WDR sei nicht zuständig, im Übrigen respektiere er die Entscheidung des ARTE-Programmdirektors. Auch Matthias Kremin, der Leiter der WDR-Abteilung Kultur und Wissenschaft, stellt sich in einer E-Mail an Schroeder hinter Le Diberder: Der Film sei zwar gewiss interessant, entspreche aber nun mal nicht der Vereinbarung, einen Überblick über den Antisemitismus in Europa zu geben. Zudem lehnt Kremin es ab, die Dokumentation ersatzweise ins Programm des WDR zu übernehmen.

„ Schönenborn schreibt knapp, der WDR sei nicht zuständig. “

Mehrheit. Vor allem die französischen Teilnehmer seien weiterhin dagegen gewesen, sagt Schroeder, außerdem seien ihm zwei Bedingungen genannt worden: „Der Film müsse das Thema ‚ergebnisoffen‘ angehen. Und ich müsse Verständnis dafür haben, dass dies gerade für ARTE in Frankreich eine sensible Sache sei, weil man dort zwischen islamischer und jüdischer Lobby eingezwängt sei.“

Vorgeschobene formale Gründe

Preview Production beginnt trotz dieser hanebüchernen Maßgaben mit den

dem auch Schroeder und Hafner teilnehmen sollen, doch das lehnt der Sender ab. Auf ihre schriftliche Bitte an Le Diberder um ein persönliches Gespräch reagiert der Programmdirektor nicht einmal.

Schroeder und Hafner versuchen ihrerseits ebenfalls, das Projekt zu retten. Unter anderem holen sie von sechs renommierten Experten – den Historikern Götz Aly und Michael Wolffsohn, dem Politikwissenschaftler Matthias Küntzel, der Sprachwissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel, dem Autor und Filmemacher Samuel Schirmbeck sowie dem

Die Ablehnung ist ein Armutszeugnis

Götz Aly hat am Dienstag in einem Beitrag für die „Berliner Zeitung“ zu der Angelegenheit geschrieben: „Die Sache stinkt zum Himmel.“ Damit hat er zweifellos Recht. Joachim Schroeder weist nachvollziehbar darauf hin, dass sich ein guter Dokumentarfilm nicht stur an das ursprüngliche Exposé klammert, sondern sich im Laufe der Recherche entwickelt. Zudem seien Änderungen an der Konzeption stets mit Zustimmung der zuständigen Redakteurin Sabine Rollberg geschehen. Doch davon einmal abgesehen können Formalien ohnehin nicht ernsthaft ein Grund dafür sein, die Ausstrahlung dieser Dokumentation abzulehnen, die durch die Erweiterung der Perspektive gerade erheblich an Prägnanz und Kraft gewinnt. Die Blockadehaltung von ARTE und dem WDR, das unkollegiale Verhalten der Sendeanstalten gegenüber der verantwortlichen Redakteurin und die mündlichen Verlautbarungen legen vielmehr nahe, dass hier ein Film aus inhaltlichen, also politischen Gründen abgelehnt wurde. Aly spricht deshalb sogar von Zensur, und das dürfte den Kern treffen.

ARTE hat in der Vergangenheit immer wieder Filme ins Programm genommen, die Israel in dunklen Farben darstellen. Als Beispiele seien nur „Die Siedler der Westbank“, „Gelobtes Land“, „Der Streit ums Öl in Palästina“ und „Milliarden für den Stillstand“ genannt. Einer Dokumentation über Antisemitismus in Europa, die deutlich macht, dass die vermeintliche Kritik am jüdischen Staat zumeist nichts anderes ist als der alte Hass gegen Juden, will man dagegen keinen Sendeplatz einräumen. Die formalen Gründe dafür wirken vorgeschoben und muten als Ausdruck der Weigerung an, sich inhaltlich mit dem Film auseinanderzusetzen. Welchen Sinn sollte eine „Ergebnisoffenheit“ bei diesem Thema auch haben? Dass Joachim Schroeder und Sophie Hafner einen klaren Standpunkt einnehmen, macht vielmehr eine Stärke der Dokumentation aus. Dass sie dem Publikum nun vorenthalten wird, ist nicht nur unverständlich, sondern ein Armutszeugnis. Ja, es ist sogar ein Skandal, der den Verdacht aufkommen lässt, dass der Sender die antisemitische Realität nicht wahrhaben und deshalb auch nicht zeigen will, weil er sich von dem Film, der linksliberale Gewissheiten nachdrücklich infrage stellt, selbst ertappt fühlt.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Interviewreihe Parteien vor der Bundestagswahl (Teil 2): Frauke Petry zu ihrem Besuch in Israel

Ein Gespräch der JÜDISCHEN RUNDSCHAU mit der AfD-Parteivorsitzenden

Gerade wir als JÜDISCHE RUNDSCHAU sind besonders hellhörig, wenn es um antisemitische Strömungen und Israel-feindlichkeit innerhalb der deutschen Parteienlandschaft geht.

Wir befragen Vertreter aller Parteien, die Aussicht haben, in den nächsten Bundestag einzuziehen, zu genau diesen Strömungen und ihrem Verhältnis zu Israel. Nachdem uns zuvor Klaus Lederer (Linkspartei) Rede und Antwort gestanden hat, folgt nun ein Interview mit Frauke Petry von der AfD.

(Das Interview mit Frau Petry wurde zum Jahresausklang 2016 geführt und bezieht sich daher nicht auf alle aktuellen Gegebenheiten innerhalb der AfD.)

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Frau Petry, Anfang des (vergangenen) Jahres haben Sie Israel besucht. Was war der Anlass Ihres Besuchs?

Frauke Petry: Es war eine private Reise. Ich war vorher noch nie in Israel. Aus diesem Grunde wollten wir – also mein Mann und ich – das Land unbedingt einmal besuchen und dort auch auf privater Basis Gespräche führen. Es waren allerdings leider nur drei Tage und damit viel zu kurz, um das Land wirklich kennenzulernen. Aber es hat Lust auf mehr gemacht und wir können ja wiederkommen.

Wen haben Sie denn vor Ort getroffen?

Es waren rein private Treffen auf vertraulicher Basis.

Welchen Eindruck haben Sie von Israel während Ihrer Reise bekommen? Vom Land, vom Konflikt mit den Arabern?

Petry: Grundsätzlich war uns die politische Lage in Israel vor der Reise bekannt. Es ist kein Geheimnis, dass ich mit einem Pfarrer verheiratet gewesen bin. Mein ehemaliger Mann hat eine große Affinität zu Israel, er war auch schon mehrfach vor Ort. Wir haben uns über den Konflikt mit den „Palästinensern“ in der Vergangenheit sehr häufig ausgetauscht. Für mich war schockierend, wie wenig wir tatsächlich über die Lage vor Ort wissen. In Deutschland und Europa wird der Konflikt natürlich völlig anders diskutiert, als er sich vor Ort darstellt. Das hat mich nicht verwundert. Das kenne ich schon aus anderen Gegebenheiten. Wir haben uns zum Beispiel bei Firmen vor Ort genauer über den Boykott gegen Judäa und Samaria informiert und wie sie damit umgehen. Die meisten Leute wissen gar nicht, worum es da eigentlich geht. Gerade auch in der Politik plappert man eifertig das nach, was man von den großen Medien hört.

Ansonsten ist uns eine große Offenheit aufgefallen. Wir haben ja auf privater Basis diverse Gespräche geführt. Es gibt ein großes Interesse an der politischen Situation in Deutschland, auch ein Interesse daran, sich weiter zu vernetzen, gerade auch bei jungen Leuten. Uns war wichtig, einfach mal darüber zu reden, wo die Grundlagen eines guten deutsch-israelischen Verhältnisses liegen. Mir ist völlig bewusst, dass die Erinnerungskultur in Israel eine wesentlich größere Rolle spielt als wahrscheinlich in Deutschland und dass aus israelischer Sicht die deutsche Vergangenheit ein extrem schwieriges Thema ist. Trotzdem haben wir festgestellt, dass gerade auch die Jugend, aber auch durchaus ältere Menschen, bereit sind, mit uns zusammen festzustellen,



Frauke Petry

dass es die gemeinsamen Werte sind, die Israel und Deutschland zusammenschließen. Das muss letztlich auch die Basis für ein gutes Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern sein.

Unserer Meinung nach kann Deutschland von Israel in einigen politischen Feldern eine ganze Menge lernen. Bei den Konflikten, die Israel seit Jahrzehnten vor seiner eigenen Haustür hat – kulturelle, religiöse, ethnische Konflikte – die uns bisher weitgehend unbekannt waren und bei denen die etablierte Politik konzeptionslos agiert, lohnt ein Blick nach Israel, um verstehen zu können, wie damit umzugehen ist.

Die Bundesregierung und auch die Bundeskanzlerin haben immer wieder betont, dass die Sicherheit Israels deut-

Grunde genommen haben wir eine sehr zweigeteilte Herangehensweise an das Verhältnis zu Israel. Auf europäischer Ebene wünsche ich mir von deutschen Politiker ein wesentlich klareres Wort. Man muss diese Aktion, ich sage es mal ganz despektierlich, der Linken, nicht mitmachen. Man kann sich klar positionieren. Das tut die CDU und auch eine Angela Merkel meiner Ansicht nach viel zu wenig. Wir als AfD werden das tun, da wir es für wichtig halten, diesbezüglich stringent zu sein.

Sie haben vorhin von Judäa und Samaria gesprochen. Wegen des historischen Bezuges zu den Juden steckt gegenwärtig in diesen Begriffen eine hohe politische Sprengkraft. Verwenden Sie die Bezeichnungen trotzdem ganz bewusst?

„ Deutschland kann von Israel in einigen politischen Feldern eine ganze Menge lernen.“

sche Staatsräson ist. Ist die Sicherheit des jüdischen Staats auch für die AfD ein wichtiges Thema und Ausdruck deutscher Staatsräson?

Ich kritisiere einerseits, dass die Bundeskanzlerin zwar diesen wichtigen Satz ausgesprochen hat, das aber in vielen Fällen nicht gedeckt wird von praktischer Politik. Ich glaube persönlich auch, dass ein gutes Verhältnis zu Israel für Deutschland essentiell ist und das nicht nur aus Verantwortung für die Geschichte, sondern generell, weil Israel einer der wenigen Staaten außerhalb Europas ist, der eine demokratische Gesellschaftsordnung hat.

Ja, das Nachkriegsdeutschland hat in vielen Verhandlungen auf militärischer und anderer Ebene seine Solidarität zu Israel auch finanziell unter Beweis gestellt. Aber wenn es um europäische Verhandlungen geht, höre ich von Deutschland in puncto Boykott und Ähnlichem relativ wenig. Deutschland müsste sich deutlicher gegen einen Boykott positionieren. Das Land hat großes Gewicht im EU-Parlament, wenn es das möchte. Im

mit Israel. Letztlich scheinen auch alle anderen Nationen drum herum ganz gut damit zu leben, dass der Konflikt weiter herrscht, weil er Israel beschäftigt. Für die umliegenden Länder gäbe es doch genug Möglichkeiten, sich an einer friedlichen Lösung zu beteiligen. Mein Eindruck ist, dass das gar nicht wirklich gewollt ist. So ein Konfliktherd hat ja unter Umständen auch Vorteile für alle Beteiligten. Ich glaube also, wir sollten Israel freie Hand lassen, solange sich das Land rechtsstaatlich verhält. Für mich gibt es grundsätzlich keinen Anlass daran zu zweifeln, dass Israel das tut.

Die Zwei-Staaten-Lösung gilt in Deutschland als Lösungsformel für den israelisch-„palästinensischen“ Dauerkonflikt weitgehend als politischer Konsens. Die Bundesregierung verfolgt diesen Lösungsansatz. Ist das auch die Position der AfD?

Ich muss fairerweise zugeben, dass das für die AfD intern bisher überhaupt kein Thema war. Wir kümmern uns in erster Linie um deutsche und europäische Politik. Da haben wir mehr als genug zu tun. Gerade das Thema Israel ist ein extrem sensibles in Deutschland. Deshalb würden wir uns mit offenen Äußerungen dazu auch zurückhalten. Ich glaube, wir tun gut daran, dazu momentan erstmal zu schweigen. Dass wir mit dem Anstreben der Zwei-Staaten-Lösung in den letzten Jahrzehnten aber nicht wirklich vorangekommen sind, das müssen wir erst einmal konstatieren. Wenn man dann über alternative Lösungen nachdenkt, ist das im AfD-Sinne konsequent. Es gibt nichts Alternativloses. Das wäre ja gegen den Gründungsmythos der Partei gerichtet.

Sie haben die Politik von Regierungschef Benjamin Netanjahu als in vielen Fällen vorbildlich beschrieben. Haben Sie schon Kontakt aufgenommen zu seiner Partei oder seinen Parteikollegen?

Petry: Obwohl wir privat gereist sind, war es durchaus nicht unumstritten, dass wir nach Israel gereist sind. Ich freue mich, wenn es in der Zukunft zu Kontakten kommt. Bisher ist es dazu nicht gekommen. Das liegt aber sicherlich auch daran, dass es aus dem Ausland schwierig einzuschätzen ist, wie stabil die AfD ist. Deswegen beginnen wir auch jetzt erst, langsam Auslandskontakte aufzubauen.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat vor der AfD mit den Worten gewarnt: „Wo gegen Minderheiten gehetzt wird, trifft es am Ende immer auch die Juden“. Sie sind da sicherlich anderer Meinung. Können Sie aber die Angst zumindest verstehen?

Wenn der erste Teil der Aussage stimmen würde, dann könnte ich ihn verstehen. Aber es ist die Annahme, die schon falsch ist.

Aber können Sie denn unabhängig von der Annahme verstehen, dass man als Jude in Deutschland nicht weiß, was einem mit der AfD blüht?

Eigentlich nicht. Wenn man ins Parteiprogramm schaut, wenn man sich vorbei an den großen Medien informiert, dann kann man sehr schnell erkennen, dass zwischen der Darstellung der AfD in den Leitmedien und dem tatsächlichen Inhalt eine riesige Diskrepanz gibt. Wenn man also bemüht ist, die AfD kennenzulernen, am besten auch persönlich. Dann kann man sehr

schnell erkennen, dass das meiste davon Propaganda ist. Und dann kann ich die Aussage nicht verstehen. Ich erwarte von jedem, der politisches Interesse hat, dass er sich vorbei an den großen Medien informiert.

Sie haben gesagt, man solle ins Parteiprogramm der AfD schauen. Darin finde

antisemitischen Denkmustern aufgeschlossen gegenüber stehen? Wollten Sie sich mit Wolfgang Gedeon solidarisch zeigen?

Herr Gedeon hat sich nach stundenlanger Diskussion dazu entschlossen, die Fraktion zu verlassen. Momentan läuft ein Parteiausschlussverfahren gegen

„ Ich kann gar nicht verstehen, warum man als Jude nicht in die AfD eintritt. “

ich aber nichts zum Thema Israel. Was ist denn nun die Position der AfD?

Die AfD ist jetzt vier Jahre alt. Wir haben in relativ kurzer Zeit ein Grundsatzzprogramm erarbeitet, ein Teil dessen ist auch das christlich-jüdische Menschenbild. Das wurde auch durchaus kontrovers diskutiert. Ob wir uns überhaupt zu einer religiösen Aussage hinreißen lassen sollten, weil wir ja eine Partei in einem säkularen Staat sind. Da die Partei noch sehr dynamisch agiert, kann ich verstehen, dass es schwer ist, eine klare Linie herauszusehen. Auf der anderen Seite müssen Sie immer schauen, wessen Position am Ende Gewicht hat. Sie werden keinen führenden Repräsentanten der Partei finden, auf keiner politischen Ebene, bei dem Sie eine abweichende Position zu der meinigen finden. Es mag den einen geben, der sich als Kulturchrist bezeichnet und den anderen, der sich als gläubigen Christen bezeichnet und der dann andere Aussagen zu Religion an sich trifft, aber zum Thema Israel, so behaupte ich, werden Sie keine abweichende Meinung finden. Dass wir auf der anderen Seite auch Mitglieder haben, die da völlig aus der Rolle fallen, gehört zu einer Demokratie dazu, das müssen wir aushalten. Das ist aber auf der anderen Seite auch kein Alleinstellungsmerkmal der AfD, das können Sie in allen anderen Parteien finden.

Wie kann denn verhindert werden, dass potentielle Antisemiten in die Partei aufgenommen werden? Wie gehen Sie da vor?

Sie können nicht mit jedem eine Gesinnungsprüfung machen. Das werden Sie in keiner Partei erleben. Die AfD hat meines Wissens nach das strengste Aufnahmeverfahren aller deutschen Parteien, die ich kenne. Wir machen Aufnahmegespräche, die werden protokolliert, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist automatischer Bestandteil eines jeden Mitgliedsantrags. Wir haben darüber hinaus Unvereinbarkeitslisten, in denen festgelegt ist, dass zum Beispiel Ex-NPDler nicht aufgenommen werden. Das finden Sie bei keiner anderen Partei. Das dies alleine nicht das Thema Antisemitismus erledigt, ist uns auch klar, wenn gerade der Antisemitismus in der linken politischen Ecke beheimatet ist. Das können Sie am Ende nur durch Gespräche herausbekommen und gerade auch in der Anfangsphase haben wir bestimmt auch Mitglieder gehabt, die an der Stelle Ansichten haben, die, sagen wir, nicht zum Mainstream der Partei passen. Es ist uns ein Anliegen und deswegen verwenden wir gerade auch in Sachsen viel Zeit damit, mit den Leuten zu reden. Ich kann Ihnen auch sagen, dass es ein sehr aufwendiges Verfahren ist.

Stichwort Gedeon-Affäre im Baden-Württembergischen Landtag. Mussten Sie nicht befürchten, durch den gemeinsamen Auftritt ohne Kritik an den antisemitischen Aussagen von Gedeon, ein Signal an jene in der AfD zu senden, die

gen ihn in Baden-Württemberg. Mir war wichtig, dass er dieses Statement selber abgibt. Deswegen sind wir zusammen aufgetreten. Ich möchte an dieser Stelle nochmal betonen: Die AfD hat kein Antisemitismus-Problem. Dass es problematische Einzelpersonen gibt, wie in allen Parteien, gebe ich gerne zu. Aber um die kümmern wir uns in der Regel auch und wenn man es richtig anstellt, deutlich geräuschloser, als das mit Herrn Gedeon der Fall war.

Wie viele Juden sind in Ihrer Partei?

Das weiß ich nicht, ehrlich gesagt. Wir erfassen die Religion im Aufnahmebogen nicht. Wir haben einige Juden in der Partei, mit einigen schreibe ich auch ab und zu Emails. Wir haben gerade um die Debatte Beschneidung und Schächtung intensive Debatten auch mit unseren jüdischen Mitgliedern geführt.

Gibt es einen Arbeitskreis Juden in der AfD?

In der AfD gibt es relativ wenig Arbeitskreise, weil wir diese Schublädchen nicht so gerne mögen. Es gibt trotzdem ein paar Interessensgruppen, die aber ausnahmslos nicht anerkannt sind. Sie können miteinander reden. Es gibt eine Gruppe Christen in der AfD, aber auch darüber gibt es Debatten, ob man die tatsächlich anerkennen sollte und ob da nicht nur Lobbyinteressen draus abgeleitet werden. Ich weiß nicht, ob sich die Juden unserer Partei separat treffen. Ich glaube das noch nicht mal. Es ist mir zumindest nicht bekannt. Sie arbeiten und leben in den Kreisverbänden, in denen sie sowieso aktiv sind.

Warum haben denn die Juden, die Ihrer Partei beigetreten sind, keine Berührungängste mit der AfD?

Ich denke mal, dass sie irgendwann mal zu einem Stammtisch gegangen sind und sich die Leute mal näher angeguckt haben. Und ich nehme an, sie sind beigetreten, weil sie das Programm gelesen haben. Ich sehe ehrlich gesagt mehr Gründe, die dafür sprechen, dass Juden in die AfD eintreten, als dagegen. Denn jeder, dem an der freiheitlichen Gesellschaftsordnung in Deutschland gelegen ist, der Demokratie bejaht, in die AfD eintreten muss. Im Gegenteil. Ich kann gar nicht verstehen, warum man als Jude nicht in die Partei eintritt. Das sagt Ihnen jemand, der nie in eine Partei eintreten wollte. Ich wünschte mir, dass wir noch wesentlich mehr Kontakt hätten. Das wird im Osten wahrscheinlich ein bisschen einfacher, wir haben ja viele jüdische Gemeinden hier in der Gegend mit vielen russischen oder deutsch-russischen Einwanderern, die erweitert wurden in den letzten Jahren. Und gerade bei den Deutsch-Russen, die ja gar nicht so genannt werden wollen, haben wir eine unglaubliche Zustimmung, etwa Pforzheim und Umgebung, da haben wir sehr viel Unterstützung. Diese Unterstützer halten uns alle noch für viel zu moderat.

Frau Petry, vielen Dank für das Gespräch.



beefbar[®]
Born in Monte-Carlo
HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20679301

Was das ZDF nicht berichtet: In Israel leben heute fast doppelt so viele Araber wie 1948

Offener Brief von Gerd Buurmann an das Zweite Deutsche Fernsehen

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion von „ZDF heute“

auf Ihrer Facebookseite fand ich am 15. Mai 2017 diese Nachricht:

„Nach unterschiedlichen Schätzungen wurden 700.000 Palästinenser vertrieben.“

Da Sie als öffentlich-rechtliche Anstalt gewiss niemals Fake News verbreiten würden, möchte ich Sie fragen, woher Sie die Information haben, im Jahre 1948 seien 700.000 „Palästinenser“ vertrieben worden. In meinem Geschichtsbuch steht nämlich etwas anderes. Dort steht:

Als am 29. November 1947 im Namen der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittelmehrheit sowohl der israelischen als auch der arabischen Seite die Gründung jeweils eines unabhängigen Staates angeboten wurde, nahm die israelische Seite dieses Angebot an, während die arabische Seite die Annahme ihres unabhängigen Landes verweigerte und sich stattdessen zusammen mit Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien an einem gemeinsamen Krieg zur Vernichtung des neu gegründeten Israels engagierte.

Im Zuge dieses bis heute anhaltenden Krieges zur totalen Vernichtung Israels und im Glauben an die Versprechungen der arabischen Nationen, nach der Vernichtung Israels könnten die Araber als Sieger in die „israelreine“ Region zurückkehren, verließen (laut meinem Geschichtsbuch) rund 500.000 Menschen ihre Heimat. Sie wurden somit nicht dazu gezwungen – jedenfalls nicht von Israel. Sie gingen in der Gewissheit, das jüdische Volk würde vernichtet werden und in der Absicht, der Vernichtung der Juden nicht im Wege zu stehen. Sie wollten nicht zu einem Kollateralschaden des arabischen Holocausts werden.

Die arabische Welt plante einen Holocaust an Juden und holte sich dafür Wissen von den Experten im organisierten Judenmord. Im Jahr 1941 trafen sich der Großmufti von Jerusalem, Hadsch Muhammad Amin al-Husseini und der Führer von Nazideutschland, Adolf Hitler in Berlin. Es ging um die „Endlösung der Judenfrage“. Al-Husseini wollte das Land, über das er später zu herrschen plante, „judenrein“ haben. Weil auch die Naziregierung das wollte, diskutierten der Mufti und der Führer die Möglichkeit zur systematischen, industriellen Ermordung aller Juden. Nach dem Treffen fand die Konferenz am Wannsee statt, dessen Ziel die Planung der Vernichtung aller Juden in Europa war. Al-Husseini soll einer der ersten Nichtdeutschen gewesen sein, der von dieser Planung erfuhr. Adolf Eichmann informierte al-Husseini im Kartennraum des Berliner SS-Hauptquartiers, indem er dort seine Unterlagen für die Wannseekonferenz benutzte. Eichmanns Adjutant sagte aus, dass der Großmufti sehr beeindruckt von diesem Bauplan zur Judenvernichtung gewesen sei.

Das alles steht in meinem Geschichtsbuch. Sie sagen nun aber, dass das nicht stimmt und sprechen stattdessen von einer Vertreibung der „Palästinenser“. Sagen Sie mir bitte, wie diese Vertreibung ausgesehen hat und auf welche Quellen Sie sich berufen. In meinem Geschichtsbuch steht nämlich, dass die Araber nicht vertrieben wurden, sondern dass Israel im Gegenteil den Arabern sogar angeboten haben soll zu bleiben, um vollwertige Bürger des Landes zu werden. 160.000 Araber nahmen dieses Angebot an. Mittlerweile gibt es 1.250.000 arabische Israelis.

Das heißt nicht, dass es keine Vertreibung gab. Es wurden Menschen vertrieben. Die Vertriebenen waren jedoch Juden!



Araber tanzen anlässlich des islamischen Opferfestes am Strand von Tel Aviv

In Libyen und Algerien gibt es praktisch keine Juden mehr

Im Zuge des bis heute anhaltenden Vernichtungskrieges gegen Israel wurden 850.000 Juden aus ihrer arabischen Heimat vertrieben. Ihnen wurden ihr Besitz und ihre Staatsbürgerschaften genommen. Mittlerweile gibt es sogar arabische Nationen, die ihre Vertreibungspolitik derart perfektioniert haben, dass im Jahre 2001 dort kein einziger Jude mehr lebte, zum Beispiel Libyen und Algerien. Während somit in Israel heute 190% so viele Araber leben wie 1948, und zwar als vollwertige Bürger eines demokratischen Landes, leben in den arabischen Ländern heute nur 0,9% so viele Juden wie 1948. In dieser Zeit fanden viele schreckliche Pogrome gegen Juden statt, u.a. die Pogrome von Aleppo, Kairo und Aden.

Trotz „Völkermord“ hat sich die arabische Bevölkerung fast verdoppelt

Es ist interessant, dass in diesem Zusammenhang sehr oft von Vertreibung und Völkermord die Rede ist, damit allerdings nicht die fast vollständige Vertreibung der jüdischen Bevölkerung in den arabischen Ländern gemeint ist, sondern die beinahe Verdoppelung der arabischen Bevölkerung in Israel.

Was geschah mit den 850.000 vertriebenen jüdischen Flüchtlingen? Viele von ihnen wanderten nach Israel aus, andere fanden in anderen Ländern ein neues Zuhause! Während die 850.000 jüdischen Flüchtlinge und Vertriebenen wieder Bürger eines Landes wurden, sind aus den 500.000 arabischen Auswanderern mittlerweile über 4,7 Millionen Flüchtlinge geworden, die in arabischen Ländern bis zum heutigen Tage in Lagern gepfercht leben. Die einzigen „Palästinenser“, die heute Bürgerrechte besitzen, sind die 1,25 Millionen israelischen „Palästinenser“.

Die „palästinensischen“ Flüchtlinge sind die einzige Gruppe, für die sich die Vereinten Nationen eine eigene Behörde leistet: UNRWA. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten ist ein Hilfsprogramm der Vereinten Nationen, das seit seiner Gründung 1949 regelmäßig um drei Jahre verlängert wird. Der Hauptsitz des Hilfswerkes war zunächst Beirut, wurde 1978 aufgrund der Unruhen im Libanon nach Wien und 1996 weiter nach Gaza verlegt. Obwohl die UNRWA nur eine temporäre Behörde ist, und jederzeit im UNHCR aufgehen könnte (ein Hochkommissariat der Vereinten Natio-

nen, das mit dem Schutz von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen weltweit beauftragt ist) bleibt die UNRWA bestehen.

Der Grund dafür ist im Selbstverständnis der beiden Flüchtlingsbehörden zu finden. Während es die Aufgabe des UNHCR ist, Flüchtlinge wieder zu Bürgern zu machen, hält die UNRWA „Palästinenser“ in ihrem „Flüchtlingsstatus“, indem sie besondere Kriterien anlegt:

Während Flüchtlinge des UNHCR ihren Flüchtlingsstatus in dem Moment verlieren, da sie Bürger eines von den Vereinten Nationen anerkannten Landes werden, behalten die „palästinensischen“ UNRWA-Flüchtlinge selbst in diesem Fall ihren Flüchtlingsstatus.

Die einzigen Menschen, die den Flüchtlingsstatus vererben

Während beim UNHCR der Flüchtlingsstatus nicht von Generation zu Generation vererbt werden kann, können „palästinensische“ Flüchtlinge laut UNRWA „Flüchtlinge“ gebären.

Während der UNHCR eine Einbürgerung der Flüchtlinge in ihrem Gastland befördert und unterstützt, vermeidet die UNRWA die Einbürgerung „palästinensischer“ Flüchtlinge in ihrem Gastland. Zudem erhält die UNRWA mehr finanzielle Unterstützung von der UN als der UNHCR und beschäftigt deutlich mehr Mitarbeiter.

Während also der UNHCR mit weit weniger Mitteln erträgliche Lösungen für zig Millionen Flüchtlinge gefunden hat, konnte die UNRWA bisher mit deutlich mehr Mitteln keinem einzigen „palästinensischen“ Flüchtling zu einer Staatsbürgerschaft verhelfen. Im Grunde gibt es bisher nur ein einziges Gebilde, das dafür sorgt, dass „Palästinenser“ Menschen mit Bürgerrechten werden: Israel!

Israel ist das einzige Land im Nahen Osten, das die Menschenrechte der „Palästinenser“ garantiert.

1,25 Millionen arabische Israelis gibt es bisher. Was aber ist aus den 500.000 Arabern geworden, die Israel verlassen haben? Sie leben in den Nachbarstaaten von Israel unter unmenschlichen Bedingungen. Ihnen werden nicht selten Bildung und Medizin verweigert, sie dürfen keine Häuser bauen und keine Arbeitsplätze annehmen. Zudem ist es ihnen in all diesen Ländern bis auf Jordanien verboten, die Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Unter diesen unmenschlichen Bedingungen sind aus 500.000 Flüchtlingen 4,7 Millionen „ewige Flüchtlinge“ geworden. 4,7 Millionen Menschen, denen unter Mitherrschaft der Vereinten Nationen jede

Hoffnung auf eine bessere Zukunft als freie Bürger verweigert wird. 4,7 Millionen ewige Flüchtlinge, die nicht das Glück haben, zu den 1,25 Millionen „Palästinensern“ zu gehören, die in einem Land leben, das mit ihrem Wunsch auf Freiheit verbündet ist: Israel!

Israel tut mehr für die „Palästinenser“ als deren arabische „Brüder“

Bis auf Israel scheint sich niemand wirklich um das Wohl der Palästinenser zu sorgen. Warum? Welches Interesse können die arabischen Länder haben, „Palästinenser“ zu ewigen Flüchtlingen zu verdammen? Eine Antwort hat der Präsident Ägyptens schon am 1. September 1960 gegeben: „Wenn die Flüchtlinge nach Israel zurückkehren, wird Israel aufhören zu existieren.“

Stellen wir uns einmal vor, den 850.000 jüdischen Flüchtlingen wäre genau das selbe Recht zugekommen, wie es nicht wenige den arabischen Flüchtlingen selbstverständlich zusprechen: Noch heute müssten sich die Vereinten Nationen für eine Rückkehr der Juden nach Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und all die anderen arabischen Länder stark machen, und nicht nur das, die arabischen Länder müssten sogar dazu genötigt werden, mit unzähligen Resolutionen Land an Juden abzugeben, da sie ja die ehemalige Heimat von diesen Juden besetzt halten. Es müsste somit die Aufgabe der UN sein, auf die Schaffung unabhängiger Israelstreifen in allen arabischen Ländern hinzuwirken, damit die arabischen Regime die besetzten jüdischen Gebiete räumen.

Wem diese Forderung zu radikal ist, der muss eingestehen, dass sie ebenso radikal ist, wenn es um „palästinensische“ Flüchtlinge geht. Die ständige Rede von „palästinensischen“ Flüchtlingen ist nichts als pure Einseitigkeit, die jedoch leider zum Mainstream geworden ist.

Der „ewige palästinensische Flüchtling“ nutzt nur einer Gruppe: den Feinden Israels.

Ralph Galloway, ein ehemaliger Vorsitzender der UNRWA, hat im August 1958 selbst behauptet:

„Die arabischen Länder wollen das Flüchtlingsproblem nicht lösen. Sie wollen es als offene Wunde behalten, als einen Affront gegen die Vereinten Nationen und als eine Waffe gegen Israel. Die arabischen Führer geben einen Dreck darauf, ob die Flüchtlinge leben oder sterben.“

Das ZDF hat sich daran beteiligt, diese Wunde offen zu halten und übernimmt sogar die jüdenfeindliche Propaganda indem sie sagt:

„Diese Schlüssel symbolisieren die verlassenen Häuser.“

Ja, die Schlüssel symbolisieren die verlassenen Häuser, sie wurden jedoch bewusst verlassen, um der Vernichtung von Juden nicht im Wege zu stehen. Was ist eigentlich mit den Schlüsseln all der 850.000 Juden, die tatsächlich vertrieben wurden? Die zeigt das ZDF nicht. Neutralität und Objektivität scheint in der öffentlich-rechtlichen Anstalt nicht gefragt zu sein.

Den arabischen Führern und dem ZDF ist das Wohl der „Palästinenser“ egal. Israel nicht! Was Israel den „Palästinensern“ bisher angeboten hat, hat noch keine arabische Nation jemals den „Palästinensern“ geboten. Darum nochmal meine Frage:

Wie kommen das ZDF dazu, von vertriebenen „Palästinensern“ zu sprechen? Bitte erklären Sie Ihre Wortwahl, denn entweder stimmt mein Geschichtsbuch nicht oder Sie haben eine Lüge über Israel verbreitet. Dann aber frage ich: Warum?

Steinmeiers Verneigung vor dem Mörder Arafat

Dem deutschen Bundespräsidenten können die Bluttaten des PLO-Führers nicht unbekannt sein

Von Thomas Eppinger

Historisch betrachtet war Jassir Arafat ein großer Mann. Selbst in Ägypten geboren, darf er als Erfinder des Volks der „Palästinenser“ gelten. Vor der Charta der „Palestine Liberation Organization“ (PLO) von 1964 bezeichnete man mit diesem Begriff alle Menschen, die das „Bevölkerungsmandat für Palästina“ bewohnten. Heute gelten die „Palästinenser“ als eigenes Volk, zu dem die arabischen Einwohner der „palästinensischen“ Autonomiegebiete samt deren Angehörigen im Ausland ebenso zählen wie die während der Mandatszeit im Ausland geborenen arabischen „Palästinenser“ und deren Nachkommen. Zwar stand Arafat erst ab 1969 an der Spitze der PLO, aber erst unter seiner Führung ist es dem neu entdeckten Volk der „Palästinenser“ gelungen, seine Anliegen mit einer jahrelang andauernden Serie von Flugzeugentführungen und Terroranschlägen ins Zentrum der Weltöffentlichkeit zu rücken.

Arafats Aufstieg begann als Mitbegründer der Kampforganisation Al Fatah, deren Ziel die Vernichtung Israels und die Errichtung eines sozialistischen „Palästina“ war. Um die „palästinensische“ Unabhängigkeit zu erreichen, setzte die Fatah auf den bewaffneten Kampf. Die Schlacht im jordanischen Karame, ein Jahr nach dem 6-Tage-Krieg 1968, begründete Arafats Ruhm und bestätigte den militärischen Kurs der Fatah innerhalb der Dachorganisation PLO. Zwar hatte Israel sein Ziel erreicht, die militärische Basis der PLO in Karame zu zerstören, und Arafat musste fliehen, aber seine Fatah hatte der israelischen Armee schwere Verluste zugefügt. Ein Jahr später wurde er Vorsitzender der PLO. Als deren bewaffneter Arm verübte die Fatah jahrzehntelang terroristische Anschläge und Bombenattentate.

„We know only one word – jihad, jihad and jihad. Whoever does not like it can drink from the Dead Sea or from the Sea of Gaza.“ (Arafat, 21. Oktober 1996)

Der Terror der PLO beschränkte sich nicht auf israelische, jordanische und libanesischen Ziele. Arafat trug den Kampf gegen Israel in die ganze Welt und war für alle „palästinensischen“ Terroranschläge mitverantwortlich. Er hat sie logistisch unterstützt, finanziert, geplant und manchmal direkt befehligt. Die PLFP (Popular Front for the Liberation of Palestine), eine andere Terrorgruppe unter dem Dach der PLO, spezialisierte sich auf spektakuläre Flugzeugentführungen. Die Städte Entebbe und Mogadischu brannten sich ins Gedächtnis einer ganzen Generation. An dieser Stelle nur ein kurzer Auszug aus Arafats langer terroristischen Laufbahn:

1965-67 Bombenanschläge gegen israelische Dörfer, Wasserleitungen und Eisenbahnen, Häuser werden zerstört und Israelis getötet.

21.2.1970 Bombenanschlag auf den Swiss Air Flug Nr. 330 nach Tel Aviv. 47 Tote.

8.5.1970 Anschlag auf einen israelischen Schulbus. 9 Schüler und 3 Lehrer werden ermordet.

6.-9.9. 1970 In den „Dawson's Field-



Steinmeier legt einen Kranz am Grabe Arafats nieder.

Entführungen“ werden insgesamt 3 Flugzeuge der Linien EL-Al, TWA und BOAC mit 370 Geiseln entführt. Die Geiseln werden gegen inhaftierte Terroristen ausgetauscht.

7.10.1985 Bei der Entführung des Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro“ ermorden die Terroristen den 69-jährigen, an den Rollstuhl gefesselten, Leon Klinghoffer und lassen die Leiche samt

Barak und Bill Clinton haben ihm im Jahr 2000 in Camp David seinen Staat am Silbertablett präsentiert. Arafat hat sich für die Fortsetzung des Kampfs gegen Israel entschieden. In der Zweiten Intifada wurden 1.036 israelische Bürger ermordet und 7.054 verletzt.

In der Öffentlichkeit ist die Geschichte Jassir Arafats längst in Vergessenheit geraten. Doch der kleine Mann war kein schrulliger Staatsmann, sondern ein notorischer Judenhasser, der für den Mord an tausenden israelischen Bürgern verantwortlich war. Und in Bezug auf Deutschland kommt der „Spiegel“ zum Schluss: „Ohne die Unterstützung von palästinensischen Extremisten wären zahlreiche Anschläge und Terrorattentate der Roten Armee Fraktion (RAF) nicht möglich gewesen.“

Der deutsche Bundespräsident kennt die Geschichte Arafats. Er weiß ganz genau, wer der Mann war, an dessen Grab er in Ramallah einen Kranz niedergelegt hat. Frank-Walter Steinmeier weiß, vor wem er sich verneigt hat. Er weiß, wem er in Ausübung seines Amtes die letzte Ehre erwiesen hat. Die deutsche Öffentlichkeit ist empörungswillig. Eine unpassende Bemerkung über ein Dekolleté gemacht, einmal „süße Maus“ gesagt und der öffentliche Aufschrei kennt kein Halten mehr. Das Schweigen über die Verneigung des Präsidenten vor dem Grab des Judenmörders ist ohrenbetäubend.

Im „Küstenstraßen-Anschlag“ tötet die Fatah 38 Israelis, darunter 13 Kinder.

Mai 1972 Die Japanische Rote Armee ermordet im Auftrag der PLO 26 Menschen am Flughafen Lod in Tel Aviv.

5.9.1972 Der Schwarze September, eine Splittergruppe der Fatah, stürmt mit acht Mann das Quartier der israelischen Mannschaft bei den Olympischen Spielen von München. Zwei Israelis werden ermordet, neun sterben bei dem dilettantischen Befreiungsversuch der deutschen Polizei. Das Desaster führt zur Gründung der GSG9 unter Ulrich Wegener. Arafat war über den Anschlag im Bilde, es gibt Vermutungen, dass er ihn persönlich geplant hat.

11.4.1974 18 Menschen werden bei einem Anschlag in Kirjat Schmona ermordet, die Hälfte davon Kinder.

15.5.1974 31 Israelis, darunter 21 Kinder, werden bei einem Anschlag auf eine Schule in Ma'alot ermordet.

11.3.1978 Im „Küstenstraßen-Anschlag“ tötet die Fatah 38 Israelis, darunter 13 Kinder.

Rollstuhl ins Meer werfen.

1993 erhält Jassir Arafat den Friedensnobelpreis für die Anerkennung Israels. Die Anschläge der von ihm geführten und/oder finanzierten Terrorgruppen gehen weiter. Tausende Israelis fallen ihnen zum Opfer.

Mit selbst durchgeführten Anschlägen hat sich die PLO nicht begnügt. Auch die Terroristen der RAF erhielten in „palästinensischen“ Terrorcamps den letzten Schriff. Buback, Ponto, Schleyer – 33 Morde und mehr als 200 Verletzte gingen auf das Konto deutscher Terroristen, die von „Palästinensern“ ausgebildet worden waren. Auf Befehl Arafats oder wenigstens mit seiner Billigung, jedenfalls von seiner Organisation finanziert.

Trotz seiner Vergangenheit als Mörder und Terrorist bekam Jassir Arafat die Chance, als Friedensstifter und Gründer eines „palästinensischen“ Staates in die Geschichte einzugehen. Ehud

Israels 10-Punkte-Plan gegen den Terror

General d. R. Nitzan Nuriel stellt Lösungen aus Israel in Deutschland vor

Von Dr. Nikoline Hansen

Die schlechte Nachricht zuerst: Wir können nicht alles von Israel lernen, wenn es um die Bekämpfung von Terrorismus geht – selbst dann nicht, wenn wir die gleichen Probleme haben. Denn es wird immer auch auf die kulturellen Besonderheiten einer Gesellschaft ankommen, wie sie sich erfolgreich gegen Terroristen zur Wehr setzen kann. Ein eklatantes Beispiel ist die Inhaftierung von Terroristen: mehr als die Hälfte der wegen terroristischer Aktivitäten Inhaftierten betätigt sich nach der Freilassung weiter terroristisch, und ist danach oft noch gefährlicher, da sie im Gefängnis oftmals Wissen und Erfahrung sammeln können. Warum ist das so?

Der General der Reserve der israelischen Streitkräfte, Nitzan Nuriel, einer der weltweit angesehensten Experten im Bereich der Terrorismusbekämpfung und Wissenschaftler am israelischen Internationalen Institut für Terrorismusbekämpfung, kennt den Grund: „Eigentlich ist das einfach. Wir glauben, dass sie aus ihrer Sicht davon profitieren im Gefängnis zu sitzen, indem sie etwas lernen. Das bedeutet, im Gefängnis zu sitzen ist für sie keine wirkliche Bedrohung. Sie haben nicht das Gefühl, dass es eine ernsthafte Strafe ist. Also macht es ihnen auch nichts aus, wenn sie wieder ins Gefängnis müssen. Daher müssen wir neue Methoden und Konzepte entwickeln, um die Terroristen davon abzuhalten, sich wieder als Terrorist zu betätigen, weil das Gefängnis selbst keine ausreichende Strafe ist. Hinzu kommt, dass junge Menschen, die inhaftiert sind, dort auf ältere Personen treffen, die bereits selbst Terroranschläge verübt haben und die ihr Wissen über diese Terroranschläge teilen. So kommt es, dass sie statt wieder normale Menschen zu werden im Gefängnis weiter radikalisiert werden. Also müssen wir darüber nachdenken, wie wir dieses System verbessern können.“

Entscheidend bei der Bekämpfung des Terrorismus ist also Prävention: „Wenn die Terroristen wissen, oder fast sicher sein können, dass sie mit ihrer Mission nicht erfolgreich sein werden, dass wir sie dingfest machen können und dass wir nicht nur sie bestrafen, sondern auch ihre Familien, vielleicht wird das die Motivation verringern, sich an solchen terroristischen Aktionen zu beteiligen. Wenn ein Terrorist begreift, dass solche Taten bedeuten, dass seiner Familie nicht mehr erlaubt wird nach Israel zu kommen, um zu arbeiten, oder dass seine Familie beispielsweise nicht mehr in der Lage sein wird ein neues Haus zu bauen, vielleicht wird das dazu führen, dass er zweimal nachdenkt ehe er terroristisch aktiv wird.“

Diese Maßnahmen, in Israel ein realistisches Szenario, sind in Europa undenkbar und so bleibt es den einzelnen Ländern überlassen zu überlegen, wie die Probleme angegangen werden können. Jedenfalls müssen wir davon ausgehen, dass Terrorismus uns auch in Europa weiter im Alltag begleiten wird – so wie das in Israel ja bereits seit Jahrzehnten der Fall ist und es wird künftig immer wichtiger werden präventiv in der Terrorismusbekämpfung aktiv zu werden.

Für Israel ist ein Anschlag pro Monat

10 Punkte gegen den Terror

wenig, in der Schweiz wäre das sehr viel

Wichtig wird es also sein, die Gesellschaft darauf vorzubereiten, dass man Seite an Seite mit Terroristen lebt – so wie mit Kriminellen, Vergewaltigern, Betrügnern und Räufern. Die Gefahr muss so gering wie möglich gehalten werden. Wobei die Standards in den einzelnen Ländern sicherlich unterschiedlich gesetzt werden müssen: Für Israel bedeutet ein Anschlag pro Monat wenig, während dies etwa in der Schweiz sehr viel wäre. Verglichen mit den Unfällen, die täglich passieren, sind Terroranschläge im Prinzip zu vernachlässigen, solange sie keinen übermäßigen ökonomischen Schaden anrichten oder das normale Leben beeinträchtigen.

Die gute Nachricht ist also: Wir sind stark genug, um mit den Herausforderungen des Terrorismus zu leben, er wird uns nicht besiegen können. Die Frage ist also: Warten wir einfach ab oder sollten wir uns besser auf das nächste Terrorereignis vorbereiten, damit der Schaden so gering wie möglich bleibt? Dass Terror gerade durch Schrecken wirkt, hat der Selbstmordanschlag in Manchester nach einem Konzert am 22. Mai wieder einmal mehr gezeigt, der die Konzertbesucher und die westliche Welt unvorbereitet traf und tief betroffen machte – Bundesinnenminister Thomas de Maizière ordnete Trauerbeflaggung an.

Die von Nitzan Nuriel vorgestellten zehn Punkte zur Bekämpfung des Terrorismus lassen sich durchaus auch in Europa umsetzen, denn sie beruhen ausschließlich auf Überlegungen, die einem gesunden Menschenverstand entspringen:

1) Gefahrenabwehr und Sicherheit der Bewohner sollten in der Verantwortung der Städte und Gemeinden sowie der von ihnen gewählten Vertreter liegen – die Verantwortung kann nicht auf andere Stellen abgeschoben werden.

2) Die lange Liste der möglichen Bedrohungen muss priorisiert werden. Für die einzelnen Bedrohungen ermöglicht ein präzises Ablaufschema den professionellen Umgang zur Ver-

hinderung. So ist es Israel gelungen, die Zahl der Selbstmordattentate auf Null herunterzufahren, denn die Kette bis zu einem erfolgreichen Selbstmordanschlag ist lang: von der Rekrutierung über die Ausrüstung bis zu den Helfern sind es eine Reihe von notwendigen Schritten bis zu einem derartigen Anschlag. Diese müssen analysiert werden, um den Flaschenhals zu identifizieren, den Punkt, an dem der Angriff präventiv gestoppt werden kann. Wichtige Anhaltspunkte lassen sich heute oft in den sozialen Medien finden, das ist mühsam, aber effektiv.

3) Es muss eine klare Kommando-kette der Zuständigkeiten geben, wobei eigene Eitelkeiten außen vor bleiben müssen – in der Regel sollte die oberste Verantwortung bei den Sicherheitskräften vor Ort liegen.

4) Technologie sollte sinnvoll eingesetzt werden. Kameras dienen nicht der Prävention – in 95% der Fälle können sie nur einer nachträglichen Aufklärung dienen. Vor der Anschaffung technischer Hilfsmittel muss daher das Ziel klar sein.

5) Ablaufpläne müssen von einer außenstehenden Person überprüft werden, um Betriebsblindheit vorzubeugen.

6) Katastrophenübungen müssen regelmäßig durchgeführt werden – dies betrifft nicht nur die Terrorabwehr, sondern alle möglichen Szenarien, gerade auch bei Festivals und anderen Großveranstaltungen. Nur so ist sichergestellt, dass die Rettungskräfte wissen, was im Notfall zu tun ist.

7) Entwicklung von Sicherheitsapps für das Smartphone. In Israel wurde eine App entwickelt, mit der jederzeit unauffällig ein Notsignal abgesandt werden kann, das Menschen alarmiert, die sich gerade in der Nähe befinden und helfend eingreifen können. Dies gibt den Menschen Sicherheit und kann Terroristen abschrecken, wenn sie wissen, dass möglicherweise schnell Hilfe vor Ort ist und ihre Pläne vereitelt.

8) Vermeiden von inneren Bedrohungen – etwa durch ausführliche Befragung von Personen, von denen man

den Eindruck hat, sie seien in der Lage eine Linie zu überschreiten. Darauf vorbereitet sein, im Fall des Falles schnell Maßnahmen ergreifen zu können.

9) Die sozialen Medien nutzen. Hier kann man mehr Informationen finden als man denkt. Es gilt mit Augenmaß präventiv zu beobachten, um zu verhindern, dass jemand die rote Linie durchbricht.

10) Überwachungsmaßnahmen durch Geheimdienste. In Israel gibt es drei Organisationen, die sehr effektiv arbeiten.

Wenn es doch nicht gelungen ist, einen Anschlag zu verhindern, sei es äußerst wichtig, den Schaden möglichst gering zu halten. So ist es in Israel gelungen, die Zeit, in der nach einem Anschlag wieder zu normalem Leben übergegangen werden kann, drastisch zu reduzieren: von durchschnittlich acht auf drei Stunden – auch dies trägt zu einem Gefühl der Sicherheit bei. Die dreiwöchige Sperrung eines Flughafens wie in Brüssel sei nicht akzeptabel. So schnell wie möglich zum normalen Leben zurückzukehren sei auch eine präventive Maßnahme, da es den Terroristen zeigt, dass wir uns von ihrer Bedrohung nicht abschrecken lassen, unser Leben normal weiterzuleben und dass ihre Versuche, dieses Leben zu stören, nicht effektiv sind. Generell gilt, dass Terroristen sich Ziele suchen, die schlecht organisiert und unübersichtlich sind: wenn sie sehen, dass ein Bereich gut organisiert ist, dann lassen sie die Finger davon und suchen sich ein anderes Objekt.

Terror sei mehr als alles andere eine mentale Angelegenheit und es erfordere Entschlossenheit zur Bekämpfung. Dabei müsse man stets einen Schritt vorweg denken um gewappnet zu sein. Dann verliert die Bedrohung ihren Schrecken. Auch wenn es keine hundertprozentige Sicherheit gegen Terroristen gibt, es gibt Möglichkeiten effektiv gegen Terrorismus vorzugehen.

Um noch einmal auf Israel zurückzukommen: Gegenwärtig wird dort wieder versucht, Terror zu entfachen. Mittel zum Zweck ist ein Hungerstreik in israelischen Gefängnissen. Dazu sagt Nuriel:

„Der Hungerstreik hängt nicht mit den Haftbedingungen zusammen. Der Hungerstreik beruht auf einer Konkurrenz, einer Konfliktsituation zwischen den palästinensischen Politikern. Es sind zwei Anführer, die nicht miteinander sprechen, die sich am liebsten gegenseitig umbringen würden. Barghouti versucht mit dem Streik Abu Mazen (Abbas) deutlich zu machen, dass keine Entscheidungen ohne ihn getroffen werden können. Er will damit sagen, ich habe viele Soldaten und ich zeige dir, dass ich dir Probleme machen kann. Der Hungerstreik dient als Beweis dafür, dass er in der Lage ist Probleme zu schaffen für die Israelis, also glaube nicht, dass du Entscheidungen ohne mich treffen kannst. Das ist also eine innerpalästinensische Angelegenheit, aber wie immer geht das Augenmerk darauf, was die Israelis machen oder tun können und so weiter.“

Gelassenheit angesichts des Terrors und souveräner Umgang mit den Gefahren tragen entschieden zum Sicherheitsgefühl der Gesellschaft bei. In Israel gelingt das – gezwungenermaßen – zusehends.

Rohani ist kein Populist. Er ist ein 85-facher Mörder

Deutsche Politiker und Journalisten beglückwünschen den „Wahlsieger“ Rohani



Von Anastasia Iosseliani

Argentinische Demonstranten erinnern an die vorwiegend jüdischen Opfer des Amia-Anschlags von 1994, hinter dem der Iran als Urheber vermutet wird.

Nachdem sich die Wogen bei den deutschsprachigen Korrespondenten, Journalisten & anderen sogenannten Experten nach der Wahl im Iran geglättet haben & Rohani wieder zum Präsidenten wurde, werfen wir doch einmal einen Blick auf die Wahlen & die Person Rohani.

Zuallererst: Die Wahlen im Iran sind nicht frei. Die Kandidaten für diese Präsidentschaftswahl wurden von einem Expertenkomitee ausgewählt. Besagtes Expertenkomitee besteht praktisch nur aus schiitischen Geistlichen & verweigerte nicht nur dieses Mal iranischen Frauen & Mitgliedern von religiösen Minderheiten die Ausübung des passiven Wahlrechts. D.h. zur Wahl zugelassen waren nur schiitische Männer. Am Ende hatten die iranischen Wähler gar nur noch die Wahl zwischen zwei Männern, welche beide das Blut unschuldiger Menschen an ihren Händen kleben haben.

Ebrahim Raissi, der Kandidat, der gegen Rohani verloren hat, saß in Expertenkomitees, welche gegen Ende des Iran-Irak-Krieges Massenhinrichtungen an Kommunisten & Volksmudschahedin befahlen. Rohani hingegen saß im Expertenkomitee, welches das Attentat auf das AMIA-Gemeindehaus in Buenos Aires finanzierte & befahl.

Ganz richtig, geehrter Leser, geehrte Leserin: Der jetzige iranische Präsident saß Anfang der 90er Jahre in einem Expertenkomitee, zusammen mit anderen Geistlichen & Revolutionsgardisten, welche das größte Massaker an jüdischen Zivilisten nach dem Zweiten Weltkrieg befehligt haben. Dies führt uns zum meinem Punkt:

Ich muss Leuten Recht geben, die sagen, das Rohani kein Populist ist, denn er ist primär ein Terrorist & Mörder.

Rohani als „Populisten“ zu beschimpfen, würde ihm & dem Regime, welches er repräsentiert, nicht gerecht werden. Immerhin finanziert Rohani & die Islamische Republik nicht nur die Hisbol-

als Geiseln. Der sogenannte „Iran-Deal“ sollte nicht über den diktatorischen Charakter des Mullah-Regimes hinwegtäuschen. Der ist noch nicht mal in trockenen Tüchern und wird von in der Islamischen

Tode verurteilt oder verheiratet werden! Insgesamt liegt die Islamische Republik (etwa 75 Millionen Einwohner) unter Rohani hinter der Volksrepublik China (über eine Milliarde Einwohner) an zweiter Stelle, was das Vollstrecken von Todesurteilen angeht. Freie Gewerkschaften sind ebenso wie volle Bürgerrechte für ethnische & sexuelle Minderheiten sowie Frauen inexistent.

Summa summarum lässt sich sagen, dass diese unfreie Wahl, eine Wahl zwischen Pest & Cholera war & irgendeine Reform nur in den Köpfen von sogenannten „nützlichen Idioten“ stattgefunden hat. Stattdessen gehen Menschen, die sich selbst für intelligent halten, dem „Good-Cop-Bad-Cop-Schauspiel“ des Regimes zu Teheran auf den Leim. Denn der Mörder Rohani, das freundliche Gesicht der Diktatur, für den man in

lah, sondern auch die Huthi-Terroristen im Jemen & auch immer mal wieder die Muslimbruderschaft (Zuletzt finanzierte die Islamische Republik den Wahlkampf von Mohammed Mursi) & sind somit mitverantwortlich für die aktuelle Instabilität in der MENA-Region.

Republik relevanten Personen (Revolutionsgardisten & der Mehrheit des schiitischen Klerus) bereits jetzt ignoriert oder lächerlich gemacht.

Kommen wir jetzt zur Innenpolitik unter Rohani, welche auch nur Ent-

Thomas Oppermann @Tho... · 3 h

Wiederwahl von Hassan Ruhani zeigt: die Menschen im Iran wollen keine fanatischen Religionsführer, sie wollen ein modernes, freies Leben.

SPiegel ONLINE DER SPIEGEL SPIEGEL TV

Präsident Hassan Rohani
Iran wählt die Vernunft

Die Iraner haben ein deutliches Votum abgegeben: Hassan Rohani bleibt Präsident. Damit entscheidet sich das Land gegen den Populismus - und für einen prowestlichen Kurs. *Von Hasnain Kazim*
mehr... [Video | Forum]

Die Wahnvorstellung, dass ein Massenmörder & Terrorhelfer irgendwie „pro-westlich“ sein könnte, ist absurd. Das Regime des „Pro-Westlichen“ hält ganz nebenbei auch noch britische Staatsbürger (Nazanin & Gabriella Ratcliffe)

täuschungen & Regression bereithält, denn unter Rohani wurden mehr Menschen zum Tode verurteilt & hingerichtet als unter Achmadinedschad. Unter anderen sitzen 49 Minderjährige in den Todeszellen. Mädchen können schon ab dem Alter von neun Jahren zum

Rom Statuen abdecken ließ, schüttelt die meisten ausländischen Hände. Die eigentliche Macht in der Islamischen Republik aber geht noch immer vom obersten Religionsführer, Ayatollah Khamenei, aus. Daran ändert diese „Wahl“ nichts.

„Pardon, wir haben gewonnen“

Gedanken zum 6-Tage-Krieg

Von Dr. Rafael Korenzecher

„Pardon, wir haben gewonnen“ und „Unfair zu Goliath“ schrieb der Satiriker Ephraim Kishon nach dem Sechstage-Krieg, den der kleine israelische David vor 49 Jahren in diesen Juni-Tagen des Jahres 1967 in einem kaum zu gewinnenden Viel-Fronten-Kampf um seine nackte Existenz gegen den übermächtigen arabischen Goliath, in Form der verbündeten Streitkräfte Ägyptens, Jordaniens, Syriens, Libanons, aber auch des Iraks, Algeriens, Kuwaits und des Sudans für sich entscheiden und damit die Auslöschung des jüdischen Staates und einen weiteren Genozid an seinem Volk verhindern konnte.

Hierzu verkündete der ägyptische Präsident Nasser siegessicher am 26. und 30. Mai 1967:

„Wir beabsichtigen einen grundlegenden Angriff auf Israel. Dies wird ein totaler Krieg sein. Unser primäres Ziel wird es sein, Israel zu zerstören.“

(Gamel Abdel Nasser, Staatspräsident Ägyptens, 26. Mai 1967)

„Die Armeen Ägyptens, Jordanien, Syriens und des Libanon stehen einsatzbereit an den Grenzen Israels, während hinter uns die Armeen des Irak, Algeriens, Kuwaits, des Sudan und der gesamten arabischen Nation stehen. Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.“

(Gamel Abdel Nasser, Staatspräsident Ägyptens, 30. Mai 1967)

Bereits zuvor, am 18. Mai 1967 hatte sich Radio Kairos Voice of Arabs auf Veranlassung Nassers ähnlich zurückhaltend geäußert:

„Die einzige Methode, die wir Israel gegenüber anwenden werden, ist der totale Krieg, der in der Vernichtung der zionistischen Existenz enden wird.“

Dem durften die anderen arabischen Führer natürlich nicht zurückstehen, die die von der UNO dem jungen, bereits durch den arabischen Überfall von 1948 vieler seiner Gebiete und der halben Hauptstadt Jerusalem beraubten Staat Israel eigentlich garantierte Unversehrtheit – natürlich völlig ungestört von der UNO – in folgender Weise auslegten:

„Ich, als Militärman, glaube, dass die Zeit gekommen ist, um in einen Vernichtungskampf einzutreten.“

(Hafez al-Assad, Verteidigungsminister Syriens, 20. Mai 1967)

„Die Existenz Israels ist ein Fehler, der berichtigt werden muss. Unser Ziel ist klar – Israel von der Landkarte zu wischen.“

(Abdur Rahman Aref, Staatspräsident des Irak, 31. Mai 1967)

Folgerichtig und offensichtlich tief beeindruckt von so viel arabischer Friedensliebe zog der Sicherheitsgarant und auch so große Freund des jüdischen Volkes, Sithu U-Thant, in seiner Funktion als damaliger Generalsekretär der UNO auf Wunsch der arabischen Aggressoren und ganz im vorausseilenden Sinne der heutigen UNO-Liebe zu Israel seine Schutztruppen zurück und überließ Israel ohne internationalen Schutz seinem eigenen Schicksal.

Überwältigt von so viel UNO-Solidarität und internationalem Einverständnis durchschnitt Nasser die wirtschaftliche Lebensader Israels und verhängte mit der Abriegelung der Meerenge von Tiran eine Seeblockade über Israel. Außerdem hatten die arabischen Nachbarländer in den ersten Junitagen des Jahres 1967 fast eine halbe Million Soldaten, mehr als 2.800 Panzer und 810 Kampfflugzeuge gegen Israel in Stellung gebracht.



Die Sieger des 6-Tage-Krieges.

Während Abba Eban, der israelische Außenminister, ebenso verzweifelt wie vergebens versuchte den bevorstehenden Vernichtungsschlag der arabischen Allianz auf diplomatischem Wege zu verhindern, konnte Kishon in einem seiner Beiträge für die Zeitung Ma'ariv noch verbittert schreiben: „Unsere gelegentlichen Beschwerden werden von den United Nations immer streng objektiv behandelt. Die UN wahren das Prinzip Gleiches Recht für beide – in Fachkreisen auch UN-Recht genannt.“

Dann ging aber alles ganz schnell – die Chronik des Geschehens liest sich wie folgt:

Am 5. Juni 1967 führte Israel einen Präventivschlag gegen Ägypten aus, der durch das natürliche Recht auf Selbstverteidigung, wie es völkerrechtlich in Artikel 51 der UN-Charta festgeschrieben ist, voll gedeckt war.

In den Morgenstunden starteten Flugzeuge der israelischen Luftwaffe und griffen ägyptische Luftwaffenstützpunkte auf dem Sinai und im ägyptischen Kernland an. In einem kurzen, effizienten und entschiedenen Schlag wurden innerhalb von zwei Stunden 300 ägyptische Flugzeuge, darunter Bomber, Kampffjets und Hubschrauber, zerstört.

Die Hauptbedrohung für Israel aus der Luft war damit ausgeschaltet, und die Lufthoheit der israelischen Luftwaffe war gesichert, als jordanische, syrische und irakische Flugzeuge Ziele in Israel angriffen.

Am Ende des ersten Kriegstages waren die Luftwaffen aller beteiligten arabischen Länder zerstört. Die israelischen Bodentruppen konnten von nun an unter „freiem Himmel“ agieren. Die israelische Luftwaffe verlor an diesem Schicksalstag 20 Flugzeuge. 12 Piloten wurden getötet, fünf verwundet und vier gefangengenommen.

Der Kampf dauerte nur vier Tage und

vollzog sich in einem einzigen, kontinuierlichen Schwung.

Die israelische Armee war sich angesichts ihrer quantitativen Unterlegenheit von vornherein bewusst, dass sie einen raschen Sieg erringen musste. Daher wählte sie eine schnelle Vorwärtsattacke und verzichtete auf die Sicherung der Flanken und Transportwege.

Am 8. Juni hatten die israelischen Soldaten unter dem Oberkommando von General Yeshayahu Gavish und seinen drei Divisionskommandeuren Ariel Scharon, Avraham Yoffe und Israel Tal die ägyptische Armee besiegt. Die Straße von Tiran war wieder frei und die gesamte Sinai-Halbinsel von ägyptischen Truppen entblößt.

Unter dem Oberkommando von General Uzi Narkiss gelang es der israelischen Armee an der Ostfront die Jordanier innerhalb von drei Tagen zu besiegen. Am 8. Juni wurde der Waffenstillstand vereinbart.

Bereits am 7. Juni hatten israelische Fallschirmjäger unter dem Kommando von Oberst Mordechai Gur nach blutigen Straßenkämpfen die 1948 geraubte Altstadt von Jerusalem zurückerobert.

Gemeinsam mit General Narkiss betreten Verteidigungsminister Mosche Dajan und Generalstabschef Jitzhak Rabin den Tempelberg.

Am Abend desselben Tages ließ der oberste Militärrabbiner der israelischen Verteidigungstreitkräfte, General Shlomo Goren, das Widderhorn (Schofar) an der Klagemauer ertönen. Die geteilte Hauptstadt Israels war wiedervereinigt.

Im Norden dauerte der Kampf gegen Syrien, Israels erbittertsten Feind, bis zum fünften Tag des Sechs-Tage-Krieges an. Der Durchbruch erfolgte am Morgen des 9. Juni nach zwei Tagen heftigen Bombardements. Die Speerspitzen bildeten dabei

die Panzerbrigade unter Oberst Albert und die Golani-Infanteriebrigade unter Oberst Yona Efrat.

Am 10. Juni waren die Syrer endgültig besiegt.

Am Ende der sechstägigen Kampfhandlungen hatte Israel 679 Tote zu beklagen. Außerdem wurden 2.563 Soldaten und Zivilisten verwundet. Auf arabischer Seite gab es 21.000 Tote und 45.000 Verwundete.

Die Wiedervereinigung Jerusalems ist das symbolträchtigste Resultat des Sechs-Tage-Krieges.

Seit König David die Stadt im Jahre 1004 v.d.Z. zum Mittelpunkt seines Reiches gemacht hatte, ist Jerusalem die historische Hauptstadt des jüdischen Volkes geblieben – auch nach seiner Zerstörung durch die Römer im Jahre 70 n.d.Z.

Seit 1948 ist es die politische Hauptstadt des Staates Israel

Nach der Teilung Jerusalems durch die Völkerrechts-widrige jordanische Annexion von 1948 hatten Juden keinen Zugang mehr zu ihrer heiligsten Stätte, der Klagemauer.

Die Jordanier verletzten sämtliche Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommens, die Jerusalem betrafen. Zwischen 1948 und 1967 entweichten sie nicht nur Hunderte von jüdischen Gräbern auf dem Ölberg, sondern zerstörten auch 58 Synagogen im jüdischen Viertel der Altstadt Jerusalems. Nur eine einzige Synagoge entging dem Schicksal der Zerstörung und Plünderung.

Seit der Wiedervereinigung Jerusalems 1967 haben wieder Angehörige aller Religionen freien Zugang zu ihren heiligen Stätten, die von ihren jeweiligen religiösen Autoritäten verwaltet werden.

(Teile der Chronik entnommen von BotschaftIsrael.de)

Kaum eines der damaligen Ereignisse, der historischen Zusammenhänge und schon gar nicht die Kriegsursache, die in der absoluten Vernichtungs-Aggression der arabischen Nachbarn bestand, wird heute in der islam-devoten, faktenverdrehenden und den gesamten Staat Israel delegitimierenden Mainstream-Politik und Presse objektiv und sachrichtig dargestellt.

Insbesondere wird der israelische Anspruch auf sein gesamtes, ihm von der UNO 1947 zugesprochenes Territorium in Judäa, Galiläa und Samaria mit uralten jüdischen Städten wie Jericho, Hebron, Nazareth, Betlehem u.a.m. sowie vor allem auf seine ewige und ungeteilte jüdische Hauptstadt Jerusalem zu Gunsten einer in der Geschichte der Region niemals aufgetretenen, friedensfeindlichen und erst in den Jahren nach dem 6-Tage-Krieg erfundenen sogenannten „palästinensischen“ Identität in Abrede gestellt.

Einer der geschichtlich am längsten legitimierte Staaten der Welt und erst recht in der Region sieht sich durch islamische Aggression, Israelhass und Antisemitismus wieder in nicht hinzunehmender Weise massiv in seiner Existenz bedroht.

1968 schrieb Kishon mit gewohnt bitterem Humor dazu:

„Israel ist ein so kleines Land, dass man auf den meisten Landkarten und Globen seinen Namen nicht einmal voll ausschreibt. Fast immer heißt es ‚Isr.‘ Und schon aus diesem Grund fällt es uns so schrecklich schwer, die im Sechstagekrieg wiedererlangten jüdischen Gebiete aufzugeben. Sie schaffen endlich Platz für das allzu lange fehlende ‚-ael‘.“

So soll und so wird es bleiben.

Allen Toten und Helden des jahrzehntelangen israelischen Kampfes um seine Existenz gewidmet – gegen Terror und Vernichtungs-Bedrohung.

Am Israel Chai!
Dr. Rafael Korenzecher

Was sind schon iranische Kernwaffen gegen ein israelisches Einfamilienhaus?

Der Bau eines Hauses bekommt mehr internationale Aufmerksamkeit als ganze Völkermorde

Von Daniel Greenfield

Obwohl der Artikel bereits am 25. Oktober 2016 auf Englisch und noch unter der Präsidentschaft von Barack Obama erschien, hat er nichts an Aktualität eingebüßt.

Es gibt nur wenige Waffen, die so gefährlich sind wie ein israelisches Haus. Sobald seine Ziegel mit Mörtel verbunden sind, wird das Haus – ganz egal, ob es nun bescheiden einstöckig auf einer Hügelkuppe steht oder ein fünfstöckiges Apartmentgebäude mit fließend Kalt- und Warmwasser ist – entschieden gefährlicher, als alles, was grün und glühend aus iranischen Zentrifugen kommt.

Vergessen Sie Splitterbomben und Minen, Giftgas-Granaten und sogar designierte Viren. Der Iran kann sich seine Atombomben schenken. Damit beeindruckt er niemanden in Europa oder Washington D.C. Wer denkt noch an Völkermorde in Afrika angesichts der furchtbaren Waffe des Schreckens in Gestalt einer vierköpfigen israelischen Familie, die in eine neue Wohnung zieht?

Der Sudan könnte sogar einen kleinen Berg aus afrikanischen Leichen errichten, und doch könnte er niemals die volle und ungeteilte Aufmerksamkeit der Welt erwarten, bis er nicht etwas derart Unerhörtes tut, wie ein Haus zu bauen und es mit Juden zu füllen.

Da mittlerweile die sudanesischen Juden ebenso verschwunden sind wie die Juden Ägyptens, des Iraks, Syriens und jene aus dem guten alten Afghanistan, stehen die Chancen für Baschir, den Schlachter, diesen Streich zustande zu bringen, eher schlecht.

Infolge der Kurzsichtigkeit der muslimischen Welt, ihre Juden aus Kairo, Aleppo und Bagdad nach Jerusalem zu vertreiben, wird die ultimative Waffe in internationalen Angelegenheiten vollständig vom jüdischen Staat kontrolliert.

Der Vorrat des jüdischen Staates an Juden sollte die internationale Gemeinschaft weit mehr besorgen als ein hypothetischer Vorrat an Nuklear-Waffen.

Niemand außer Israel und wahrscheinlich Saudi-Arabien kümmert sich viel um die iranische Bombe. Aber wenn Israel Häuser baut, hüpfst die internationale Gemeinschaft aus dem Korsett, droht ihre Botschafter zurückzurufen und israelische Pfirsiche zu boykottieren.

Man kann auf die Teppiche des Weißen Hauses spucken und jedes unserer Geheimnisse stehlen. Man kann unsere Städte bombardieren und unsere Datenbanken hacken. Man kann alles in die Luft sprengen, was man will und bedrohen, wen man will; aber lieber sollte man kein Loch in der Nähe von Gilgal graben, wo Joschua und ein paar Millionen entkommener hebräischer Sklaven einst ihr Lager aufschlugen.

Manche glauben, dass Völkermorde oder Atomwaffen die ultimativen Waffen seien, aber wie wir immer wieder sehen, besteht die ultimative Waffe aus einem Hammer und ein paar Nägeln in einer jüdischen Hand.

Jeder hat seine Standards. Sogar die internationale Gemeinschaft. Es gibt Dinge, die niemand ausstehen kann. Und die eine Sache, gegen die sich jeder erheben bzw. Widerstand leisten wird, ist das israelische Haus.

Beamte des Weißen Hauses bestehen wieder einmal darauf, dass Netanjahu Obama mit der Absegnung des Baus von 98



Israelische Siedlerfamilie

Häuserkomplexen beleidigt hätte. Dies ist das schwerste israelische Verbrechen seit der Zeit, als die Stadt Jerusalem ein paar Häuser eine Hürde in einem mehrstufigen Genehmigungs-Prozess nehmen ließ, während Biden zu Besuch kam.

Hillary nannte dies eine Beleidigung und verbrachte zwei Stunden damit, Netanjahu über das Telefon anzuschreiben. Präsidenten-Berater Axelrod erklärte die Tat zu einem Affront. Biden war so wütend, dass er sich eine Stunde lang weigerte, runter zum Abendessen zu kommen. Wochenlang heulten die Medien, dass Netanjahu Obama mittels der heimtückischen Tat gedemütigt hätte, einem der Bürgermeister des Landes zu erlauben, den Wohnungsbau zu befürworten, während seine Heiligkeit Joseph Robinette Biden Jr. den israelischen Luftraum durchkreuzte.

Während China den USA einen Krieg androhen und Nordkorea seine Atombomben testen kann, hat es bisher nur Israel geschafft, offizielle Aufmerksamkeit für die „Beleidigung“ Obamas zu erhalten, noch dazu ohne große Mühe. Das beweist einmal mehr, dass die jüdische Rasse so talentiert ist, dass sie Dinge erreicht, von denen andere nur träumen können und die Juden merken es noch nicht einmal.

Laut „New York Times“, die sich niemals irrt, macht der anhaltende Hausbau den Frieden unmöglich. Der Frieden, welcher natürlich in keinsten Weise von Raketen, Selbstmordattentaten, einseitigen Geboten der Eigenstaatlichkeit und Kriegserklärungen behindert wird, stößt nur gegen ein Hindernis: Die robuste, unnachgiebige Mauer eines israelischen Hauses.

Man kann israelische Häuser aushöhlen, sie bombardieren und in sie einbrechen, um die Menschen, die darin leben, zu massakrieren. Doch am Ende macht Israel einfach weiter und baut noch mehr dieser verdammten Dinger.

Und das ist nun mal nicht gut für den Frieden.

Darum kümmert sich auch niemand großartig um Raketen der Hamas, die ja bloß Israelis töten, die es ja sowieso verdient haben, wie jeder vernünftige Mensch

in London, Paris und Brüssel weiß. Dafür schäumt man vor Wut angesichts eines israelischen Hauses. Israelis zu töten war noch nie ein Friedenshindernis. Das zwanzigjährige Töten von Israelis hat bisher keine einzige israelische Regierung davon abgebracht, sich mit den Terroristen an einen Tisch zu setzen und zu feilschen. Aber eine israelische Familie, die in einem Haus lebt, besetzt dieses Gebiet ja bloß, damit es den Terroristen schwerer gemacht wird, das Land zu übernehmen.

Das Problem ist alt. Der Pharao plagte sich damit. Hitler auch. Und nun die Hamas. Was macht man nur, wenn zu viele Juden leben? Die Antwort liegt auf der Hand.

Israels Friedenspartner versuchten sich auf die altherwürdige ägyptische Tradition, alle Juden ins Meer zu werfen, zu besinnen. Doch trotz eines ganzen Offizierskorps, das vorübergehend von den bewaffneten Truppen Großbritanniens „beurlaubt“ wurde, kamen sie nur bis zur Mitte Jerusalems, wo sie jede Synagoge in die Luft sprengten, und nahmen Israels Westjordanland ein – oder wie die fremden zionistischen Angreifer, die keinerlei Wurzeln in dieser Region haben, sagen – Judäa und Samaria.

19 Jahre später hatten Israels Friedenspartner ihr britisches Offizierskorps gegen ein russisches eingetauscht, welches Jerusalem, das Westjordanland und Gaza verlor. Damit bewiesen sie, dass die Kommunisten, wenn es um's Töten von Juden geht, am besten sind, wenn diese nicht zurückschießen. Seit jener Zeit drängt die Welt oder besser gesagt der Teil von ihr, der vollständig von Diplomaten und höheren Journalisten bevölkert wird, darauf, dass Israel das Land einem erfundenen Staat zurückgibt.

Dieser Friedensplan, der genauso gut funktionierte, wie Feuer mit Benzin zu bekämpfen, wird seit zwei Jahrzehnten des Terrors nicht einmal ansatzweise in Frage gestellt, aber jedes Mal in seinen Grundfesten erschüttert, wenn in der Umgebung Jerusalems ein israelischer Hammer auf einen israelischen Nagel trifft. Dieses Land muss nämlich

zurückgegeben werden, damit von dort aus Raketen nach Israel geschossen werden können, damit Israel einfallen und es zurückerobert. Danach wird es wieder Friedensverhandlungen geben, in deren Folge das Land von Israel zurückgegeben wird, damit dort wieder Raketen stationiert werden können, es wieder zurückerobert und anschließend zurückgegeben wird ... für den Frieden.

Und israelische Häuser gefährden diesen Kreislauf von Frieden und Gewalt. Sie gefährden ihn, da sie „auf dem Boden unumstößliche Tatsachen schaffen“, eine pikante Formulierung, so wie sie nur zu Häusern voller Juden passt.

Muslimische Häuser schaffen natürlich keine unumstößlichen Tatsachen, obwohl sie aus demselben Material gebaut und ebenfalls mit Menschen gefüllt sind. Oder vielleicht sorgen sie ja für gute unumstößliche Tatsachen. Solche von der Sorte eines Vorkaufsrechtes für Verhandlungen, was die beruflichen Friedensstifter gutheißen.

Aber es ist schwer zu wissen, was die Friedensstifter eigentlich befürworten, weil sich ihre Argumente und Definitionen ständig ändern. Alles, was wir wissen, ist, dass sie israelische Häuser ablehnen.

UNO-Chef Ban Ki-moon verkündete, die israelischen Häuser seien ein „nahezu fataler Schlag“ für den Friedensprozess. Es ist natürlich nur ein „nahezu fataler Schlag“, weil der Friedensprozess nicht getötet werden kann, ähnlich wie Dracula. Israelische Häuser, so furchteinflößend sie auch sein mögen mit ihren Balkonen und schlechten Heizungen im Winter, reichen trotzdem nicht ganz aus, um ihn zu töten.

Wie das Monster in einem Horrorfilm, kommt der Friedensprozess immer wieder zurück und egal wie viele Hiebe ihm das israelische Haus versetzt, ein Jahr später erscheint eine Fortsetzung, in welcher das israelische Haus erneut vom Friedensprozess-Monster heimgesucht wird.

Die Armee der todbringenden israelischen Häuser wirkt respekt einflößend auf dem Zeitungspapier der „New York Times“ und den schrillen Themen-Talks der CNN-Sprecher. Aber ihr eigentliches Vermögen ist beschränkt auf das Beherrbergen jüdischer Familien und darauf internationale Diplomaten und Journalisten zur Weißglut zu bringen.

Europa ist wütend, Obama kocht, die UNO steht unter Spannung und irgendwo in Teheran streicht sich der Staatsführer des Iran die Pomade aus dem Bart und fragt sich, was er nur tun könnte, um so viel Aufmerksamkeit zu bekommen. Er kritzelt kurz ein paar Gedanken auf eine Serviette, doch dann verwirft er sie, weil sie ihm zu unplausibel erscheinen. Soviel Aufmerksamkeit seine Idee auf der Welt auch bekommen würde, es gibt einfach keine Möglichkeit für den Iran, Wohnungen in Israel zu errichten.

Daniel Greenfield ist Kolumnist und Blogger. Er wurde in Israel geboren und lebt heute in New York. Seine Artikel erscheinen regelmäßig in „Family Security Matters“, „The Jewish Press“, „Times of Israel“, „Act for America“ und bei „Canada Free Press“. Seine Kolumnen erschienen bereits in der „New York Sun“, „The Jewish Press“ sowie bei „FOX Nation“. Unter www.sultanknish.blogspot.com ist sein persönlicher Blog zu erreichen.

Übersetzt von Ulrike Stockmann

Mörder im Hungerstreik

Zu den Forderungen der arabischen Terroristen in israelischen Gefängnissen.

Von Stephen Flatow / JNS.org

Jetzt raten Sie mal, was die „palästinensischen“ Terroristen im Hungerstreik fordern?

Satellitenfernsehen, Klimaanlage und den Zugang zu israelischen Universitäten – das ist kein Scherz!

Laut „palästinensischem“ Nachrichtendienst „Wafa“ stehen Satellitenfernsehen, Klimaanlage und der Zugang zu staatlichen israelischen Universitäten auf der 10-Punkte-Liste der Forderungen, welche die derzeit Hungerstreikenden den israelischen Behörden präsentiert haben.

Die Menschen, die von diesen Häftlingen ermordet wurden, kamen nicht in den Genuss solcher Begünstigungen. Meine Tochter Alisa war Studentin der Brandeis-Universität, als sie und acht weitere Busreisende von ein paar dieser hungerstreikenden Häftlingen ermordet wurden. Alisa kann nun nicht mehr an ihrer Universität studieren. Ihre Mörder verdienen es nicht, dafür in den Genuss dieses Privilegs zu kommen.

Und womit drohen nun diese verhafteten Massenmörder, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden? Sie wollen richtig, richtig hungrig werden.

Ich denke mir – lasst sie doch!

Die einzige „Gefahr“, die von den Hungerstreikenden ausgeht, ist, dass die internationale Presse mitfühlende Artikel über sie schreibt. Und natürlich ist das bereits geschehen. Ein Artikel in der „Washington Post“ beschrieb kürzlich die Terroristen als „politische Gefangene“. Das hieße mit anderen Worten, dass die Terroristen entweder wegen ihrer politischen Meinung eingesperrt worden seien, was eine unverschämte Falschbehauptung ist; oder dass Mord an Juden in erster Linie ein „politisches“ Verbrechen sei, eine ebenso unerhörte Aussage.

Bei der „New York Times“ luden die Redakteure den Anführer der verhafteten Terroristen, Marwan Barghouti, zu einer Kolumne ein. Leider vergaß die „Times“ als Erläuterung hinzuzufügen, dass er hinter Gittern sitzt, weil er fünf Menschen ermordet hat, einschließlich eines griechisch-orthodoxen Priesters.



Arabischer Demonstrant hält ein Bild von Barguti in die Luft.

Eine „Times“-Ausgabe später wurde eingeräumt, dass die Redaktion Barghoutis Taten hätte erwähnen müssen.

hung des Staates Israel.

Sich den Forderungen der verhafteten Terroristen zu ergeben, wäre hinge-

„Alisa kann nun nicht mehr an ihrer Universität studieren. Ihre Mörder verdienen es nicht, dafür in den Genuss dieses Privilegs zu kommen.“

Solche „Richtigstellungen“ werden jedoch nur von einem Bruchteil derer gelesen, die den Original-Artikel kennen.

Voreingenommener Schutz durch die Medien ist wirklich lästig. Aber er ist trotzdem keine tatsächliche Bedro-

gen eine echte Bedrohung der Sicherheit Israels, weil dies die Terroristen ermutigen würde.

Das israelische Gesetz gebietet Gefangene im Hungerstreik durch Ärzte zwangsernähren zu lassen. Das macht

für mich überhaupt keinen Sinn. Wenn diese Terroristen hungrig sein wollen, sollte man sie doch lassen. Ihre leeren Mägen können immerhin niemanden verletzen.

Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen. Ich glaube, es gibt einen Weg diese Situation in etwas Positives zu verwandeln. Jeder Tag, an dem die Terroristen Essen und Trinken verweigern, spart dem israelischen Gefängnisystem eine beachtliche Menge Geld. Je länger der Hungerstreik dauert, desto mehr Geld wird gespart.

Was sollte mit diesem Geld geschehen? Es gibt viele Opfer des „palästinensischen“ Terrors, die Verletzungen erlitten, von denen sie sich niemals vollständig erholen werden. Das israelische Gesundheitssystem kommt für ihre medizinischen Behandlungen auf, aber es gibt viele zusätzliche Kosten, die nicht gedeckt werden, Beschwerden, die die Opfer jeden Tag erdulden müssen als Folgen ihrer Verletzungen, selbst wenn diese keine Probleme medizinischer Art sind.

Ich finde: Wir sollten das Geld nehmen, das beim Kauf von Lebensmitteln für Terroristen gespart wurde und es den Familien der Opfer geben, die von ihnen verwundet und verstümmelt wurden.

Es wäre nur ein Bruchteil der finanziellen Unterstützung, die die Opfer benötigen und verdienen. Es wird ihr Leiden kaum in Gänze mildern – nichts wird dies je tun – aber es wäre gewiss ein Schritt in die richtige Richtung.

Stephen M. Flatow, Vize-Präsident der Religiösen Zionisten von Amerika, lebt als Staatsanwalt in New Jersey, USA. Er ist der Vater von Alisa Flatow, die 1995 bei einem vom Iran finanzierten Terroranschlag ermordet wurde. Daraufhin initiierte er eine Reihe von Gerichtsverhandlungen gegen den iranischen Staat. Er veröffentlichte Kolumnen in verschiedenen Zeitungen zum Thema Terrorismus (darunter in „The New York Times“, „The Los Angeles Times“ und „The Times of Israel“).

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

● Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

● VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

● MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

● GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

● ASERBAIDCHAN ab 850€ (7 Tage)

● ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P. | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P. | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P. | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Ein Kurde aus Deutschland bereist Judäa und Samaria

Erlebnisbericht aus Israel

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Lieber Salahdin, du warst kürzlich einige Tage in Israel. Welche Eindrücke hast du von dort mitgenommen? Warst du zuvor schon einmal in Israel?

Salahdin Koban: Es war meine erste Reise. Ich ging mit dem Gedanken, Israel sei ein westliches geprägtes Volk. Umso positiver überrascht war ich, dass Israel ein ganz normales Nahost-Volk ist, mit allem was dazu gehört – angefangen bei der Gastfreundlich- und Unpünktlichkeit bis zu der Tatsache, dass man mit Taxifahrern den Preis verhandeln kann. Des Weiteren, dass das Zusammenleben zwischen Israelis und Arabern sehr friedlich abläuft, alle Straßenschilder auf Arabisch, Hebräisch und Englisch sind. Die Medien verzerren das Bild vom Zusammenleben, beide Gruppen begegnen sich täglich im Alltag und tragen keinen Hass in sich. Die Sicherheit bei der Einreise ist natürlich hoch, aber im Land selber ist alles sehr entspannt. Ich habe viele nette Bekanntschaften gemacht. Besonders das Treffen mit meinem Freund, dem israelischen Journalisten Eldad Beck, der mir seine Heimatstadt Jerusalem gezeigt hat, war sehr inspirierend. Des Weiteren die Tage bei meinem israelischen Freund Tomer und seiner tollen Familie in Segula – ich habe wirklich tolle Menschen kennengelernt. Ich bin für die Vororganisation meinem Parteifreund Julian H. sehr dankbar. Darüber hinaus habe ich Andreas Boldt kennengelernt – ein klasse Typ! – und beide sind echte Freunde Israels. Ich werde das Land definitiv wieder besuchen und versuchen meine Hebräisch-Kenntnisse weiter auszubauen.

Was hat dich dazu bewegt, dich mit Israel und dem Nahostkonflikt auseinanderzusetzen?

Ich war schon im jungen Alter politisch sehr interessiert, des Weiteren meine Herkunft. Ich gehöre einer Minderheit an. Meine Eltern stammen aus dem Nahen Osten. Der klassische Nahostkonflikt war immer sehr präsent. Anschließend kommt die baden-württembergische Bildungspolitik hinzu, in der der Holocaust eine überordnete Rolle gespielt hat. Für mich war der Antisemitismus schon immer eine widerliche Art eine Gruppe zu diffamieren. Die Thesen waren für mich nie nachvollziehbar und von Grund auf falsch. Für mich gab es „Aha-Momente“, besonders Ariel Scharon, der nach seinem Besuch auf dem Tempelberg 2000 dämonisiert wurde und 2005 den Gazastreifen räumte. Obwohl er Siedlungen geräumt hat, hat der Terror nicht aufgehört. Ein Teil der Medien hat die Siedlungsräumung einfach ignoriert und hat das Bild von Scharon aus dem Jahre 2000 weiterverfolgt. Man muss den Konflikt immer in Bezug zur Sicherheit sehen. Ich habe sofort nachvollziehen können, warum Scharon sich jahrelang sehr stark für die Erhaltung von Elon Moreh eingesetzt hat. Die Stadt liegt auf dem Berg und schützt weitere israelische Dörfer, ein möglicher Rückzug wie im Falle Gazas wäre momentan Selbstmord. In der Sicherheitspolitik gibt es für Israel wenig Spielraum.

Du bist aktives Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Stuttgart. Welche Rolle spielt die Arbeit des Vereins aus deiner Sicht in Deutschland?

Der Verein fördert die Freundschaft zwischen Israelis und Deutschen und versucht eine andere Perspektive vom Nahostkonflikt wiederzugeben. Leider findet durch den Holocaust das jüdische Leben in Deutschland zum Großteil in Museen statt.

Hast du aufgrund deines Engagements für Israel persönliche Anfeindungen erfahren? Falls ja, von welchen Personen kamen sie und wie wurden diese begründet?

Ja, zum größten Teil im privaten Bereich von überwiegend arabischen Bekannten. Für sie ist es unverständlich, wie man sich für Israel einsetzen kann. Sie sind leider durch die Medien im Nahen Osten, die sehr von Antisemitismus geprägt sind, beeinflusst. Es gibt da nur die eine Sicht. Die komplette Sicht wird ignoriert. Beispielsweise wird ausgeblendet, dass Jordanien 1948 das vom UNO-Teilungsplan von 1947 eingeplane „palästinensische“ Gebiet einfach annektiert hat und somit eine Staatlichkeit der palästinensischen Araber verhindert hat. Dass die „Palästinenser“ in Libanon und Jordanien bis heute keine Arbeitserlaubnis haben und dass während des „Schwarzen Septembers 1970“ in Jordanien mehr „Palästinenser“ gefallen sind als in allen israelisch-„palästinensischen“ Auseinandersetzungen. König Hussein ließ sein Militär brutal gegen die arabischen Brüder vorge-



Salahdin Koban

„Obwohl Scharon Siedlungen geräumt hat, hat der Terror nicht aufgehört.“

hen. Ich muss hinzufügen, dass ich viel positive Rückmeldungen von der kurdischen Gemeinschaft bekomme. In der Region Kurdistan gibt es eine Sympathie für Israel.

Während deines Aufenthaltes hast du auch Judäa und Samaria besucht. Was hast du dort erlebt?

Ich muss mich zuerst bei meinem Freund Eldad Beck bedanken. Er hat das Ganze organisiert, es war wirklich sehr spannend. Wir haben alle drei Zonen besucht, Zone A wird von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde verwaltet, Zone B gemeinsam und Zone C von Israelis. In Shiloh vom Berggipfel aus konnte ich Tel Aviv und den Ben-Gurion-Flughafen sehen. Hier wurde mir schlagartig klar, dass 1967 passé ist – die Israelis können manche Orte nicht aufgeben. Trotzdem war ich überrascht wie friedlich es zugeht. Die Araber in Zone A sind großteils sehr unzufrieden mit ihrer Regierung und ein Teil von ihnen würde am liebsten in Zone C leben. Das hat wirtschaftliche und sicherheitspolitische Gründe. Die Araber haben in Gesprächen offen ihre Kritik gegenüber der korrupten Ramallah-Regierung ausgesprochen. Positiv anzumerken ist, dass in Zone C in vielen Unternehmen Araber arbeiten und ziemlich glücklich über diesen Zustand sind. Der Westen ignoriert die Tatsache, dass Siedler in manchen arabischen Gruppen sehr beliebt sind. Ein Rückzug zur Grünen Linie wird es aus militärgeographischen Gesichtspunkten nicht geben. Einen „palästinensischen“ Staat wird es nur geben, wenn die Araber es selber möchten. Nach dem Oslo-Prozess hat die Autonomiebehörde versagt, die Regierung gilt als korrupt. Den Arabern ging es vor der Zonenaufteilung deutlich besser. Der Lebensstandard ist leider gesunken. Die Israelis sind kein rassistisches Volk und respektieren und achten andere Konfessionen. Wenn es je eine sozialistische Revolution gab in der Geschichte, dann die in

Israel mit den Kibbuzim, die auf basisdemokratische Strukturen aufgebaut waren. Man darf auch nicht verkennen, dass viele jüdische Einwanderer nach Gründung Israels aus arabischen Ländern kamen. Die Großeltern von Einigen sprachen besser arabisch als hebräisch. Die beiden Völker kennen sich also gut und deshalb funktioniert das Zusammenleben in Judäa und Samaria relativ friedlich.

Du bist kurdischer Abstammung. Wie würdest du das Verhältnis der Kurden zu

Israel und den Juden im Allgemeinen charakterisieren?

Ich wurde in Israel sehr oft positiv auf meine kurdische Herkunft angesprochen. Man darf nicht vergessen, dass es ca. 200.000 kurdische Juden in Israel gibt – bei einer Gesamtbevölkerung von gerade einmal 9 Millionen ist das eine große Minderheit. Die Kurden und Israelis verbindet in der Region der Hass der Nachbarländer. Sie teilen das gleiche Schicksal, waren in der Geschichte oft Opfer und beide sollen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die modernen Beziehungen zwischen den beiden Gruppen fangen im Jahre 1961 an: Der Staat Israel hat 1961 den Kurdenaufstand im Irak massiv unterstützt. 1970 erreichten die Kurden die erste Teilautonomie im Irak. Des Weiteren hat die kurdische Autonomieregion seit kurzem einen Religionsbeauftragten für die jüdischen Bürger und im Jahr 2016 wurde zum ersten Mal des Holocausts gedacht. Inoffiziell gibt es Beziehungen zwischen der Autonomieregion Kurdistan und Israel. Die israelische Regierung ist die einzige, die mehrmals öffentlich kundgetan hat, dass sie einen unabhängigen kurdischen Staat anerkennen würden. Die Unabhängigkeit von Bagdad wird in den nächsten Jahren vollzogen werden. Ich hoffe, dass Kurdistan und Israel wirtschaftlich, militärisch und kulturell ihrer Beziehungen vertieft werden. Für mich überraschend: Es gibt in der Mentalität beider Völker viele Gemeinsamkeiten. Ich hoffe, in Zukunft werden wir einen Studentenaustausch zwischen Arbil/Hawler und Tel Aviv sehen. Langfristig wird die ganze Region von beiden Staaten profitieren, momentan befindet sich die arabische Welt im Umbruch. Die Region hat mehr zu bieten als Terror und Elend.

In den letzten Jahren hat der Iran durch das Nuklearabkommen und die gemeinsame IS-Bekämpfung großen Einfluss in der

Region gewonnen. Wie sehen Sie das Verhältnis zu Israel?

Natürlich ist die Situation sehr schwierig, die Positionen sind verhärtet. Das Land Iran ist wunderschön, ich habe enge persönliche Vertraute im Freundeskreis und schätze ihre Hochkultur sehr. Ich glaube, dass langfristig beide Parteien Frieden schließen können, die Geschichte würde es diesen beiden alten Völkern nicht verzeihen, wenn der heutige Zustand bleibt. Geschichte spielt in beiden Völkern eine überordnete Rolle.

Kommen wir zu Deutschland. Du bist politisch aktiv in der CDU Baden-Württembergs und bist Listenkandidat zur Bundestagswahl für die CDU. Deine Kandidatur ist historisch, du bist der erste Deutsch-Kurde auf einer Unionsliste bundeweit. Wie schätzt du die Situation der Kurden in Deutschland ein?

Zuerst möchte ich mich bei meiner Partei für das Vertrauen bedanken. Durch die Partei habe ich tolle Menschen kennengelernt und mir macht die politische Arbeit in der JU, CDU und CDA sehr viel Spaß. Die historischen Dimensionen waren mir nicht bewusst. Es freut mich, und natürlich repräsentiert man dadurch automatisch die Deutsch-Kurden. Insgesamt ist die Gemeinschaft gut integriert und bis auf Demonstrationen fallen sie kaum auf. Hier findet langsam auch ein Umdenken statt. Politik wird nicht auf der Straße gemacht, sondern in Parlamenten.

Leider sind Deutsch-Kurden in Land- und Bundestag völlig unterrepräsentiert. Sie müssen sich breiter aufstellen in allen Parteien. Im „linken“ Milieu haben Parteien gerne mit außenpolitischen Themen Innenpolitik betrieben. Dabei weiß jeder, dass sie nie Einfluss in der deutschen Außenpolitik haben werden. In Deutschland wünsche ich mir, dass die Deutsch-Kurden Auseinandersetzungen mit türkischen Mitbürgern aus dem Weg gehen und beide ebenfalls friedlich miteinander umgehen. Diese Konflikte auf deutschen Straßen schaden beiden Gruppen!

Wie erklärst du den aktuellen Anstieg des Antisemitismus in Deutschland und wie kann dem entgegengewirkt werden – sowohl von staatlicher, als auch von zivilgesellschaftlicher Seite?

Das ist eine schwierige Frage. Trotz des Holocausts haben wir einen latenten Antisemitismus in der Gesellschaft. Durch die Zuwanderung in den vergangenen Jahrzehnten wurde der noch stärker. Die Demonstrationen im Sommer 2014 waren ein Warnsignal. Der Staat muss härter juristisch gegen antisemitische Straftaten vorgehen und bei schwerwiegenden Fällen auch die Abschiebung in Betracht ziehen. In der Bildungspolitik müssen die Länder auf modernen Antisemitismus eingehen. Wir dürfen Intoleranz nicht mit Toleranz begegnen. Hier sind auch die Eltern in der Verantwortung. In vielen Fällen kennen diese Leute keine Israelis persönlich und können den Konflikt gar nicht nachvollziehen. In Deutschland würde ich mir wünschen, dass die Sachlage im Nahen Osten etwas differenzierter wiedergegeben wird. Ich habe Haifa, Tel Aviv, Jaffa, Jerusalem und Nablus in Judäa/Samaria besucht. Die Menschen leben zum großen Teil friedlich zusammen und möchten Ihren Lebensstandard ausbauen.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Urs Unkauf

Judäa und Samaria sind urjüdische Gebiete

Interview mit dem frischgewählten Bezirksvorsteher von Gusch Etzion



Shlomo Ne'eman

Shlomo Ne'eman wurde 1974 im ehemaligen jüdischen Autonomiegebiet Birobidshan (in der Gegend von Wladiwostok) in der Sowjetunion geboren, wo er die örtliche Vertretung der Likud-Jugendorganisation gründete. 1990 wanderte er nach Israel ein.

1992 ließ er sich in der „Siedlung“ Karmeit Zor nieder, wo er bis heute mit seiner Frau Schlomit und fünf Kindern lebt. Nach einer Karriere in der Jewish Agency, u.a. als Abgesandter in der Ukraine, wurde er ein führender Vertrauter und Berater von Minister Elkin (Likud) und gewann im Februar dieses Jahres den Posten des neuen Kreisvorstandes (Rosch Moatza) des „Siedlungs“-blocks Gusch Etzion südlich von Jerusalem.

Ich begegne einem ruhigen, angenehmen Mann mit leichtem russisch-akzentuierten Hebräisch und einer sehr ehrlichen und offenen Ausstrahlung. Der Zufall will es, dass unser Interview auf seinen ersten offiziellen Amtstag als Kreisvorsteher fällt und das erste Treffen an diesem Tag - sprich: Das Interview mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU war das erste Amtsgeschäft von Shlomo Ne'eman.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Es scheint so, dass „interessante“ Zeiten auf Israel und besonders auf die „Siedlungen“ in Judäa und Samaria zukommen. Auf der einen Seite die jüngsten Siedlungs-räumungen, der Aktivismus des Obersten Gerichts gegen die Siedlungen etc.. Auf der anderen Seite hat der offensichtliche „Siedlungsfreund“ Trump gerade die Weltmacht Nr. 1 übernommen. Wie sehen sie das Siedlungsprojekt und Judäa und Samaria in diesen Zeiten? Welche Gefahren, welche Chancen gibt es? Wo geht es hin?*

Shlomo Ne'eman: Das ist nicht einfach zu beantworten. Ich denke, der Nahe Osten – ich lebe hier jetzt seit 26 Jahren – ist jeden einzelnen Tag etwas Neues, aber auf der anderen Seite immer wieder das Alte. Denn hier gibt es einen

derartigen Bedrohungsrhythmus und eine derartige Anzahl von Ereignissen, die sich auf Makro- und Mikroebenen auswirken, und sich ständig gegenseitig übertrumpfen. Es ist so intensiv, dass globale Ereignisse sich mehr oder weniger auswirken können, denn gleichzeitig kann es hier wieder einen lokalen Vorfall geben – sagen wir in zwei Stunden –, der alles Globale in den Schatten stellt.

Also auf der einen Seite ist es sehr dramatisch und explosiv. Auf der anderen Seite, gibt es im Nahen Osten auch eine

„ 1934 waren die Europäer alle Freunde. Dann gab es einen furchtbaren Krieg mit zig Millionen Toten. Und 1954 waren die Europäer wieder alle Freunde. Im Nahen Osten ist das anders. “

ganz besondere Stimmungslage:

Nehmen wir den Jüdisch-Arabischen Konflikt. Es gibt ihn schon mehr als 100 Jahre. Im Gegensatz z.B. zum 30-jährigen Krieg in Europa, der irgendwann zu Ende ging, gibt es hier eine Stimmung von einem Konflikt, der eröffnet wurde, der aber kein sichtbares Ende hat.

1934 waren die Europäer alle Freunde. Dann gab es einen furchtbaren Krieg mit zig Millionen Toten. Und 1954 waren die Europäer wieder alle Freunde. Im Nahen Osten ist das anders.

Auch wenn hier irgendein Vertrag kommt, eine Abmachung etc., sieht es nicht so aus, als würde der Kampf damit beendet sein, als würde die Kampf Stimmung zu Ende gehen.

Es kann also passieren – behüte! – dass es morgen einen Krieg gibt und in sechs Tagen die ganze Region vollständig umgewälzt wird. Aber auf der anderen Seite... passiert nichts.

Wie die [Osloer] Friedensverträge: Plötzlich hörten wir davon, dann vergingen ein paar Wochen und zackbumm hatten wir die Osloer Friedensverträge. Ok, dann gibt es sie halt. Und ja, es hat viel verändert, „palästinensische“ Polizei wurde aufgebaut, die Autonomiebehörde wurde errichtet, andere Einrichtungen usw. – aber herrscht jetzt Frieden? Hat sich wirklich etwas Grundlegendes an der Stimmung geändert?

Und du siehst, dass die Sache einfach so weiterläuft – mit der Kriegsstim-

mung. So sehe ich das.

nische Regierung wird jetzt nicht dem Likud oder Beit Jehudi beitreten und es wird wohl auch nicht durch sie eine bedeutende, neue politische Richtung eingeschlagen.

Letztendlich hatte Ben Gurion Recht, auch wenn er es vor 60 bis 70 Jahren sagte: „Es kommt nicht darauf an, was man dazu sagen wird. Es kommt darauf an, was die Juden machen werden.“

Und deswegen denke ich, dass jede politische Führung – egal ob auf regionaler oder nationaler Ebene –, festlegen muss, wohin man geht und dann konsequent dort hingehen. Und wenn dann Etwas in der Mitte passiert und dich behindert, dann aktualisierst du halt den Plan. Dann machst du es halt schneller, oder langsamer, oder pumpst mehr Geld rein oder bringst mehr Menschen etc.... Nur: Weiche nicht von deinem Plan ab!

Und was ist Ihr Plan?

Der Plan muss ganz klar sein: Souveränität über Judäa und Samaria, eine vollständige Souveränität [Annektion]. Das ist ein Teil vom Staat Israel. Vom Jordan bis zum Mittelmeer. Ein Staat. Der Staat Israel. Und man muss alles machen, was dieses Ziel voranbringt.

Morgen die Souveränität ausrufen? Oder in 17 Jahren? Keine Ahnung. Das sollen die politischen Führer entscheiden.

Aber wenn ich es nicht als Ziel anpeile, dann weiß ich nicht, wohin ich gehe. Das muss das Ziel sein. Über das gesamte Gebiet zu regieren, genauso wie der Staat Israel in Tel Aviv oder Netanja regiert. Das ist der Staat Israel, das sind die Grenzen, sie muss man festlegen, und danach wendet man sich den internen Problemen zu.

Und die arabische Bevölkerung?

[Wiederholt als Antwort] Und danach wendet man sich den internen Problemen zu.

Und wenn die volle israelische Souveränität über Judäa und Samaria ausgerufen

wird, gibt es automatisch die israelische Staatsbürgerschaft für die arabische Bevölkerung?

Man muss ein Staatsbürgerschaftsgesetz verabschieden...

...das festlegt, wie man israelischer Staatsbürger wird?

Ja, genau. Jeder, der die Staatsbürgerschaft möchte, beantragt sie. – Ich komme aus der ehemaligen Sowjetunion. Als sich Litauen, Lettland und Estland für unabhängig erklärten und ihre Souveränität bekamen – vor ca. 20 Jahren – hatten alle drei in ihren Grenzen viele ethnische Minderheiten. Und auch sie standen vor dem Dilemma, Bevölkerungsgruppen abzuschleppen, einzubürgern etc.. Sie verabschiedeten ein Einbürgerungsgesetz, dass auch von der EU anerkannt wurde.

Und bei denen [in Judäa und Samaria], die neue Bürger des Staates Israels werden möchten, ist erstmal die Frage, wer: Es kann nicht sein, dass jemand, der drei Jahre hier lebt, einfach die Staatsbürgerschaft bekommt. Frühestens die zweite Generation, die hier lebt kann die Staatsbürgerschaft beantragen, keine Migranten. Es muss ein Gesetz sein. Vielleicht ein kompliziertes Gesetz, aber es gibt viele Vorbilder und Präzedenzfälle auf der Welt.

Und wer hier zwei, drei Generationen lebt – es gibt hier praktisch keine Araber, die länger hier leben – ist auch eine eingewanderte Gruppe: Wir haben hier ca. 150 Jahre arabische Siedlungen und 120 Jahre jüdische Siedlungen. Und die Araber, die in den letzten 100 Jahren hierhergekommen sind, sollten die Staatsbürgerschaft und alle Rechte bekommen, aber sie müssen die israelische Souveränität anerkennen.

Ich war ein russischer Staatsbürger und habe dort keinen jüdischen Staat gefordert. Und woher kommen Sie?

Aus Deutschland.

Und haben Sie da einen jüdischen Staat gefordert? Ein Jude, der in Brooklyn lebt – fordert der einen eigenen Staat, widersetzt sich der amerikanischen Souveränität? Nein. Ein Araber, der in Israel lebt, muss wie ein Jude in Brooklyn sein – alle Rechte bekommen, alle sozialen Leistungen etc. und ein volles Mitglied des Staates sein. Und wenn er dazu nicht bereit ist, dann steht ihm auch die Staatsbürgerschaft nicht zu – unabhängig davon, ob er Araber ist. Wenn jemand seine Hand erhebt gegen einen Soldaten, gegen eine Uniform, wenn jemand die Staatsflagge verbrennt, dann kann er nicht Staatsbürger dieses Staates sein.

Und wenn jemand lügt, unterschreibt und ein Jahr später terroristisch wird?

Es muss eine Möglichkeit geben, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen und ihn auszuweisen. Aber ich nehme hier niemanden aus. Ich gebe die gleichen Rechte für alle. Ich beende die Phase von 2.000 Jahren, wo ich mich vor Nichtjuden gefürchtet habe.

Die ganze Kampagne von „Ihr macht uns binational“ ist eine Kampagne im alten Geist der Diaspora – eine schreckliche Kampagne!

Ich bin ein Jude, der zu seiner Souveränität zurückgekommen ist. Ich habe einen Staat. Er kann ein Teil davon sein. Er kann hier sein und meine Gastfreundschaft genießen, egal wer er ist und welcher Religion oder welchem Volk er angehört. Aber wenn er meine Souveränität angreift, denke ich, muss ich mich ihm gegenüber verhalten, wie sich ein Amerikaner gegenüber einem Migranten in Amerikaner verhält, der einen Aufstand gegen die amerikanische Verfassung entfacht. Es geht nicht darum, ob er Araber oder Druse, oder Russe

oder Ukrainer ist. Wenn hier eine Gruppe ist, die die israelische Souveränität bedroht, muss man gegen sie vorgehen.

Sie sollen sich verhalten wie Juden in Paris, in Moskau, in New York oder in Marokko – sie verlangen keine Unabhängigkeit, selbst wenn es Millionen von Juden dort gibt.

Das heißt, Sie sorgen sich auch nicht um die Aufnahme von Millionen von Arabern innerhalb des Staates Israels? Oft wird dann argumentiert Israel werde so „entweder jüdisch oder demokratisch“.

Jüdisch und demokratisch. Jüdisch im Wesen und demokratisch in der Struktur.

Und es soll eine stufenweise Entwicklung sein, in der Araber, basierend auf ihrer Stellung und Handlungen gegenüber dem Staat Israel, die Staatsbürgerschaft erlangen?

Ja. Jeder kann Staatsbürger werden.

Und wenn Israel souverän über das gesamte Gebiet regiert, würden sich dann auch die israelischen Siedlungen ändern? Würde sich ihre physische Bauweise ändern, die teils ja auch vom Konflikt geprägt ist?

Sie muss sich ändern! Es muss ein Plan zum Bau von Städten kommen.

Wie sehen Sie das neue Siedlungs-„Regelungsgesetz“? [Anm. d. Red.: Siehe JÜDISCHE RUNDSCHAU April 2017: „Taufwetter nach dem Obama-Winter (Teil 1)“] Ist das für Sie eher eine negative Entwicklung, die sich im Grunde sich

„**Ein Jude, der in Brooklyn lebt, fordert der einen eigenen Staat? Widersetzt er sich der amerikanischen Souveränität? Nein. Ein Araber, der in Israel lebt, muss wie ein Jude in Brooklyn sein.**“

mit der bestehenden Situation von „palästinensischen“ Gebieten abfindet und versucht sich damit besser einzurichten, oder doch eher eine positive Entwicklung in Richtung Annektion und Erklärung der Souveränität Israels über Judäa und Samaria?

[überlegt lange] Gute Frage. Ich weiß es nicht. Es ist eine große Frage, die keine Antwort hat. Aber es ist eine Reaktion. Das sind alles Reaktionen, und kein geplantes Vorgehen. Genau was ich am Anfang sagte.

Also Kritik, dass Israel nicht proaktiv agiert, sondern den Ereignissen reagierend hinterherrennt?

Ja, man zwingt uns dazu Siedlungen räumen zu lassen und wir reagieren gezwungenermaßen mit dem Regelungsgesetz. Offenbar ist so etwas in einem souveränen, vernünftigen Staat nicht gut.

Aber ist es in einem souveränen, vernünftigen Staat auch nicht schlecht, dass man die Häuser von Menschen zerstört, ohne dass man wirklich weiß, wem der Boden gehört etc.. Es sind bizarre Vorgehensweisen von beiden Seiten. Im Endeffekt machen alle bizarre Dinge. Also, warum nicht einfach sagen, dass wir der Staat Israel sind, der ein Gesetz hat, vom Fluss bis zum Meer, und hier wird eine Plan gemacht und hier wird ein Ort sein und hier ein Feld, und hier eine Farm etc. und man plant und baut? Wir haben nicht viel Land. Da muss man überlegt bauen.

Aber wenn es keine strategische Entscheidung gibt, gibt es viele taktische Entscheidungen.

Das heißt, heute hat Israel keine Strategie? Israel sollte also eine Art Hin-

tergrundplan haben, den es in jeder Situation so gut wie möglich versucht voranzubringen?

Ja.

Araber in den „Palästinensergebieten“ sind sehr anti-israelisch. Würde ein Ende der „palästinensischen“ Autonomieregierung und eine vollständige israelische Souveränität daran etwas ändern?

Sie könnten auch Staatsbürger von Saudi-Arabien werden... Sie müssen sich entscheiden, wohin sie wollen. Im 21. Jahrhundert sollte ein Mensch keinen anderen wegen seiner Religion hassen.

Und im Falle der Souveränität könnten dann Araber auch in den ehemaligen „Siedlungen“ wohnen?

Die Antwort ist: „Ja“. Aber das ist ein Prozess und muss auch auf Gegenseitigkeit beruhenden, sprich, Juden dürfen auch in jedem arabischen Dorf wohnen, in Hebron etc..

Wie sieht ihr Traum für die Trump-Ära aus?

Dass sie die israelische Souveränität anerkennen. Das ist mein Traum.

In allen Gebieten?

Nein. [Widerholt:] Dass sie die israelische Souveränität anerkennen. Sprich: „Macht, was ihr für richtig haltet, baut wo ihr wollt, baut nicht, wo ihr nicht wollt, macht einfach, was ihr wollt.“

Glauben Sie die israelische Regierung wird gegenüber Trump – im Vergleich zu Obama – vorsichtiger sein, um seine Regierung nicht zu verärgern?

Ja. Israel wird immer vorsichtig sein, die Beziehungen zu Amerika nicht zu belasten.

Und wird Israel auch vorsichtig gegenüber Europa bzw. der EU agieren? Ist das wichtig?

Nein. – Ich entschuldige mich bei den Europäern, aber sie haben eine Position bezogen: Eine anti-israelische Position – in allen Lebensbereichen.

Haben Sie als neuer Kreisvorstand vom „Siedlungsblock“ Gusch Etzion direkt Konflikte mit der EU?

Ich sehe unaufhörlich ihre Einmischung vor Ort. Sie finanzieren Projekte, deren Ziel der Landraub ist. Landraub von israelischen Staatsländern. Sie verfolgen eine klare Politik des Landraubs. Du siehst es überall. Fahr mal ein bisschen hier herum. Guck, wo plötzlich neue Bäume gepflanzt sind – daneben steht meist ein Schild der EU. Die Araber pflanzen diese Bäume nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Es lohnt sich nicht. Die EU könnte den „Palästinensern“ IT-Kurse finanzieren und sie wür-

den dann danach High Tech-Firmen eröffnen etc..

Ich würde verstehen, wenn die EU das machen würde, um die „palästinensische“ Wirtschaft zu unterstützen. Aber was finanziert die EU? Bäume? Wer braucht heute Bäume? Hier, gleich auf dem Hügel [zeigt aus dem Fenster] haben sie einen Hain von Pflaumbäumen gepflanzt, was ca. eine Million Schekel gekostet hat, während die Pflaumbäume im Jahr 10.000 Schekel einbringen... Das ist kein Business! Das ist Politik. Und das ist Einmischung in mein Land. Und es ist nie andersherum! D.h. uns hilft die EU nie. Sie bauen keinen Kindergarten in Alon Schwut.

Und was sollte Israel machen?

Kämpfen. Um die Souveränität ringen! Und wenn es nach mir ginge, sollte man sie aus dem Land bringen... Genauso wie man mir gegenüber handeln würde, wenn ich z.B. plötzlich in eine islamistische Gruppe eintreten würde und versuchen würde, den Spaniern ihre Unabhängigkeit zu nehmen.

Das ist unser Land. Ihr [EU] wollt der Bevölkerung helfen? Dann lasst uns zusammen überlegen, wie man der [arabischen] Bevölkerung helfen kann. Es gibt hier große sozial-ökonomische Unterschiede. Diese Bevölkerung muss z.B. lernen was Frauenrechte sind. Finanziert Projekte, so dass die Beduinen nicht mehr vier Frauen heiraten.

Aber ihr finanziert den Landraub von jüdischen Böden? Das ist euer Beitrag? Das bringt ihr aus Europa in den Nahen Osten?

Ihr habt lange überlegt, viele lange Jahre nachgedacht und beschlossen: Man muss dem Araber helfen einen Pflaumenhain auf jüdischem Land zu errichten. Das bringt ihr aus Europa? Denkt lieber nach, wie ihr ihm helfen könnt, nicht vier Frauen zu heiraten und darüber wie seine Kinder Bildung bekommen, zumindest Abitur.

Warum macht die EU das? Warum helfen sie nicht den Kurden einen Staat zu errichten?

Immer ist da auch das antisemitische Gewürz mit drin. Der neue Antisemitismus. Der „legitime“ Antisemitismus. Das ist eine Agenda. Sie sagen: „Ihr seid die Besatzer. Wir sind nur für die Befreiung.“, „Das sind eure Werte. Ihr Juden wollt doch Demokratie – wir helfen euch nur, damit die Araber Unabhängigkeit erlangen.“ Na, vielen Dank. (lacht) Ich sage den Europäern: „Gebt uns Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Ihr Europäer habt euch entschlossen, hier nach eurer Auffassungen vorzugehen. Wenn es nach mir geht, werden wir das nicht zulassen. Und wir lassen es nicht zu, weil wir ein Problem mit euch haben, sondern weil ihr ein Problem mit uns habt!“

Lieber Shlomo, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Ulrich Jakov Becker

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

„Ich trug Dirndl, Socken in Sandalen, und sprach nur Deutsch“

Vom Museum des Deutschsprachigen Judentums und dem jeckisch-hebräischen Wörterbuch

Von Oliver Vrankovic

Das Ehepaar Hugo-Zwi und Lea-Gertrud Schatzman wanderte 1934 nach Palästina aus. In Vorbereitung auf ihre neue Heimat traten sie dem zionistischen „Bund Blau-Weiß“ bei und absolvierten Hachschara, wie die Tauglichmachung für das jüdische Siedlungswerk in Palästina bezeichnet wurde. 1936 erwarben sie eine Parzelle in der neugegründeten Siedlung Naharia und bauten dort eine Wohnhütte, die in ihrer Bescheidenheit typisch war für diese Zeit.

Die Schatzmans gehörten zu den ca. 40.000 deutschen und kulturdeutschen Juden, die in den 1930er Jahren vor den Nazis nach Palästina geflüchtet sind, und zu Mitbegründern des Staates Israel wurden.

Zum Vergleich: Zwischen 1919 und 1932 waren nur ca. 2.000 Juden aus Deutschland nach Palästina ausgewandert.

15 % der mitteleuropäischen Einwanderer, die zwischen 1933 und 1939 nach Palästina kamen, ließen sich in landwirtschaftlichen Kolonien nieder. In Kollektivsiedlungen (Kibbuzen), Genossenschafts-siedlungen (Moschaws) und in einer Reihe landsmannschaftlich geschlossener Mittelstandsiedlungen. In diesen Mittelstandsiedlungen vollzogen jene Einwanderer, die ohne landwirtschaftliche Erfahrung kamen, einen radikalen Berufswechsel und nahmen eine Absage an die Stadt auf sich. (Es sei erwähnt, dass laut einer Volkszählung von 1933 nur 1,75 % der Juden in Deutschland landwirtschaftlich beschäftigt waren). Sie hatten mit neuartigen Anforderungen zu kämpfen: schwere, ungewohnte körperliche Arbeit, dürftige Wohnbedingungen, subtropische Krankheiten und die Gewöhnung an kooperative Beziehungen und Unternehmen. Der Umbruch machte Verzicht und Entsaugungen notwendig, schuf aber auch einen neuen Elan und das Gefühl an einem großen Werk beteiligt zu sein.

In den deutschen Mittelstandsiedlungen fanden sich viele Kaufleute, Ärzte, Apotheker und Anwälte. In der Gründergruppe der Siedlung „Ramot Haschavim“ z.B. waren u.a. 17 Ärzte und 7 Anwälte und nur ein Landwirt.

Zur bedeutendsten „deutschen“ Siedlung entwickelte sich das 1935 gegründete Naharia. Naharia war eine Kopfgeburt des russischen Agronomen Soskin, der ein Modell für intensivierete Landwirtschaft auf Kleinparzellen schaffen wollte und scheiterte. Aufweichungen der Idee und Ausnahmeregelungen schufen die Voraussetzungen für zahlreiche Unternehmensgründungen.

Die Familie Strauss aus Ulm hat in Naharia die Molkerei Strauss gegründet, aus der sich der größte israelische Lebensmittelkonzern entwickelte.

Andreas Meyer wurde 1921 in Rheda in Westfalen als Sohn eines Fabrikanten (Westfälische Wasch- und Sortierwerke, Rheda) geboren und flüchtete 1937 mit seiner Familie aus Deutschland. Sein Vater, Dr. Otto Meyer, verkaufte den Betrieb und das Haus für einen Bruchteil des Werts, und erwarb eine Parzelle in Naharia. Um sich zu retten, wurde aus der Fabrikantenfamilie eine Siedlerfamilie. Da die sieben Dunam, die sie erwarben, nicht ausreichten um Landwirtschaft zu betreiben, machte sich Andreas mit einer kleinen Werkstatt als Schlosser selbstständig. 1967 begann er mit Glas zu arbeiten und



Im Jeckes-Museum

gründete die weltbekannte Firma Naharia Glas. 2016 starb er im Alter von 95 Jahren.

Stef Wertheimer aus dem südbadischen Kippenheim kam 1937 als Elfjähriger mit seinen Eltern nach Palästina, um der Verfolgung durch Nazideutschland zu ent-

lagerung stand. In einem Funkspruch proklamierten sie: „Naharia bleibt deutsch!“

Ein Jahr nach Ankunft der Meyers wurde in Naharia erstmals die Nahariade von Fritz Wolf aufgeführt, eine „Geschichte in Musik“, in der sich die Befindlichkeit der

„ In den ersten Jahren, so versicherte Andreas Meyer, wurde in Naharia Deutsch gesprochen.“

gehen. Er ließ sich 1943 für die Britische Armee rekrutieren und diente während des israelischen Befreiungskrieges beim Palmach. 1953 gründete er im Hinterhof seines Hauses in Naharia die Firma Iscar, die sich schnell auf dem Weltmarkt profilieren sollte. Die Firma für Metallverarbeitung wurde zu einer der drei größten privaten israelischen Firmen und zog 1982 in den dafür angelegten Industriepark Tefen im Unteren Galiläa. Als Wertheimer den Konzern vor einigen Jahren für mehrere Milliarden US-Dollar an den US-Investor Warren Buffet verkaufte, wurde er zum reichsten Israeli.

Die deutschen Juden in Naharia pflanzten Bäume entlang des kleinen Flusses Gaaton und legten so einen Boulevard an. Die „grüne Stadt“ wurde zum beliebten Badeort am Mittelmeer.

In den ersten Jahren, so versicherte Andreas Meyer, wurde in Naharia Deutsch gesprochen. Nicht ohne Grund weist ein Versammlungsprotokoll von 1938 die programmatische Forderung aus: „Einführung der hebräischen Sprache in Naharia und im Verkehr mit auswärtigen Instanzen“. Als die landsmannschaftlich geschlossene Stadt im Unabhängigkeitskrieg abgeschnitten und von den Arabern belagert wurde, hielten die Bewohner der Be-

deutschstämmigen Siedler unvergleichlich offenbart.

1968 gründete Israel Shiloni in Naharia das Museum des Deutschsprachigen Judentums. 1991 wurden dem Museum, das aus Shilonis eigener Sammlung von Dokumenten und Gegenständen deutschstämmiger Einwanderer bestand, die Räumlichkeiten im Dachboden der Stadtverwaltung von Naharia gekündigt. Stef Wertheimer bot dem Museum den Umzug in den Industriepark Tefen an.

Naharia veränderte sein Erscheinungsbild. Bäume der Gründer wurden gefällt und Palmen gepflanzt. Die Stadt sollte zum hebräischen Casablanca umgeformt werden, wie Andreas Meyer einmal meinte. An der Ecke Weizmann/Hanita verblieb die Hütte der Schatzmans als letztes historisches Zeugnis der Gründerzeit. Da die Stadtverwaltung von Naharia hinsichtlich der Pioniere wenig Sentimentalität hegt, rückten 2010 die Bagger gegen die Hütte vor. Gerade noch rechtzeitig konnte die Hütte in das Museum des Deutschsprachigen Judentums in Tefen transferiert werden.

Eigentlich, so sagt Ruthi Ofek, die Kuratorin des Museums, gehöre die authentisch eingerichtete Hütte an ihren Platz in Naharia. Sie vermutet, dass die Stadt-

verwaltung kein Interesse an der Pflege des jeckischen Erbes hat, weil sie Naharia als Stadt der nach dem Unabhängigkeitskrieg eingetroffenen marokkanischen Einwanderer ansehe. Mit Wertheimer fand das Museum gleichwohl einen Förderer, dem die Pflege des Andenkens an die Jeckes eine Herzensangelegenheit ist. Der 90-jährige Stef Wertheimer erkundigt sich jede Woche bei Ruthi Ofek nach den neuesten Entwicklungen im Museum.

Nach Ruthi Ofek kann die Bedeutung des Museums nicht hoch genug angesiedelt werden. Das Museum des deutschsprachigen Judentums schließt Wissenslücken junger Israelis, betont Ruthi Ofek. Viele junge Israelis wüssten nur wenig über das jüdische Leben in Mitteleuropa vor der Machtergreifung der Nazis.

Die jüdische Präsenz in Deutschland heute habe keinen Bezug zum deutschen Judentum der Vorkriegszeit, erklärt sie.

Das einzige Museum seiner Art

Es sei, so Ruthi Ofek, das einzige Museum, das sich mit der neuen Heimat der nach Palästina geflüchteten deutschstämmigen Juden befasst.

Palästina war zur Zeit der 1933 einsetzenden fünften Einwanderungswelle Mandatsgebiet unter britischer Verwaltung. Das jüdische Gemeinwesen in Palästina, das die Einwanderer absorbierte, wurde von osteuropäischen Zionisten dominiert, die das Streben nach nationaler Befreiung der Juden mit der Befreiung des Proletariats verbanden. Als sozialistische Zionisten idealisierten sie ein Zusammenleben in landwirtschaftlichen Kollektivsiedlungen.

Die deutschen Juden waren Salonzionisten

Die deutschen Juden seien im Gegensatz dazu Salonzionisten gewesen, für die eine tatsächliche Übersiedlung nicht in Frage kam, erklärt Ruthi Ofek. Die Juden aus Mitteleuropa verließen unfreiwillig eine kulturell und wirtschaftlich weit entwickelte Gesellschaft – die Osteuropäer oft nur das Elend.

Erst durch die Machtergreifung der Nazis seien sie zionistischen Bewegungen beigetreten. Während diejenigen, die Hachschara gemacht hatten, vorbereitet ins Land gekommen seien, hätten die meisten Einwanderer einen Kulturschock erlitten. Anzug und formale Höflichkeit standen im Gegensatz zum Arbeiterideal der Pioniere. Ihre liberalen Einstellungen, ihr oft affirmatives Verhältnis zur britischen Mandatsmacht und ihre Toleranz gegenüber den Arabern weckte den Argwohn der sozialistischen Zionisten. Den sozialistischen Zionisten, die einen Arbeiter- und Bauernstaat im Sinn hatten, dienten sie damit als Projektionsfläche für die Bürgerlichkeit.

Im Film „Nahariade“, der vom Museum Tefen produziert wurde und sich mit dem musikalischen Erbe von Naharia beschäftigt, sagt Andreas Meyer einleitend, dass der Jecke ein Jude sei, der in einer Vergangenheit lebe, die nie eine Zukunft hatte.

Gerade in den ersten Jahren waren die Jeckes von einem Heimweh nach etwas unwiederbringlich Verlorengangenenem umgetrieben. Der Holocaust vermochte ihre emotionale Bindung nicht zu brechen.

Rückblickend betrachtet brachten die Jeckes die europäische urbane Kultur in den Nahen Osten. Die Verankerung Israels in der westlichen Welt geht auf die Einwanderung aus Mitteleuropa zurück. Die

deutschstämmigen Einwanderer hatten einen zivilisierenden Einfluss auf die Gesellschaft.

Die über zwei Etagen verteilte Ausstellung des Museums setzt den Schwerpunkt auf die vielfältige Geschichte der deutschsprachigen Juden Mitteleuropas, die Einwanderung und Integration deutschsprachiger Juden ins jüdische Gemeinwesen in Palästina in den 30er Jahren und ihren Beitrag zu Aufbau des jüdischen Staates. Die interaktiven Installationen zu verschiedenen Themen wie Forschung, Industrie, Handel, Architektur, Medizin, Journalismus, Recht, Literatur, Musik, Tanz usw. zu erkunden kann Stunden dauern ohne langweilig zu werden.

In einer Dauerausstellung des Museums werden ausgewählte Arbeiten des Radierers Hermann Struck gezeigt, der seinen künstlerischen und persönlichen Nachlass dem Museum vererbte.

Als Unternehmer, Banker und Kaufleute verfügten die deutschsprachigen Einwanderer über reichlich Fachwissen, um Handel, Industrie und Geldwirtschaft auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Das Wirtschaftswachstum, für das die Jeckes gesorgt haben, trug seinen Teil dazu bei, die Araber in Palästina weit zu überflügeln. 1938 befanden sich ein Fünftel der Fabriken des Landes in der Hand von Jeckes.

Die Jeckes brachten die Geldwirtschaft und das Versicherungswesen, die Pharma- und Textilindustrie und anderen Unternehmensbereiche voran. Die Börse wurde von Jeckes gegründet und in den ersten Jahren wurde dort auf Deutsch gehandelt.

Die Jeckes haben die liberale Maccabi-Krankenkasse gegründet, weil die vom Histadruth gegründete sozialistische Krankenkasse keine freie Ärztwahl zugelassen hat. Heute ist die freie Ärztwahl in allen Krankenkassen üblich.

Deutsche Professoren haben sich um die Forschung und Lehre verdient gemacht und Palästina zu einem akademischen Leuchtturm im Nahen Osten.

Die vielen Beamten, Anwälte und Richter wurden gebraucht, um den Staatsapparat und das Rechtswesen aufzubauen.

Die Jeckes haben das Cameri Theater gegründet, benannt nach den Kammerfestspielen in Berlin. Das erste Stück „Diener zweier Herrn“, das im Cameri aufgeführt wurde (und bis heute aufgeführt wird) war auch Premierstück der Kammerfestspiele in Berlin.

Für Deutsche bietet die Geschichte der



Typische Jeckes-Wohnung der israelischen 50er Jahre.

Das Archiv

Im Museumsarchiv finden sich historische Urkunden, Briefe, Fotografien und Gegenstände aus Familiennachlässen, die dem Museum gespendet wurden, damit sie

spürt und porträtiert. Als sich Ruthi Ofek das Rohmaterial genauer anschaute, fiel ihr etwas auf: Im Gegensatz zu allen anderen Überlebenden aus dem 8. Bezirk konnten die Israelis sagen, dass sie eine Heimat ge-

„ Mit Wertheimer fand das Museum gleichwohl einen Förderer, dem die Pflege des Andenkens an die Jeckes eine Herzensangelegenheit ist. “

bewahrt werden und Wissenschaftlern aus Israel und dem Ausland zur Fortsetzung der Erforschung des deutschsprachigen Judentums dienen. Das Archiv diene mehreren Autoren, die umfangreiche Werke über deutsche Juden im gelobten Land schrieben, als Fundgrube.

Derzeit wird das Archiv in einer großen Anstrengung digitalisiert.

Das Museum produziert Filme, die die Geschichte der deutschsprachigen Einwanderer nach Israel dokumentieren. Dazu gehört der Film „Aber die Heimat ist

funden haben. Weder in New York noch in Buenos Aires sei dies so zu hören gewesen.

Ruthi Ofek, die 1950 in Salzburg geboren ist, hat selbst miterlebt, was es bedeutet, völlig neu anzufangen und wie sich das Gefühl von Heimat mit der Zeit einstellt. Zur Eröffnung des Museums 2005 sprach sie über ihre Einwanderung 1958: „Ich trug das traditionelle Dirndl, sprach nur Deutsch und machte bei jedem Händeschütteln den üblichen Knicks: ich trug Socken in Sandalen, und verstand nicht, was da los ist. Ich verstand die stechende Sonne

mit der „Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft“ war es möglich sehr viele Menschen zu erreichen und an sehr viele Familienstücke und Dokumente zu gelangen. Ende 2016 gab es eine feierliche Veranstaltung zur Eröffnung der Ausstellung mit vielen Jeckes.

Meilenstein des Museumsbetriebes war ohne Zweifel die Großveranstaltung zum 75. Jahrestag der Einwanderung aus Mitteleuropa am 16. Juni 2011. Hunderte deutschsprachige Einwanderer und ihre Nachkommen strömten nach Tefen und feierten ein riesiges Klassentreffen. Busse brachten die Bewohner aus den Elternheimen der Jeckes-Vereinigung.

Die „Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft“ wurde 1932 als Solidaritätswerk für deutsche und kulturdeutsche Einwanderer gegründet und entwickelte sich mit der 1933 einsetzenden Einwanderung aus Mitteleuropa zu einem bedeutenden Verband. Ihr Gründer war Pinkhas Rozen, dessen Geschichte im Jeckes-Museum ebenfalls museal aufgearbeitet ist.

1911 war der Zionist Felix Rosenblüth, der sich später Pinkhas Rosen nennen sollte, Mitbegründer der jüdischen Jugendbewegung „Blau Weiß“ in Deutschland. 1926 reiste er nach Palästina aus. Als Gründer und Vorsitzender der „Neuen Aliyah-Partei“ war er einer der Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung 1948. Rosen wurde erster Justizminister des jüdischen Staates und gehörte bis 1968 ununterbrochen der Knesset an.

Heute ist ein Elternheim der „Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft“ nach ihm benannt. Aus demographischen Gründen bilden die fünf Elternheime der Organisation heute den Schwerpunkt der Verbandstätigkeit.

Im folgenden Jahr wurden deutsche Aussprüche, die typisch für die Jeckes sind, für das Jeckisch-Hebräische Wörterbuch „Rechov Ben Yehuda Straße“ gesammelt. Als Freiwilliger bei der Vereinigung war Eran Elijah auch an der Koordination des Projekts beteiligt. Eran erreichen viele Anfragen der zweiten und dritten Generation. Oft wird er gebeten bei der Suche nach Verwandten zu helfen, und hat er mit seiner Ausdauer und Hartnäckigkeit und seinem Talent, etwas um die Ecke zu denken, Erfolg, wo alle anderen scheitern.

Mittlerweile hat der Eran sein Werk vollendet und 900 Ausdrücke von Jeckes und deren Kindern gesammelt. Ein kultureller Schatz!



Die Stadt Naharia

deutschen Juden in Israel eine Möglichkeit einen Zugang zu Israel zu finden. Museums-Kuratorin Ofek weiß, dass es um das Bild der Deutschen von Israel schlecht bestellt ist und wünscht sich mit dem Museum auch einen kleinen Beitrag zur deutsch-israelischen Verständigung leisten zu können.

2004 schlossen das Museum und die „Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft“ einen Kooperationsvertrag. 2005 wurde das Museum neu eröffnet. Es ist wichtig die Vergangenheit zu kennen, um die Gegenwart zu verstehen!

hier“ über das Projekt „Die verlorene Nachbarschaft“.

Das Projekt wurde im Herbst 1998 anlässlich des 60. Jahrestages der „Kristallnacht“ im 8. Wiener Bezirk durchgeführt. Dazu wurde die Fassade der in der Pogromnacht zerstörten Synagoge in der Neudeggasse mit riesigen Plakaten „wiedergestellt“.

Überlebende aus der ganzen Welt, die ihre Kindheit im 8. Bezirk verbracht hatten, wurden eingeladen. Für den Film wurden Überlebende auf der ganzen Welt aufge-

nicht, die komische Kleidung, das Essen auf der Straße, das laute Sprechen, Häuser ohne Ziegeldächer, das Meer, die Sprache und die Früchte.[...]“

Derzeit werden in einer Ausstellung Alltagsgegenstände gezeigt, die Einwanderer mit sich gebracht haben. Sie bieten einen sehr faszinierenden Zugang zur Lebenswelt der Jeckes. So befinden sich unter den Ausstellungsstücken große vielteilige Nähsets, wo sich der Besucher wundern darf, warum diese die Flucht nach Palästina mit angetreten haben. Durch die Kooperation

Blind, stumm und taub – Künstler, die berühren

Ein Besuch bei einem ganz besonderen Theater in Tel Aviv

Von Maya Zehden

Vor dem Theatersaal ohrenbetäubender Lärm einer Gruppe Jugendlicher. Gerade haben sie im „Nalaga'at Center“ von gehörlosen Kellnern gelernt, wie man in Taubstummensprache „bitte“, „danke“ und „ich liebe dich“ sagt. Fast ist man geneigt, die Gehörlosen zu beneiden, die Geschrei und kreischende Laute der Jugendgruppe nicht hören müssen. Aber so weit wird keiner gehen wollen.

Am Hafan in Jaffa werden im Theaterkomplex „Nalaga'at“, zu Deutsch „Bitte berühren“, Gäste im Café Kapish so bedient, dass sie mit Hilfe der Kellner lernen, wie man beispielsweise einen Milchkaffee in Gebärdensprache bestellt. Und im Restaurant Blackout kann man in absoluter Dunkelheit essen. Unterstützung gibt dabei die hier allen Gästen überlegene blinde Bedienung. Im Zentrum der Anlage steht allerdings das weltweit einzige Theater, in dem nicht nur gehörlose, sondern gleichzeitig blinde Menschen als Schauspieler agieren. „Wie kann das gehen?“ ist die Frage, die sich aufdrängt, Mitleid die erste Regung.

Aber wenn die Vorstellung beginnt, passiert etwas in den Zuschauern. Denn sie können sehen, wie es geht. Vor ihnen stehen Künstler, die ihr Leben spielen – keine Darsteller in einer Rolle. Ein Mann Mitte dreißig schildert im schweren Zungenschlag des selbst seine Stimme nicht Hörenden seine Gefühle. Eingeschlossen in ewiger Dunkelheit und Stille bringt er es überzeugend fertig, uns seine Ängste, seine Wünsche, seine Gefühle mitzuteilen – ein ergreifender Vorgang, der Respekt erzeugt, nicht Mitleid.

Itzik Hanuna wurde blind geboren und verlor nach einer Meningitis mit 11 Jahren sein Gehör. Er hatte das Glück, noch Iwrit sprechen zu lernen. Über der Bühne läuft auf einem Spruchband sein Text in Englisch, Arabisch und Russisch, am Bühnenrand wird von den Helfern in Gebärdensprache übersetzt. Die meisten anderen Darsteller leiden am „Usher-Syndrom“, einer Erbkrankheit, die mit Innenohrschwer-



Die taubblinden Schauspieler in Aktion.

nie sprechen gelernt. Dennoch sind sie in der Lage, hier auf der Bühne zu agieren.

Es ist ein Tisch aufgebaut, Männer und Frauen kneten Teig. Sie reden miteinander über alltägliches, teilen sich uns mit indem sie entweder selbst sprechen oder – wenn sie es nicht können – ihre Kollegen bitten,

in die Handinnenfläche Zeichen per Druck, Streichen oder Klopfen gemacht werden – Nalaga'at! Unterschiede in der Zeichensprache für Akteure mit russischem oder arabischem Hintergrund werden für uns unsichtbar überbrückt. Um auf- und abzutreten werden sie von schwarz gekleideten

sen können. Szenenwechsel werden mit Trommelschlägen eingeleitet – wir hören sie, die Schauspieler spüren die Vibration. Es wird tatsächlich Brot gebacken, am Ende dürfen wir alle es probieren, die Schauspieler freuen sich über Ansprache von Zuschauern, Helfer übersetzen.

Die Handlung führt uns nicht nur in eine Welt der Isoliertheit, aus der Itzik entkommen kann, wenn er Regen auf seinem Gesicht spürt oder wenn ihn seine Freunde berühren. Sie zeigt die Fähigkeit der Menschen, neben den zweifellos bedrückenden Momenten trotz allem Glück zu empfinden und Träume zu haben. Wenn Bat Sheva Ravenseri, eine rothaarige Schönheit, sich wünscht, einmal auszusehen wie ein Model und der Wunsch im Stück Wirklichkeit wird, wenn Marc Yarosky, der stolz darauf ist, ein richtiger Gentleman zu sein, sich wünscht, einmal eine Partnerin zu finden – und mit seinen Freunden Hochzeit halten spielt.

Gegründet wurde diese gemeinnützige Einrichtung von Adina Tal, einer gebürtigen Schweizerin, im Jahr 2002. Ihr Ziel: Diesen stark eingeschränkt lebenden Menschen durch künstlerischen Ausdruck eine Perspektive bieten zu können. Adina Tal produzierte zuerst ein Stück, mit dem das 130-köpfige Ensemble auf Tournee durch Israel, USA, Kanada und die Schweiz ging. Der Erfolg ermutigte sie, im Dezember 2007 das „Nalaga'at Entertainment Center“ zu gründen. Dreimal die Woche wird nun vor 300 Zuschauern gespielt, meist vor ausverkauftem Haus. Etwa 80 Personen arbeiten in dem Komplex. Finanzieren kann sich das Ensemble zu 80 Prozent durch die Erlöse seiner Vorstellungen, die restlichen Kosten werden durch Spenden von Unterstützern und Besuchern gedeckt.

Die Träume dieser Menschen lassen uns Demut empfinden, geben aber auch Kraft.

Adina Tal drückt es so aus: „Wir erleben in Israel tagtäglich das Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Doch wenn Theater mit Taubblinden möglich ist, ist alles möglich!“

Nalaga'at Center www.nalagaat.org.il
Haaliya Hashniya Dock (Box No. 6)
Jaffa Port Tel-Aviv 68031
Reservierungen unter Tel: 00972 – 3 – 633 0808
Kombipaket buchbar mit Show und Essen im Blackout

„Die Zuschauer erhalten einen Eindruck davon, was von der Welt bleibt, wenn sich Menschen nur auf ihren Tast-, Geschmacks- und Geruchssinn verlassen können.“

uns für sie anzusprechen. Wir erfahren, dass Igor davon träumt, fernsehen zu können, das sein jüngerer Bruder Yuri gern Bücher in Braille liest, der Schrift der Blinden, dass Rafi gern für eine eigene Familie Brot backen möchte und am liebsten ein echter Magier wäre, um die Träume seiner Freunde wahr werden zu lassen.

Helfern geführt, legen sich gegenseitig die Hände auf die Schultern, alles professionell und im geübten Tempo. Das Bühnenbild ist phantasievoll, die Kostüme sind liebevoll und fröhlich gestaltet. Echte Backöfen sind der Clou.

Durch dieses Stück „Nicht vom Brot allein“ erhalten die Zuschauer einen Ein-



Einige Schauspieler wurden blind geboren und verloren ihr Gehör erst in der Pubertät.

hörigkeit oder Gehörlosigkeit von Geburt an beginnt und bei der später der Verlust der Sehfähigkeit hinzukommt. Sie haben

Um sich zu verständigen, benutzen die Schauspieler unter anderem den Lormen-Code, eine taktile Gebärdensprache, bei der

druck davon, was von der Welt bleibt, wenn sich Menschen nur auf ihren Tast-, Geschmacks- und Geruchssinn verlas-

Panorama der Hölle

Ein Buch von Gideon Greif und Peter Siebers vermittelt den Alltag von Auschwitz so eindringlich wie kaum ein anderes Werk

Von Alexander Wendt

Publikationen über Auschwitz füllen ganze Bibliotheksregale. Kann ein neues Buch noch etwas hinzufügen? Unseren Blick auf das Vernichtungslager ändern? Natürlich revidiert der großformatige Band „Todesfabrik Auschwitz“ von Gideon Greif und Peter Siebers nicht, was Historiker der Shoah bisher wissen. Aber es zeigt schon durch seinen ungewöhnlichen Ansatz den Alltag in der Todeszone auf eine so eindringliche Weise wie kaum ein anderes Werk.

Der Historiker Gideon Greif, geboren 1951 in Tel Aviv, gilt als Spezialist für das so genannte Sonderkommando von Auschwitz, ein Häftlingstrupp, der Hilfsarbeiten für die industrielle Menschenvernichtung verrichten musste: die Leichen aus den Gaskammern zu den Krematorien bringen, sie verbrennen, ihnen vorher die Goldzähne ausbrechen. Zwar ermordete die SS auch regelmäßig Mitglieder des Kommandos, um Zeugen zu beseitigen, andererseits konnten etliche von ihnen Dank der etwas besseren Rationen überhaupt länger überleben als die meisten anderen Häftlinge.

Diejenigen, die bis zu ihrer Befreiung durchhielten, bildeten deshalb später die wichtigste Gruppe von Zeugen, die den Tötungsapparat in allen Details zu beschreiben vermochten. Greif sammelte über Jahre hinweg Aussagen ehemaliger Sonderkommando-Häftlinge, nahm ihre Aussagen in hunderten Tonbandstunden auf und trug auf diese Weise einen Schatz an Zeugnissen und Erinnerungen zusammen, aus denen sich ein ganzes Panorama des Auschwitz-Alltags zusammensetzt.



Mit seinem Buch „Wir weinten tränenlos“ (S. Fischer 1999) schrieb Greif ein Standardwerk über das Sonderkommando, dessen Mitglieder sich auch in Israel lange gegen Misstrauen

und Kollaborationsverdacht wehren mussten. In seiner Dokumentation „Aufstand in Auschwitz“ (Böhlau-Verlag, 2015) folgte dann die wichtige Rehabilitierung der Funktionshäftlinge

mit der Schilderung des bewaffneten Widerstands gegen die SS, der nur von den Sonderkommando-Mitgliedern überhaupt organisiert werden konnte. Sein Buch über den damals erst 15 Jahre alten Sonderkommando-Häftling Jakitto Maestro, der zahlreiche Juden vor dem sicheren Tod rettete (er lebt heute in Bat Yam) verbindet auf seltene Weise Holocaust-Forschung und Memoire.

All dieses Wissen fließt nun in den Band „Todesfabrik Auschwitz“ ein: Mit jeweils kurzen, kenntnisreichen Texten schildert Greif die Stationen des Lagers von den Anfängen 1939 bis zu seiner Räumung 1944, aber eben auch das Leben, Massensterben und Überleben aus der Perspektive der Gefangenen. Dazu steuert der technische Zeichner Peter Siebers millimetergenaue, präzise Darstellungen des Lagers bei, die seinen systematischen Ausbau zu einer Todesstadt mit einem Ring von Nebenlagern vor Augen führt. Das ist schon deshalb von eminenter Wichtigkeit, weil heute zahlreiche Baracken nicht mehr existieren, weil die SS im Abzug Gaskammern und Krematorien sprengte, um Spuren zu verwischen.

Die gezeichnete Topographie vermittelt ein umfassendes Bild, wo die wenigen Auschwitz-Fotos und Filmaufnahmen bestenfalls Bruchstücke überliefern.

Die Texte Greifs wenden sich durchweg nicht an Fachhistoriker, sondern an ein Normalpublikum: in kurze thematische Abschnitte unterteilt, hochverdichtet und anschaulich geschrieben, aber bei allen Details immer dem Blick auf das Ganze verpflichtet. Schilderungen, Grafiken und Fotos der heutigen Gedenkstätte zeigen, dass selbst eine Hölle wie Auschwitz noch Unterhöhlen besaß. Etwa den Block 11, wo Häftlinge gefoltert wurden, um Informationen über Untergrundstrukturen aus ihnen herauszupressen, und wo viele in fast vollständig ummauerten Zellen langsam erstickten.

Zu den Besonderheiten des Buchs gehören die Zeichnungen des Sonderkommando-Häftlings David Olère, der als in Polen geborener, nach Frankreich ausgewanderter Jude 1943 über das Durchgangslager Drancy nach Auschwitz kam. Er schaffte es, in Auschwitz eine Serie von Zeichnungen anzufertigen, von denen er etliche verstecken und damit bis zur Befreiung retten konnte. Sie zeigen als Skizzen von mitunter kaum erträglicher Intensität die Apelle, bei denen die an Hunger und Erschöpfung Gestorbenen in die erste Reihe gelegt werden mussten, sie dokumentieren Folter und Zwangsarbeit, die Verbrennung der Vergasten, kurz: sie ersetzen Fotos, die von diesen Szenen naturgemäß nicht existieren.

Leben und Werke Olères sind bisher nur wenig erforscht. Auch deshalb schreibt sich Greifs und Siebers Buch als wichtiges Werk in die Reihe der Auschwitz-Darstellungen ein.

Gideon Greif/
Peter Siebers Todesfabrik Auschwitz
Emons Verlag
350 Seiten,
49,90 Euro
Herausgegeben vom NS-Dokumentationszentrum Köln und dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Shalom Italia: Vom Mut, sich zu erinnern

Drei italienisch-israelische Brüder suchen die Höhle, in der sie sich während des Zweiten Weltkrieges versteckt hielten

Von Isabelle Rondinone

In der Dokumentation „Shalom Italia“ begleitet die israelische Filmemacherin Tamar Tal drei jüdische Brüder auf der Suche nach einer Höhle in den toskanischen Wäldern, in der sie sich als Kinder während der Judenverfolgung vor den Nationalsozialisten versteckten.

In den vom Vater erbauten Unterschlupf flohen Emanuele, Andrea und Reuven Gnagnatti gemeinsam mit ihren Eltern, Großeltern und verstorbenem Bruder, um ihrer bevorstehenden Deportation im Jahr 1943 zu entgehen. Hier verharrten sie einige Monate, bis die Toskana schließlich 1944 befreit wurde und ihre Leben gerettet waren. Nach dem Krieg emigrierte die Familie nach Israel, wo sie mit ihren Nachkommen bis heute leben, mit Ausnahme von Reuven, der im Erwachsenenalter nach Italien zurückkehrte.

Bereits zu Beginn des Films wird deutlich, dass sich die drei Brüder, 84, 82 und 73 Jahre alt, auf ganz unterschiedliche Weise an die Geschehnisse von vor 70 Jahren erinnern. Während es für Emmanuel eine Zeit voller Leid und Entbehrung war, bringt Andrea sie mit spannenden Abenteuern und Familienzusammenhalt in Verbindung. Reuven, von allen Bubi genannt, kann sich wiederum kaum erinnern. Hinzu kommt, dass sich seine Erinnerungen mit den Erzählungen der Familie vermischen.

Die rätselhafte Abneigung gegen Sardinien

Auf ihren Wegen durch die Wälder rekonstruieren die Brüder gemeinsam die vergangenen Erlebnisse und kommen

dabei immer wieder vergessenen Details sowie Ungereimtheiten auf die Spur. Auf die alles klärende Wahrheit stoßen die Brüder Gnagnatti auf ihre Reise in die Vergangenheit zwar nicht, doch können sie ihrer Biografie einige fehlende Puzzleteile hinzufügen. So wird Bubi plötz-

ler Erinnerungen infrage. Für Tamar Tal keine völlig unbekannt Themen: Bereits 2011 hatte sie sich in ihrem vielfach preisgekrönten Film „Life in Stills“ mit kollektivem Gedächtnis und Erinnerungskultur auseinandergesetzt. Hier erzählt sie die Geschichte von

Beispiel werden emotional belastende Informationen zugunsten positiver Inhalte gelöscht oder umgedeutet. Auf diese Weise entsteht eine ganz eigene, individuelle Wahrheit, auf der letztendlich aber unsere gesamte Identität und unsere Persönlichkeit beruht.



Screenshot aus dem Film „Shalom Italia“

lich der Grund für seine Abneigung gegenüber eingelegten Sardinen bewusst, nachdem Emmanuel erzählt hatte, dass es das einzige Nahrungsmittel war, das der Familie in den letzten Tagen vor der Befreiung der Toskana noch blieb.

„Shalom Italia“ beschreibt demnach nicht nur die physisch beschwerliche Fahndung nach einem in Vergessenheit geratenen Ort, sondern stellt dabei ganz nebenbei die Verlässlichkeit unse-

Miriam Weissenstein, deren Mann in unzähligen Fotografien die Geschichte des jungen Staates Israel über Jahrzehnte hinweg dokumentierte.

Im Vergleich dazu liegt der Fokus von „Shalom Italia“ auf dem Individuum: Im Gespräch der Protagonisten wird offenbar, dass das Gedächtnis Erlebtes nicht etwa in untrüglichen Bildern ab gespeichert, sondern höchst anfällig ist für Manipulation und Färbung. Zum

Tamar Tal gelingt mit „Shalom Italia“, die Spurensuche von Emmanuel, Andrea und Bubi erfreulich unaufgeregt und behutsam zu erzählen, ohne dabei Partei für die Wahrheit des einen oder anderen zu ergreifen. Über die unweigerlich auftretenden Längen des Films kann man dabei getrost hinwegsehen, zumal er mit einer Länge von 70 Minuten die Aufmerksamkeit des Zuschauers ohnehin nicht überstrapaziert.

Kampfkunstschule Mikoyan

Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
 Uhlandstraße 19 10623 Berlin
 Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
 eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
 Weitere Informationen unter
 www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
 KUNST
 SCHULE
 MIKOYAN**

Holocaust-Aufklärung in den USA

Deutsch-Amerikaner erstellen neues Fachbuch und veranstalteten Konferenz in Minnesota

Von Björn Akstinat

Ein in erster Linie für die jüngere Generation in den USA wichtiges neues Buch über den Holocaust ist kürzlich auf einer deutsch-amerikanischen Historiker-Konferenz in Northfield (US-Bundesstaat Minnesota) präsentiert worden. Unter dem Titel „The Holocaust Boxcar – Germany Gone Wrong“ erklären die Autoren Dr. Joachim Reppmann (60) und Friedhelm Caspari (70) gerafft und verständlich lesbar, wie es zum Nazi-Terror kam, welche Grausamkeiten angerichtet wurden und wie die Diktatur endete.

Erstmals liegt nun ein kompaktes „Erklär-Buch“ vor, das wesentliche Aspekte der Nazizeit selbst sowie die vorangegangene Weimarer Republik und die unmittelbaren Nachkriegsjahre im Zeitraffer beleuchtet. Der Historiker Dr. Reppmann und der Journalist Caspari haben auch damalige lokale Besonderheiten berücksichtigt.

So wird unter anderem geschildert, dass, als Berlin in Trümmern lag und nachdem Hitler Selbstmord begangen hatte, die norddeutsche Stadt Flensburg im Frühjahr 1945 ihre spezielle Geschichte schrieb. Die Stadt an der Grenze zu Dänemark nahm tausende Flüchtlinge aus den Ostgebieten und aus KZs befreite Menschen auf. Gleichzeitig versteckten sich Hunderte führender Nazis in der für wenige Tage neuen Reichshauptstadt. Zu dieser Flensburger „Nazi-Endzeit“ wurde erstmalig auf der Konferenz in Northfield auch die Dokumentation des Filmproduzenten Stephan Witthöft, SALVE MEDIA (Erfurt), „A Flensburg Perspective: Erna de Vries and the Holocaust Boxcar“ gezeigt. Die heute 94-jährige Erna de Vries überlebte das Morden in Auschwitz.

Der eigentliche Anlass für die Erstel-



Charles Fodor, ungarischer Holocaust-Überlebender und Steve Hunegs, Jewish Community Relations Council, Minneapolis, Konferenzreferenten; hier vor dem „Holocaust Boxcar“ im „Fagen Fighters WWII Museum“ (Granite Falls, Minnesota)

lung des Buches und der filmischen Dokumentationen ist das „Fagen Fighters WWII Museum“ (Granite Falls, Minnesota), das seit Mai 2016 einen deutschen Original-Güterwagen aus Georgenthal (Thüringen) als Exponat präsentiert. Mit diesem Waggon wurden um 1940 jüdische Menschen in das KZ Buchenwald deportiert. Der Waggon steht als Symbol für die Schrecken des Holocaust; er

dient an seinem heutigen Standort den Besuchern als „Lehrstück“. Organisator des Museumsprojektes, Dr. Joachim „Yogi“ Reppmann: „Die Präsentation des Waggons ist sehr wichtig, um damit die Erinnerung daran wachzuhalten, wie Inhumanität entstehen konnte und dafür, dass sich niemand mehr von solch einem Gedankengut wie dem der Nazis infizieren lassen sollte.“

Das Buch „The Holocaust Boxcar – Germany Gone Wrong“ soll in deutschen und amerikanischen Schulen bzw. Colleges einen auf- und erklärenden Beitrag zu dieser Zeitspanne der Geschichte liefern. „Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnert, wird anfällig für neue Ansteckung“, sagt die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano in dem Buch. „Ihr müsst wissen, was damals geschah und warum es geschah“, appelliert sie an lebende und künftige Generationen.

An der Buchvorstellung auf der Konferenz nahmen neben den Autoren zahlreiche jüdische Persönlichkeiten teil. Carol Kahn Strauss (Direktorin des internationalen Leo Baeck Instituts, New York), Steve Hunegs (Executive Director des Jewish Community Relations Council for Minnesota and the Dakotas, Minneapolis), Charles Fodor (ungarischer Holocaust-Überlebender) oder Dr. Gabrielle Robinson (Jewish Federation, South Bend, Indiana) zählten dazu.

Am Ende der dreitägigen Veranstaltung verlieh Herbert Quelle, deutscher Generalkonsul in Chicago, den Deutsch-Amerikanischen Freundschaftspreis an Dr. Joachim Reppmann für dessen rund 40-jährige Verdienste um die transatlantischen Beziehungen, Forschungsaktivitäten rund um die Auswanderungsbewegung von Deutschland in die Vereinigten Staaten sowie den deutsch-jüdischen Dialog.

Das Buch „The Holocaust Boxcar – Germany Gone Wrong“ kann hier bestellt werden: www.lulu.com/shop/joachim-reppmann-and-friedhelm-caspari/the-holocaust-boxcar-germany-gone-wrong/paperback/product-23181899.html

für Rückfragen zu diesem Thema:
Dr. Joachim (Yogi) Reppmann
YogiReppmann@gmail.com
www.Moin-Moin.us
103 N Orchard St.; Northfield,
MN 55057; USA;
Tel: 1-507-664-1065



„Deutsch-Amerikanischer Freundschaftspreis“ für Joachim Reppmann überreicht von Herbert Quelle, Generalkonsul Chicago. Direkt hinter ihnen, Eric Braeden, Hollywoodschauspieler („Titanic“) und Konferenzfestredner. Mr. Braeden wurde als Hans-Jörg Gudogast in Bredenebek bei Rendsburg geboren und ist der einzige Deutsche neben Marlene Dietrich mit einem Stern auf dem Hollywood Walk of Fame.

Die Juden – ein ausgestoßenes Volk

Ein Plädoyer für die Antisemitismus-Kritik von Hyam Maccoby
(Teil 2)

Von Peter Gorenflor
unter Mitwirkung von Emanuel
Rund

Dämonisierung im Mittelalter

Der Wendepunkt nach einer Phase relativer Toleranz kam für die jüdische Bevölkerung im 11. Jahrhundert zunächst in Deutschland und Frankreich, als die christliche Gehirnwäsche anfang Früchte zu tragen. Es gab Gerüchte, dass Christen unter muslimischer Herrschaft schlecht behandelt würden und irgendwie machte man die Juden dafür verantwortlich.

Auf der Grundlage geheimnisvoller Anspielungen von Paulus in seinem zweiten Brief an die Thessalonicher entstand die Legende vom Antichristen, weiterentwickelt durch die Kirchenväter Irenäus, Hippolyt und Lactantius. Diese extravagante Zukunftsvision unterschied sich grundsätzlich von der herkömmlichen Vorstellung, dass „die Juden“ eines Tages Einsicht in ihr verbrecherisches Tun gewinnen, ihre Rolle im christlichen Mythos akzeptierten und mit der Einsicht, dass Jesus Christus der wahre Messias und Erlöser sei, dessen zweite Wiederkunft einleiten würden.

Alternativ zu dieser Version würde zu Beginn der Endzeit ein Mann erscheinen, der die Heere des Teufels gegen die Heere Jesu führt. Dieser Mann, der Antichrist, ist ein Jude aus Babylon, der sich nach Palästina begibt, den Tempel wieder aufbaut und ein weltumfassendes jüdisches Imperium regiert. Auf dem Höhepunkt seines Erfolges tritt die Wiederkunft Christi ein, der seine Heere gegen den Antichristen führt, ihn besiegt und alle seine Anhänger inklusive des jüdischen Volkes vernichtet, um ein Tausendjähriges Reich zu errichten. Diese christliche Vision trug nun Früchte und es kam zu Pogromen in Rouen, Orleans, Limoges und Mainz. Als Papst Urban II. 1096 zum ersten Kreuzzug aufgerufen hatte, um Jerusalem zu befreien, massakrierten die Kreuzritter alle Juden, die ihnen auf ihrem Weg begegneten. Diese Gewaltausbrüche brachten die Juden Europas außerhalb Spaniens an den Rand der Ausrottung und wären fast zu einer rein christlichen Endlösung geworden.

Der jüdische Alptraum, der nun unter christlicher Herrschaft begann, beinhaltete auch ihren Ausschluss aus den wachsenden Gilden und das Verbot, angesehene Berufe auszuüben. Ihre lange Tradition als internationale Händler, Bauern, Winzer oder Ärzte fand nun ein Ende. Sie hatten aber die Erlaubnis zum verpönten Geldverleih gegen Zinsen erhalten, was ihnen den Ruf von Wucherern einbrachte und den Judas-Mythos vom geldgierigen Verräter Christi anfeuerte. So wurden sie unfreiwillig die ersten Bankiers Europas.

Blutbeschuldigung in England

In England begann eine andere, neue Form des Alptraumes, die Blutbeschuldigung. Der erste Fall war der Wilhelms von Norwich im Jahr 1144. Man behauptete, Juden hätten vor dem Osterfest ein Christenkind gekauft, gefoltert und am Karfreitag aus Hass gegen Jesus Christus gekreuzigt. Der Fall hatte vor Gericht keinen Bestand, aber die Resonanz darauf war



In China und Indien, wo es keine Usurpations-Mythen gibt, die sich vom Judentum ableiten und es ablösen wollen, gibt es auch keinen Antisemitismus.

so groß, dass diese Geschichte immer mehr Glauben fand und sich epidemisch ausbreitete. „Geständnisse“ wurden unter Folter erpresst, jüdische Bürger wurden hingerichtet und ganze Gemeinden ausgelöscht. Ein weiterer Fall war der des Hugo von Lincoln im Jahre 1255. Nachdem dieses Kind drei Wochen lang vermisst wurde, fand man seine Leiche in einer Jauchegrube, in der es offensichtlich ertrunken war. Zu dieser Zeit fand eine jüdische Hochzeitfeier in Lincoln statt, so dass sich die Ritualmordbeschuldigung

Im 12. Jahrhundert kam die Marienverehrung auf

Hyam Maccoby beschreibt, wie es im 12. Jahrhundert zu einer bedeutenden psychologischen Wandlung in der Christenheit kam. Hatte man vorher Jesus als jungen Mann dargestellt und verehrt, so rückte nun der kindliche Jesus ins Blickfeld der Gläubigen. Parallel dazu kam die Marienverehrung auf, die zuvor keine Rolle gespielt hatte. Offensichtlich hatte sich in der christlichen Bevölkerung die Einbildung verbreitet, in der Abendmahlshostie sei eher das

ihre elendeste Zeit als Hausierer und Pfandleiher, die bis ins 18. Jahrhundert andauerte und nur ihr Stolz, ihre Disziplin, das Studium von Thora und Talmud, sorgten für ihr geistiges Überleben.

Eine Antwort auf die antijüdische Kampagne des christlichen Mittelalters war die Flucht, teils in Länder des Islams, wo es eher Verachtung als Hass auf sie gab, teils in Richtung Osten, z.B. von Deutschland nach Polen, wo man sie wegen ihrer Fähigkeiten und Energie zum Aufbau des Landes willkommen hieß, bis sie dann doch wieder vertrieben wurden, nachdem sie nicht mehr gebraucht und auch dort das Opfer mittelalterlichen Hasses geworden waren.

Eine weitere Antwort war die Konversion, die in der Regel eine Zwangskonversion war, aber auch das Märtyrertum, wie z.B. in York 1190, als man den Tod einer Konversion zu einem Glauben vorzog, der durch das Verhalten seiner Anhänger den Beweis für seine Unwahrheit erbrachte. Die Hauptantwort war allerdings die Standhaftigkeit. Man hatte Ressourcen in der eigenen Tradition, um den Stürmen standzuhalten. Man entwickelte in den jüdischen Quartieren einen Verhaltenskodex, der auf den Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit des Talmuds aufgebaut war. Man betrachtete sich als zivilisiertes Volk in einer barbarischen Umgebung und wies die christliche Vorstellung jüdischer Minderwertigkeit weit von sich. In einer Zeit von weit verbreitetem Analphabetismus konnten fast alle Juden, Männer und Frauen, lesen und schreiben.

Spanien und die „Reinheit des Blutes“

In Spanien kam es 1391 zu einem Massaker an Juden. In dessen Folge kon-

„ In einer Zeit von weit verbreitetem Analphabetismus konnten fast alle Juden, Männer und Frauen, lesen und schreiben. “

anbot. Ein Jude namens Copin wurde so lange gefoltert, bis er gestand, der Knabe Hugo sei von ihm und seinen Glaubensbrüdern gefoltert und dann gekreuzigt worden. 19 Juden, einschließlich Copin selbst, wurden daraufhin gehängt. Diese angeblichen Ritualmorde wurden Juden durch das gesamte Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert vorgeworfen und haben ganz wesentlich zu ihrer Dämonisierung beigetragen.

Sie wurden vor allem vom niederen Klerus propagiert, aber auch die Civiltà Cattolica, ein offizielles Periodikum der katholischen Kirche, vertrat die Blutbeschuldigung seit ihres Erscheinens 1849 mit gehässiger Verbissenheit und forcierte 1870 sogar ihre Bemühungen, zusammen mit zahlreichen anderen katholischen Zeitungen, nachdem die Reste des Vatikanstaates von italienischen Truppen eingenommen worden waren.

Christkind gegenwärtig als der Körper eines jungen Mannes. Das Zerstückeln und Aufessen eines Kleinkindes war im Wesentlichen ein religiöser Akt, den die Christen selbst in ihrer Phantasie vollzogen, der aber mühelos verschoben und den Juden zum Vorwurf gemacht werden konnte. Erst von dieser Zeit an begann man Juden als Untermenschen, als blutsaugende Vampire und Dämonen anzusehen. Es gab auch eine Verbindung zur „Wucherei“, denn manche Kleinadelige entledigten sich ihrer Schulden, indem sie den Mob mit Ritualmordlegenden aufhetzten, die in Massakern an der jüdischen Bevölkerung endeten. Von nun an waren sie endgültig die schwarzen Schafe der Familie, die für alle Katastrophen verantwortlich gemacht wurden, auch für die Pestepidemien, in deren Folge es zu Massakern an ihnen kam.

Nachdem sie auch aus dem Geldgewerbe verdrängt worden waren, begann

vertierten viele von ihnen zum Christentum und bis zu deren endgültiger Vertreibung im Jahre 1492 stieg die Zahl der Konvertiten auf über 100.000, ebenso viele wählten das Exil. Allen war klar, dass es einem Todesurteil gleichkam im Land zu bleiben ohne seine Religion aufzugeben. Theoretisch war das Christentum „anti-rassistisch“. Wer zum Christentum konvertierte war willkommen, denn die Konversion sämtlicher Juden war nach christlicher Auffassung der Auftakt für die Wiederkunft Christi. Praktisch änderte sich das allerdings, nachdem sie dämonisiert und zu einer verhassten Minorität degradiert worden waren, ausgestattet mit einer abscheulichen Natur, die ihre Ursprünge im zentralen christlichen Mythos hatte. Ab einer gewissen Anzahl wurden sie unverdaulich. Waren sie zunächst durch ihre Konversion von ihren Benachteiligungen befreit und hatten begonnen, ihre natürlichen Talente zu nutzen, um wichtige Positionen in der spanischen Gesellschaft zu besetzen und in angesehenen Berufen aufzusteigen, ging nun plötzlich das Gespenst von der feindlichen Übernahme um. Außerdem standen die Neuchristen, die „conversos“, unter ständigem Verdacht, ihre ursprüngliche Religion im Geheimen weiter auszuüben. Die konvertierten Juden wurden nun die ersten und für lange Zeit einzigen Opfer der spanischen Inquisition, die als lückenlose Überwachung eingesetzt wurde.

Die „limpieza de sangre“ als historischer Vorläufer der Nürnberger Rassengesetze

Mit ihrer Methode der bürokratischen Kontrolle, der Denunziation, der Scheiterhaufen und der Folter gab sie bereits eine Vorahnung auf die Judenverfolgungen unter den Nazis. Auf dieser Grundlage entwickelte sich auch eine quasi-rassistische Ideologie mit den „Statuten der Reinheit des Blutes“ („limpieza de sangre“), einem historischen Vorläufer der Nürnberger Rassengesetze. Die Unterscheidung zwischen Alten und Neuen Christen wurde zunächst auf lokaler Basis, dann, seit 1536, auf nationaler Ebene im Zivilrecht festgeschrieben, überdauerte bis zum Jahr 1876 und machte die konvertierten Juden zu Bürgern zweiter Klasse. Die Jesuiten verboten ab 1592 allen Männern jüdischer Herkunft die Zugehörigkeit zum Orden, wobei der Stammbaum fünf Generationen zurückverfolgt wurde, ein katholischer „Arier-Nachweis“ ante datum.

Die Aufklärung und danach

Es war der Niedergang des Christentums, der die Juden aus ihrer mittelalterlichen Unterdrückung herausführte. Die Französische Revolution brachte 1791 den Durchbruch, dem andere europäische Länder folgten, am spätesten Russland mit der Revolution von 1917. Die kirchliche Hierarchie übte starken Gegendruck aus und wollte den Status der jüdischen Bevölkerung als „verfluchte Nation“ mit allen Mitteln aufrechterhalten und ihnen politische und soziale Rechte vorenthalten. Beispielhaft dafür war der Vatikanstaat oder Kirchenstaat nach dem Wiener Kongress, in dem Ghettos (das Staatsgebiet des Vatikanstaates war damals ungleich größer als heute und umfasste ein bedeutendes Gebiet in Mittelitalien), Kleider-Kennzeichnung mit gelbem Stoff, Zwangspredigten u.v.m. vom Papstkönig wiedereingeführt wurden.

Einige Aufklärer wie Montesquieu mit seinem Werk „Vom Geist der Geset-

ze“ oder Rousseau mit seinem „contrat social“ hatten großen Respekt vor der jüdischen Tradition und sahen in der Thora eine Art frühen Gesellschaftsvertrag, andere, wie Voltaire und Mirabeau verhielten sich eher verächtlich und gönnerhaft, betrachteten die Juden als abergläubisch und rückständig und nur durch einen langwierigen, schwierigen Prozess zu emanzipieren. Viele, die so dachten, waren dann umso überraschter und schockiert, in welchem Tempo jüdische Bürger in allen angesehenen Berufen Karriere machten, sobald sie von ihrer schäbigen Unterdrückung befreit waren.

Auf einmal machten die Juden Karriere

Die tolerante, aber herablassende Haltung kippte sehr schnell in Missgunst, als die Juden durch ihren schnellen Erfolg alle üblen Vorhersagen widerlegten. Sie waren dafür durch die lange Tradition ihres Studiums des Talmuds mit seinen subtilen, vernünftigen und menschenfreundlichen Betrachtungen bestens qualifiziert.

Außergewöhnliche Personen wie Moses Mendelssohn oder Solomon Maimon rückten von ihrem talmudischen Hintergrund an die Spitze der europäischen Philosophie, gefolgt von zahllosen anderen, weniger spektakulären Aufsteigern in bürgerlichen Berufen. Missgunst und Neid standen am

juive devant l'opinion“, das die Juden für die Korruption im Land verantwortlich machte. Alfred Dreyfus war hier wohl das prominenteste Opfer antisemitischer Verleumdungen jener Zeit.

In Russland dauerte das Mittelalter für die Juden am längsten

In Russland überdauerten die mittelalterlichen Lebensverhältnisse der Juden bis zur Oktoberrevolution. 1881 gab es Pogrome und Ritualmordlegenden wurden verbreitet. 1882 wurden die antijüdischen Mai-Gesetze erlassen, durch die jüdisches Eigentum konfisziert wurde und neue Ghettos gebaut wurden. Und 1905 erschien das antisemitische Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“ von Sergei Nilus, das die Legende einer jüdischen Weltverschwörung zum Inhalt hatte und weltweit verbreitet wurde. Die Schwarzen Hundert stifteten mit direkter Unterstützung des Zaren 1903 und 1905 Pogrome an und 1911 wurde die Blutbeschuldigung gegen Mendel Beilis in Kiew von Regierungsstellen und indirekt vom Vatikan selbst unterstützt. Erst die Oktober-Revolution brachte den russischen Juden die rechtliche Gleichstellung. Sofort wurden sie in aller Welt als deren Urheber betrachtet, obwohl sich Anführer mit jüdischen Hintergrund wie z.B. Trotzki, Sinowjew, Litwinow und Kaganowitsch von allem Religiösen distanzieren hatten.

Die Antwort auf den wachsenden nationalistischen und rassistischen Anti-

auf welche die ethnische Bezeichnung „semitisch“ viel eher zutrifft, hatte er keine Probleme, betrachtete sie sogar als seine Verbündeten und empfing den Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, mit allen Ehren.

Hitler konnte bei seiner antisemitischen Politik auf sämtliche Stereotypen des Mittelalters zurückgreifen. Selbst sein Konzept der Endlösung und die Terminologie des Tausendjährigen Reiches hatten einen christlichen Vorläufer mit der religiösen Vorstellung der Endzeit und des Antichristen, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des christlichen Denkens zieht. Als Endzeitbewegung kannte der Nazismus ausschließlich die Gestalt des triumphierenden Christus (d.h. Hitlers), nicht jedoch des geopfert. Sobald das Tausendjährige Reich eingetreten ist, ist das göttliche Opfer und damit auch der Heilige Henker – die Juden – nicht mehr nötig. Die Phantasien einer jüdischen Weltverschwörung gingen auf die mittelalterliche Legende der Blutbeschuldigungen zurück, welche unterstellte, dass die Juden geheime Versammlungen auf internationaler Ebene abhielten, auf denen sie beschlössen, wo und wann das nächste Kindesopfer stattfinden solle. Und auf die Idee vom Antichristen. Das Bild vom mittelalterlichen Wucherer und dem habgierigen Verräter Judas lebte ebenfalls in den Hasstiraden und Karikaturen der Nazis weiter.

Schlussbetrachtung

Hyam Maccoby belegt in seinem Werk die Kontinuität zwischen dem mittelalterlichen, religiösen Antisemitismus und dem modernen, pseudo-wissenschaftlichen Antisemitismus. Die christlichen Kirchen konstruieren hier einen künstlichen Grabenbruch, genauso, wie sie an anderer Stelle – paulinische versus jüdische Jesuanhänger – einen echten tektonischen Riss zuschütten, um diesem brisanten Tabuthema auszuweichen. Alle Vorurteile, die später von den Nazis benutzt wurden, um die jüdische Bevölkerung als Blitzableiter zu missbrauchen, sie zu terrorisieren und in die Vernichtungslager zu schicken, hatten einen religiösen Ursprung im christlichen Mittelalter.

In China und Indien gibt es keinen Antisemitismus

Maccoby macht klar, dass der speziell christliche Antisemitismus die ideologische Grundlage für den Holocaust war. In China und Indien, wo es keine Usurpations-Mythen gibt, die sich vom Judentum ableiten und es ablösen wollen – Christentum und Islam – gibt es auch keinen Antisemitismus.

Der britische Talmud-Gelehrte öffnet uns die Augen dafür, dass der moderne Antisemitismus ein Vermächtnis des christlichen Mythos von den Juden als Mörder Christi ist, auch vom Paria-Status der dämonisierten Juden im Mittelalter, die dazu verdammt wurden, die nötige aber dreckige Arbeit der Gesellschaft zu erledigen.

Eine dauerhafte Lösung des Problems des Antisemitismus könnte darin bestehen, den paulinischen Sühne-Mythos abzubauen. Ein erwünschter Nebeneffekt davon wäre die Rehabilitierung von Judas Ischariot, der mit einem entwürdigenden Verräter-Stigma beladen wurde, trotz seiner Loyalität zum historischen Jesus, mit dem er zu einer – wenn auch gescheiterten – Befreiungsmision aufgebrochen war. Sein Name leitet sich vom Stamm Juda ab und ist ein Eponym für das ganze jüdische Volk.

„ Ein erwünschter Nebeneffekt davon wäre die Rehabilitierung von Judas Ischariot, der mit einem entwürdigenden Verräter-Stigma beladen wurde, trotz seiner Loyalität zum historischen Jesus.“

Anfang des modernen Antisemitismus. Die neue Debatte drehte sich um Loyalität und Assimilierbarkeit und aus den Christumördern des Mittelalters wurden „die Fremden“ schlechthin.

Diese Verschiebung führte zu einem Wiederaufleben von Hass, Verachtung und mittelalterlicher Verteufelung in einer neuen, „rationalen“ Verkleidung. Für die einen wurden sie zum Urheber des Kapitalismus, wobei das Bild vom mittelalterlichen Wucherer und der Judas-Mythos wiederauflebte, und wenige prominente Familien wie die Rothschilds Pate standen. Für die anderen waren sie die Speerspitze von Verschwörung und Revolution. Den Anfang für letzteres machte Abbé Baruel während der Französischen Revolution, dessen Machwerk zum Modell für die späteren „Protokolle der Weisen von Zion“ wurde. Die Anfeindung von so unterschiedlichen Seiten, welche die Juden für alle Übel der Welt verantwortlich machten, beweist ihren religiösen Ursprung. Das mittelalterliche, quasi-rassistische Bild der dämonisierten Juden als Brunnenvergifter, Hostienschänder, Ritualmörder, mit ihrem speziellen Gestank, „foetor judaicus“, ihrer speziellen Physiognomie und anderen körperlichen Auffälligkeiten, brauchte nur noch einen neuen, „wissenschaftlichen“ Anstrich.

Die Rassentheorie entstand in Deutschland. Die Christlich-Sozialen des Adolf Stöcker wurden zur politischen Heimat sowohl religiöser, als auch rassistischer Judenhasser. Von dort drang diese Bewegung nach Frankreich und Osteuropa vor. In Frankreich erschien das einflussreiche Buch von Edouard Drumont (1886) „La France

semitismus hieß Zionismus. Nach der Dreyfus-Affäre und den polnischen Blutbeschuldigungen des 19. Jahrhunderts war Theodor Herzl davon überzeugt, dass die Hoffnungen und Versprechungen der Aufklärung die „Judenfrage“ durch Emanzipation zu lösen, eine Illusion waren.

Die Mitschuld des Christentums am Holocaust

Nach der Kriegsniederlage im Ersten Weltkrieg, dem Versailler Vertrag, der Wirtschaftskrise und der Inflation war es in Deutschland wieder einmal so weit und ein Sündenbock wurde gesucht. Viele gesellschaftliche Gruppierungen setzten auf die antisemitische Karte, aber keiner tat es so kompromisslos wie Hitler. Natürlich war der Katholik Hitler kein gläubiger Mensch, aber aus der Kirche ausgetreten war er auch nicht. Natürlich war er auch kein Agent der katholischen Kirche. Seine Auftraggeber waren Großindustrie, Großgrundbesitzer, Banken und Teile der Aristokratie ohne deren finanzielle und propagandistische Unterstützung er nicht die geringste Chance gehabt hätte. Für sie war sein Antisemitismus nur eine Marotte, die man zynisch in Kauf nahm, bis er die aufstrebende Arbeiterbewegung zerstört hätte. Deshalb aber war eine kultivierte Nation so anfällig für das politische Programm eines Psychopathen?

Hyam Maccoby kommt zu dem Ergebnis, dass es die Welt des Mittelalters war, die das Reservoir an Judenhass und -verachtung lieferte, das es den Nazis ermöglichte, ihre Vernichtungsstrategie umzusetzen. Hitlers Rassentheorie war pseudowissenschaftlich, denn mit den muslimischen Arabern,

Der Antisemitismus der Bildungs-Elite

8 von 15 Teilnehmern der Wannseekonferenz waren promoviert

Von Dr. Joseph Heid

Bücher über den Holocaust füllen ganze Bibliotheken. Was soll es da noch Neues, Unentdecktes oder Unerforschtes geben, da doch Saul Friedländer und Raul Hilberg in ihren grandiosen Grundlagenwerken (Das Dritte Reich und die Juden; Die Vernichtung der europäischen Juden) bereits vor Jahren die europäische Dimension in den Blick genommen und wenige Fragen offengelassen haben?

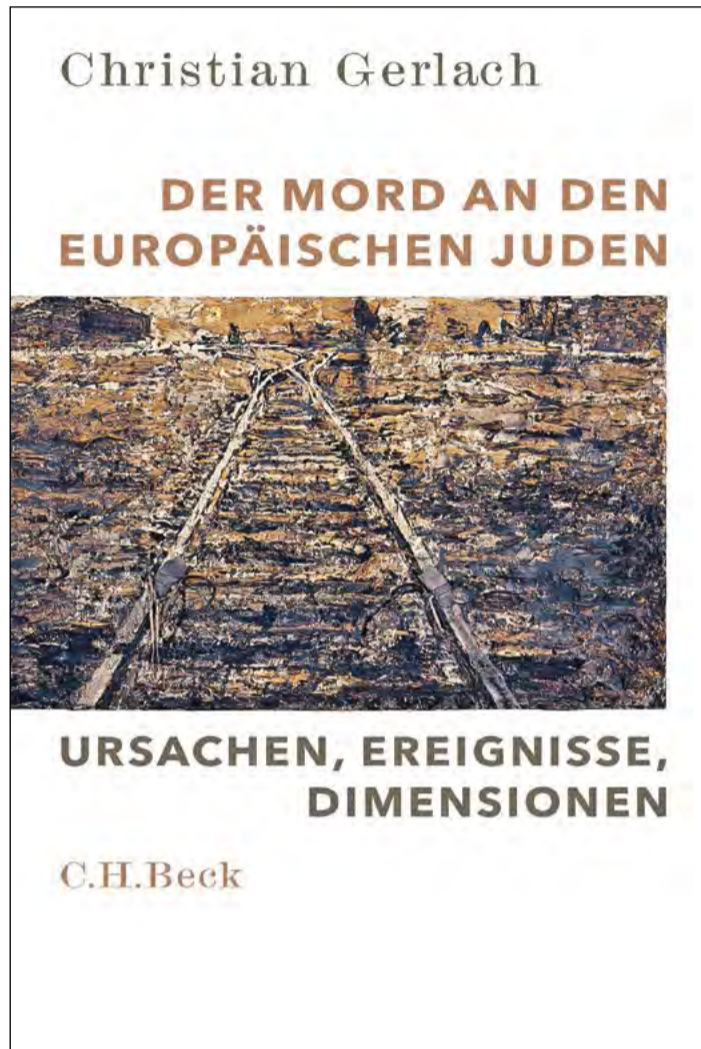
Der Mord an den europäischen Juden in den 1930er und 40er Jahren war ein globales Großprojekt, an dem sich auch Staaten ohne unmittelbare deutsche Täterschaft eigenverantwortlich und mit ganz unterschiedlichen Motiven beteiligten. Das zeigt Christian Gerlach gründlich auf. Als Ergebnis aus der historiographischen Fülle ragt seine Gesamtgeschichte des Holocaust heraus. Er gibt einen Überblick, in dem zwar die antijüdischen Maßnahmen der Nazis das zentrale Element bilden, in dem aber zugleich die außerdeutsche Welt sowie die gesellschaftlichen Einstellungen, die Reaktionen und das Schicksal auch der nichtjüdischen Opfer einen untrennbaren Bestandteil der sich entfaltenden totalitären Katastrophe bilden.

Gerlachs Studie geht von der Prämisse aus, dass wir moderne Massengewalt als multikausalen, partizipatorischen Prozess begreifen sollten, der unterschiedliche Gruppen zu Opfern gemacht hat.

Die Mordhandlungen vollzogen sich in sämtlichen besetzten und mit Deutschland verbündeten Ländern gleichzeitig. Gerlach rückt sie in einen großen internationalen Kontext. Für ihn gibt es Gründe, „etwas mehr über die nichtjüdischen Opfer“ zu sprechen und die jüdischen Opfer „nicht ständig ins Zentrum“ zu stellen, wenn man über deutsche Gewalt spricht. Dabei will er erklärmaßen nicht so „avantgardistisch“ sein, dies zum „übergreifenden Strukturprinzip“ zu erheben. Kurz: Er sucht nach Verbindungen zu anderen Verfolgungen und gemeinsamen Kontexten der Gewalt gegen Juden und anderen Gruppen. Gerlach bietet eigenem Selbstverständnis nach vergleichende Perspektiven, geht jedoch über den nicht ungewöhnlichen, aber unproduktiven Ansatz ‚Wer litt am meisten?‘ hinaus. Warum er diesen Aspekt nicht in der Titelei ausdrückt, bleibt offen.

Viele nichtdeutsche Regierungen verfolgten ihre eigene antijüdische Politik mit dezidiertem Rassegesetzgebung und inszenierten Pogrome. Erst später überstieg die durch Nazideutschland verursachte Opferzahl die all der genannten Regime und Gesellschaften. Das Handeln nichtdeutscher Staaten und Gesellschaften hatte direkten Einfluss auf die Ermordung von Juden und beeinflusste auch deren Fluchtchancen entscheidend. Das Ausmaß an Kooperation staatlicher Bürokratien und Polizeikräften bei den Festnahmen, Internierungen und Deportationen von Juden ein bestimmender Faktor dafür, wie reibungslos der deutsche Vernichtungsprozess ablaufen konnte.

Je mehr Opfergruppen ins Bild kommen, desto deutlicher wird, dass ein breites Spektrum von Personen an der Gewalt beteiligt war. Wenn auch SS und Polizei die meisten Morde an Juden begingen, waren ebenso andere Perso-



nengruppen daran beteiligt, deren Haltungen und Interessen höchst disparat waren. Einer der Gründe, warum die Geschichte von Tätern und Opfern häufig nicht zusammenzupassen scheint, sieht Gerlach in der Methodologie: Tätergeschichte ist zumeist als politische Geschichte geschrieben worden, Opfergeschichte eher als Sozialgeschichte. Diese Diskrepanz zu überwinden, versucht Gerlach, die Geschichte von Massengewalt stärker als Geschichte sozialer Akteure zu schreiben – Massengewalt als Sozialgeschichte.

Die Judenverfolger kamen aus sämtlichen sozialen Milieus. Manche waren hochgebildet: Von den fünfzehn teilnehmenden Männern an der Wannseekonferenz beispielsweise war jeder zweite promoviert, zehn mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium, unter ihnen wiederum neun Juristen. Die

einheiten Gräueltaten begingen, auch Juden jagten, waren im Durchschnitt 35-40 Jahre alt, verheiratet und Familienväter. Weniger als 23 Prozent aus einer untersuchten Gruppe von Personal im KZ Auschwitz waren NSDAP-Mitglieder. Das lässt den Schluss zu, dass es anscheinend keiner besonderen ideologischen Affinität bedurfte, um zu morden. Ähnliches lässt sich über die Angehörigen der Widerstandsbe-
wegung sagen, die das Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler ausführte. Viele von ihnen waren konservative Adelige. Einige von ihnen hatten der Gewalt gegen Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen oder den

Methoden bei der Partisanenbekämpfung zugestimmt oder daran teilgenommen oder befürworteten jüdenfeindliche Gesetze.

Es gab SS-Leute mit einem Hang zu theoretischen Erörterungen und philosophischen Betrachtungen, die jüdischen Gefangenen die Bedeutung und Notwendigkeit ihrer Vernichtung zu erklären suchten. Solche Männer hatten die Theorie des biologistischen Antisemitismus auf eine Ebene gehoben, die den Untergang des Judentums rechtfertigte und jedwede humanistische Gesinnung, die Juden das Menschsein absprach, vermissen ließ – ein verstörender Gedanke.

Im Vergleich zu den Verfolgern ist die dokumentierte Zahl der deutschen Helfer gering, die sich gegen jede Form von Massengewalt wandten. Auch sie entstammten einem breiten sozialen

Spektrum, so dass die Suche nach einer einzigen allgemeinen Erklärung für ihre Handlungen schwierig ist. Bisher gibt es keine Methode, um verlässlich die Zahl jener zu schätzen, die Verfolgungen unterstützten oder ablehnten.

Gerlach hält die Vorstellung, dass der Judenmord auf einer Arbeitsteilung beruhte, für problematisch, denn diese könne zu dem Missverständnis führen, der Mordprozess habe eine „monolithische Struktur“ gehabt. Tatsächlich wurde die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen unterschiedlichen Instanzen, Staatsorganen und der Partei systematisch im Unklaren gelassen. Die Polykratie unter der NS-Herrschaft führte indes nicht zu einem lähmenden Chaos. Im Gegenteil: Auf dem Gebiet der Gewalt war die Effizienz erschreckend. Die Durchschlagskraft der Gewalt beruhte stark auf einem System und einer Philosophie, die zur Mitwirkung einluden.

Dass der Judenmord keinen „Vorrang vor allem anderen“ besaß, wie Gerlach meint, und diese Aussage an den „vielen aufgeschobenen Deportationen“ und an der Langsamkeit der Deportationszüge zu belegen glaubt, darf angezweifelt werden: Die Durchführung des Judenmords hing nicht zuletzt von dem Engagement des Staatssekretärs im Reichsverkehrsministerium Albert Ganzenmüller bei der Bereitstellung von Transportmitteln ab. Dies verdeutlicht ein Schreiben Himmlers vom 20. Januar 1943, in dem der Reichsführer SS den „Abtransport der Juden“ als vordringliche Aufgabe schildert und Ganzenmüller schließlich – trotz angespannter Transportlage – bat: Zitat: „Helfen Sie mit und verschaffen Sie mir mehr Züge“. Das tat der Angesprochene dann auch: Er ließ Räder rollen für den Sieg; es kam ihm bei den Deportationen auf jeden Wagen an.

Deutsche Verfolger konnten ihre individuellen Beiträge zur Verfolgung durch den Staatsapparat oder Parteiorganisationen „legitimieren“ – statt sie umgehen zu müssen. Sie fühlten sich ausgestattet mit politischer Macht und absoluter Handlungsfreiheit, insbesondere in Aktionsräumen außerhalb des Reichsgebietes. Ihre exekutive Autorität blieb nahezu unbehindert durch Gerichte, Presse und staatliche Aufsicht. Bei ihrem Streben nach dem, was sie als das Beste für Deutschland ansahen, wandten sich deutsche Entscheidungsträger gegen Juden aus Motiven, die sich mit Bildern des „minderwertigen“ oder „gefährlichen“ Juden verbanden.

Hitler entfachte das Feuer, in dem die europäischen Juden verbrennen sollten, ein Feuer, das nur deshalb so flächendeckend und intensiv wütete, weil in ganz Europa (und darüber hinaus) ein dichtes Gestrüpp ideologischer und kultureller Elemente bereitstand, um Feuer legen zu können. Christian Gerlach bietet in seinem Buch mehr Analyse als Erzählung; es hat wenige exemplarische Geschichten zu bieten.

Außerhalb des deutschen Reichsgebietes, dort wo der größte Teil des Massenmords stattfand, war die verbreitete aktive Unterstützung und das fast völlige Fehlen von Widerstand bemerkenswert. Gerlach gibt nur eine teilweise, vorläufige und allgemeine Erklärung, dass nämlich z. B. deutsche Soldaten in den besetzten Ländern, infiziert mit einem Populärassismus, dazu neigten, sich nicht gegen die Ermordung von Juden zu stellen, weil ihnen dies im Kontext des Krieges, den viele als erbitterten tödlichen Kampf des deutschen Volkes ansahen, logisch erschien. Dies vollständig zu erklären, bleibt eine Aufgabe für die künftige Forschung.

Christian Gerlach: *Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen*, C. H. Beck Verlag, München 2017, 608 S., 34,95 Euro

„ Es gab SS-Leute mit einem Hang zu theoretischen Erörterungen und philosophischen Betrachtungen, die jüdischen Gefangenen die Bedeutung und Notwendigkeit ihrer Vernichtung zu erklären suchten. “

Führer der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos, die hunderttausende Menschen erschossen, waren ebenfalls gut ausgebildet. Zu ihnen gehörten unter anderem ein Opernsänger und ein Professor für Völkerrecht.

Allerdings stammten die SS-Offiziere in den Konzentrationslagern meist aus der unteren Mittelschicht und besaßen keine höhere Bildung. Nach Gerlachs Befund waren die jüngeren KZ-Wächter brutaler als die älteren. Und die Männer, die in rückwärtigen Wehrmachts-

gruppen daran beteiligt, deren Haltungen und Interessen höchst disparat waren. Einer der Gründe, warum die Geschichte von Tätern und Opfern häufig nicht zusammenzupassen scheint, sieht Gerlach in der Methodologie: Tätergeschichte ist zumeist als politische Geschichte geschrieben worden, Opfergeschichte eher als Sozialgeschichte. Diese Diskrepanz zu überwinden, versucht Gerlach, die Geschichte von Massengewalt stärker als Geschichte sozialer Akteure zu schreiben – Massengewalt als Sozialgeschichte.

Die Judenverfolger kamen aus sämtlichen sozialen Milieus. Manche waren hochgebildet: Von den fünfzehn teilnehmenden Männern an der Wannseekonferenz beispielsweise war jeder zweite promoviert, zehn mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium, unter ihnen wiederum neun Juristen. Die

Berlin BaOmer

Noch nie kamen so viele verschiedene jüdische Gruppen zum Lag BaOmer zusammen

Von Reinhard Liam Rickertsen

Berlin BaOmer – so lautete das Motto unter dem fast alle Synagogen und einige Institutionen vereint unter dem Dach der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zu einer großen Lag BaOmer-Party eingeladen hatten. Auf dem Gelände der Jüdischen Altenwohnanlage in der Berliner Dernburgstraße gab es ein großes Fest zu dem im Laufe des Nachmittags und Abends etwa vier- bis fünfhundert Gäste erschienen.

Erstmals hatten sich Synagogen, das Jugendzentrum Olam, das American Jewish Joint Distribution Committee und der Minjan L'dor wa dor zusammengefunden, um eine solch große Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Die breite Palette des gelebten Judentums von Berlin war von orthodox bis reform-egalitär vertreten. Zahlreiche Planungsbesprechungen führten dank des tatkräftigen Einsatzes von Rabbiner Boris Ronis, der die Arbeit leitete und koordinierte, und vielen anderen zu einer Veranstaltung, die sich sehen lassen konnte und die es in der Form und Größe in Berlin noch nicht gegeben hat.

Natürlich gab es ein Medurah (Lagerfeuer), natürlich wurde gegrillt, natürlich gab es für Kinder Spiele, Bastelstraße und eine Hüpfburg, natürlich gab es Live-Auftritte und israelische Folklore, natürlich wurden Groß und Klein mit Getränken versorgt.

Der Gemeindevorsitzende, Dr. Gideon Joffe, eröffnete zusammen mit Rabbiner Boris Ronis offiziell das Fest. Auch er hob die bisherige Einmaligkeit des Zusammenschlusses des Berliner Judentums bei diesem Fest hervor. Er erinnerte daran, dass das diesjährige Lag BaOmer auf den Tag genau mit dem 69. Jahrestag der Staatsgründung Israels am 14. Mai. 1948



Eine Begegnung von Jung und Alt.

auffängt und aufnimmt, wenn unsere Existenz bedroht ist und in Gefahr gerät.

Die aufgebauten Stände wurden von vielen fleißigen Helfern aller Gemeinden und von den jungen Leuten des Jugendzentrums Olam betreut. Trotz vieler Helfer bildeten sich an den Ständen lange Schlangen. Besonders guten Anklang fanden die Live-Musik, die israelische Folklore, die Tanzdarbietungen des JZ Olam sowie der Jugend-Synagogenchor

viele passen. In der Tat ist es auch so, dass es einige Anlässe gibt, die dem Lag BaOmer-Tag zugeschrieben werden. Zunächst einmal zum Datum: Lag BaOmer ist der 33. Tag des Omerzählens zwischen Pessach und Schawuot. Lag setzt sich zusammen aus dem Zahlwert der hebräischen Buchstaben Lamed = 30 und Gimmel = 3, also 33. Eine beliebte Methode, Daten darzustellen und als Abkürzung auszusprechen; z. B. auch Tu Bischat

Die 50 Omertage gelten als Trauertage, nur der 33. Tag (Lag BaOmer) ragt heraus in dieser Trauerzeit. Es wird daran erinnert, dass an diesem Tage die Seuche endete, die 24.000 Schüler Rabbi Akiwas dahinraffte; es wird auch daran erinnert, dass der niedergeschlagene Bar-Kochba-Aufstand schließlich zur Zerstreuung der Juden in die Diaspora führte.

Gleichwohl sind an diesem Tage Aktivitäten gestattet, die sonst in der Omertzeit zu unterlassen sind: So darf man sich wieder einmal die Haare schneiden lassen und auch das Heiraten ist erlaubt.

Zeitweilig schien das relativ kleine Gelände aus allen Nähten zu platzen. Trotzdem gab es zum Glück keinen Grund für Polizei oder die Sicherheitsbeamten zu irgendeiner Zeit einzuschreiten. Es herrschte ein fast babylonisch anmutendes Sprachgemisch. Neben Deutsch hörte man Russisch, Hebräisch, Polnisch, Ungarisch, Tschechisch usw. Auch viele Bewohner des Altenheimes hatten den Weg zum Lagerfeuer und in die Pavillons gefunden und saßen lange in kleinen Gruppen zusammen mit den Besuchern.

Im Getümmel wurden gesichtet: Rabbinerin Gesa Ederberg, Rabbiner Jonah Sievers, Mirjam Rosengarten, Nina Peretz, Avishag Weidner, Sigrid Wolf, Jonathan Marcus, Boris Moshkovitz, Emanuel Adiniaev und viele mehr. Alles in allem war das Fest ein voller Erfolg, ein wahrhaft jüdisches Fest, a bissl laut, a bissl chaotisch, aber scheen, scheen war es allemal, denn geprägt von Chessed und Kavanah (Gastfreundschaft und ein gewisser andächtiger Geist) waren sich die Teilnehmer einig: Ein solches Fest soll und muss es im nächsten Jahr wieder geben. Trotz aller ideologischen und theologischen Unterschiede stellte sich hier die Berliner Jüdische Gemeinde als große Gemeinschaft dar.



Selbstverständlich wurde beim Lag BaOmer auch getanzt.

zusammenfällt. Er erinnerte auch daran, dass seit diesem Tage für uns Juden ein Zufluchtsort besteht, ein Staat der uns

der Synagoge Pestalozzistraße.

Hinterfragte man jedoch Einzelne nach dem Anlass des Festes, so mussten

zusammengesetzt aus Tet = 9 und Waw = 6; also der fünfzehnte Tag des Monats Schwat.

Der Autor ist Vorsitzender der Gemeinde Sukkat Schalom

„Mein Vater rettete meine Mutter und mich, weil er sich nicht scheiden ließ.“

Prof. Dr. Reinhard Schramm, Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, über die Sorgen der jüdischen Gemeinde, die Integration von Migranten und sein Leben

Zur Person:

Reinhard Schramm wurde 1944 in Weißenfels (heute Sachsen-Anhalt) als Sohn einer jüdischen Mutter geboren, mit der er die letzten Wochen bis zum Ende des Krieges in einem Versteck verbrachte. Nach dem Studium der Elektrotechnik im kommunistischen Polen verbrachte er sein berufliches Leben als Professor an der Technischen Universität Ilmenau (Bezirk Suhl der DDR, heute Thüringen) und nach der Wiedervereinigung als Leiter des dort angesiedelten Landespatentzentrums. Zur jüdischen Gemeinde fand er Ende der 1980er Jahre in Erfurt. Für die jüdische Geschichte seiner Heimatstadt Weißenfels interessierte er sich schon seit seiner Jugend. So nahm Schramm schon früh Kontakt mit emigrierten Mitgliedern der einstigen Jüdischen Gemeinde auf, zu der Persönlichkeiten wie der spätere Richter im Eichmann-Prozess, Benjamin Halevi, oder der Chefredakteur der New York Times, Max Frankel, gehörten. 1990 veröffentlichte er das Buch „Ich will leben ... die Juden von Weißenfels“, das 2001 in einer erweiterten Fassung im Böhlau-Verlag erschien. Schramm ist Mitglied der SPD und Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat von Ilmenau. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat im Mai bei seiner ersten Reise nach Israel im neuen Amt einen Kranz am Grab von Jassir Arafat in Ramallah niedergelegt. Halten Sie das für richtig?

Schramm: Steinmeier hatte zuvor die Gräber von Schimon Peres und Jitzak Rabin besucht. Deshalb hat er das sicher im Sinne der Ausgewogenheit getan. Und um an die Akteure des Oslo-Friedensprozesses und an den gemeinsamen Erhalt des Friedensnobelpreises von Rabin, Peres und Arafat zu erinnern, auch als Zeichen der Ermutigung für Frieden. Ich halte diese Geste eines deutschen Bundespräsidenten, bei allen Fehlern die Arafat hatte, für vertretbar.

Sie sind seit Ende 2012 Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, mit rund 800 Mitgliedern eine der kleineren jüdischen Gemeinden in Deutschland. Was hat Sie und die Gemeinde in jüngerer Zeit beschäftigt?

Ein aktuelles Thema war die Vorbereitung des 75. Jahrestages der ersten Massendeportation von Juden aus Thüringen am 10. Mai. Als Jüdische Landesgemeinde Thüringen haben wir in Weimar an der damaligen Sammelstelle, der Viehauktionshalle, an der Gedenkveranstaltung teilgenommen. Diese war vor zwei Jahren abgebrannt. Seitdem war dieser Gedenkort in Gefahr. Es wird nicht die ganze Viehauktionshalle wiederhergestellt, aber nun wird zwischen dem Gleis mit der Rampe und dem Rest der Viehauktionshalle eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die 877 Juden, die von dort in den Tod gingen, eingerichtet. Die Erinnerungskultur in Thüringen hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Dieser Gedenkort an die Massendeportation hat insofern eine besondere Bedeutung – neben Gedenktafeln, Stolpersteinen und der Gedenkstätte Buchenwald – weil es der Ort ist, wo die Verfolgung



Reinhard Schramm mit Seiner Majestät König Willem-Alexander der Niederlande bei seinem Besuch der Alten Synagoge in Erfurt am 8. Februar 2017.

der Thüringer Juden umgeschlagen ist in-Massenmord. Seit 2015 haben wir uns als Jüdische Landesgemeinde – zusammen mit vielen anderen – dafür starkgemacht, dass dieser Gedenkort nun kommt.

Ist Israel in der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen ein großes Thema?

Das Verhältnis Deutschlands zu Israel nimmt eine wachsende Bedeutung ein. Viele unserer Gemeindemitglieder, die ja fast alle aus dem Raum der früheren Sowjetunion kommen, haben Verwandte in Israel. Von daher gibt es da eine

Israel die Angst, dass sich das Verhältnis zu Israel und damit auch zu Juden in Deutschland dauerhaft verschlechtert.

Sehen Sie als Quelle für wachsenden Antisemitismus auch die Flüchtlings- und Migrationskrise – Stichwort: mitgebrachter muslimischer Antisemitismus – seit September 2015?

Diesen Antisemitismus gibt es. Juden sind Antisemitismus gewohnt. Dass es nun noch eine neue Art davon in Deutschland gibt, verändert die Situation quantitativ nachteilig. Aber Europa hat

Ein hoffnungsvoller Blick, den Sie einnehmen. Die Gegenthese wäre, dass die „Neuen“ die Gesellschaft auch prägen mit dem, was sie mitbringen, ihr ihren Stempel aufdrücken, öffentliche Räume dominieren werden, zum Beispiel in Ballungszentren.

Der Staat merkt mittlerweile, dass es ein Integrationsangebot geben muss, etwas, worin man hineinwachsen kann. Ich bin aber optimistisch, dass das gelingen wird. Ich denke, dass es gelingen kann, dass sich der mitgebrachte Antisemitismus nicht vererbt. Wir müssen uns auf die konzentrieren, die hier dauerhaft bleiben dürfen. Wenn wir nicht versagen, werden die sich integrieren, auch in die demokratischen Parteien.

Sie betonen die Bringschuld von Staat und Gesellschaft. Glauben Sie, das wird von Anhängern bestimmter islamischer Richtungen angenommen?

Die Kritik an fundamentalistischen Strömungen des Islams und innerhalb der Einwanderungsgesellschaft nimmt zu. Der Islam, wenn er zum Islamismus wird, ist eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft, nicht speziell für Juden. Das wird ja auch zunehmend erkannt.

Sie stammen aus Weißenfels im heutigen Sachsen-Anhalt, eine einstige Industriestadt mit einer langen jüdischen Geschichte. Nach dem Krieg gehörten Sie mit ihrer Mutter zu den wenigen, die nicht umgekommen oder ausgewandert waren. Wie kam es dazu?

Mein nicht-jüdischer Vater hatte meine Mutter und mich gerettet, weil er sich nicht scheiden ließ; am Ende waren meine Mutter und ich versteckt. Mein Vater starb nicht lange nach der Befreiung. Meine Mutter bereitete nach seinem Tod zunächst die Auswanderung mit einer Gruppe nach Palästina vor, was ihr aber nicht gelang. Grund war, dass ich krank wurde. Ich wurde dann von den Kinderärzten in Weißenfels gepflegt, die noch 1944 die Behandlung eines jüdischen Kleinkindes, Bernd Wolfson, mit vereiterter Ohrenentzündung abgelehnt hatten und das daran starb. Als ich dann

„ Als Juden wissen wir, dass dort, wo der Nationalismus wächst, auch immer der Antisemitismus zunimmt. “

persönliche Beziehung aus neuerer Zeit, im Gegensatz zu denen wie mir, wo die erfolgreichen oder auch vergeblichen Bemühungen um eine Auswanderung nach Palästina bzw. Israel ein Aspekt der Familiengeschichte ist. Allen ist gemein, dass sie Israel als Lebensversicherung empfinden.

Wie werden die aktuellen Entwicklungen in den deutsch-israelischen Beziehungen wahrgenommen?

Die deutsch-israelischen Beziehungen und die deutsche Nahost-Politik werden in der Gemeinde genau verfolgt. Das merke ich in Gesprächen. Das vergrößerte Interesse an Israel in jüngerer Zeit speist sich aus zwei Quellen: Zum einen der Eklat zwischen Gabriel und Netanjahu, zum anderen der wachsende Nationalismus in Europa. Als Juden wissen wir, dass dort, wo der Nationalismus wächst, auch immer der Antisemitismus zunimmt. Die Angst vor zunehmenden Antisemitismus ist bei unseren Gemeindemitgliedern groß. Das Gefühl, dass Europa auf einem schlechten Weg ist, verbreitet sich gerade. Wenn sich dann noch die Beziehungen zu Israel verschlechtern, schürt das Ängste. Manches von der Kritik an Israel mag berechtigt sein, aber bei Juden weckt die meist einseitige Kritikzuweisung an

eine eigene antisemitische Tradition und hat zurzeit eine nationalistische Atmosphäre, von Ungarn bis Frankreich, die unabhängig von den Flüchtlingen und Migranten ist.

Was bereitet Ihnen denn mehr Sorgen: Ein in der alteingesessenen deutschen Bevölkerung verhafteter Antisemitismus, vielleicht auch christlich fundiert, oder der mitgebrachte Antisemitismus der vielen jungen Männer aus dem Nahen Osten, die im Zuge der Flüchtlings- und Migrationskrise nach Deutschland gekommen sind?

Ersteres, der deutsche Antisemitismus bereit mir mehr Sorgen. Geschichtsvergessenheit gepaart mit Restbeständen an nationalsozialistischem Denken führt zu einer neuen Gefahr. Andererseits ist klar, dass die muslimischen Flüchtlinge ihren Antisemitismus nicht an der Grenze nach Deutschland abgelegt haben. Bei denen, die hier bleiben, besteht die Chance, dass sie ihre antisemitischen Einstellungen aufgeben. Dafür darf aber die Gesellschaft, in die sie sich integrieren, nicht antisemitisch sein. Sie müssen spüren, dass der Antisemitismus in Deutschland abgelehnt wird. Dann werden sie auch ihren eigenen anzweifeln. Durch Integration und Bildung kann das funktionieren.



Reinhard Schramm mit dem Autor Martin Jehle

wieder genesen war, brach in Israel der Unabhängigkeitskrieg aus. Da hatte meine Mutter Angst. So blieben wir in Weißenfels.

Wann wurde Ihnen unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der DDR Ihr jüdischer Hintergrund bewusst?

Das Bewusstsein fand circa im Alter von 11, 12 Jahren statt. Jüdische Feiertage gab es zu Hause nicht. Ich kann mich nur daran erinnern, dass meine Mutter geweint hat. Das war an den Todestagen meiner Oma, vom Onkel und andere. Auf der Seite meiner Mutter gab es keine Angehörigen mehr, zu den Verwandten väterlicherseits wollten wir keinen Kontakt, weil die uns in der Nazi-Zeit gemieden hatten. Eines Tages fand ich im Schlafzimmer meiner Mutter einen Schuhkarton, in dem sich Dokumente aus dem KZ, über Enteignungen und anderes befanden. Da habe ich gespürt, dass das etwas Unheimliches ist. In dem Zusammenhang fiel das Wort „Juden“. Als Elfjähriger hatte das weder etwas Positives noch Negatives für mich. Ich wusste nur, dass rund um die Familiengeschichte eine fürchterliche Atmosphäre herrschen muss. Ich sah, dass meine Großmutter eine Nummer hatte und las auf einer Karte, wie man mit Post ins und aus dem KZ umzugehen hatte. In dem Karton lag aber auch eine Pistole. Heute weiß ich, dass mein Vater Vorkehrungen für einen gemeinsamen Suizid mit meiner Mutter getroffen hatte. Jedenfalls sprach ich meine Mutter auf den Karton und die Pistole an. Das hat meine Mutter erschrocken, weil der Besitz einer Pistole sicher eine Menge Ärger hätte auslösen können. Ich bekam dann die Ansage, darüber nicht zu sprechen. Meine Mutter und ich hatten zur Familie Wolfson und zu Frau Schloss Kontakt, die auch die Nazi-Zeit überlebt hatten und in Weißenfels geblieben waren. Bei diesen Leuten hatte meine Mutter ihren Kreis.

Wann hatten Sie das erste Mal Berührung mit einer jüdischen Gemeinde? Haben Sie in ihrer Jugend eine jüdische Erziehung und Bildung genossen?

Die nächstgelegene jüdische Gemeinde war die in Halle an der Saale, in Weißenfels gab es keine Gemeinde mehr. Meine Mutter und ich fuhren nicht nach Halle. Meine Mutter hatte mit sich selbst, ihrer Psyche und der Alltagsbewältigung zu tun, Arbeit, Kind etc. Ich erhielt folglich

auch keine Bar Mitzwa und auch sonst keine jüdische Erziehung. Allerdings erzählte mir meine Mutter von den schönen jüdischen Feiertagen in ihrer Jugend. Sie

„**Als ich wieder genesen war und wir nach Israel aufbrechen wollten, brach dort der Unabhängigkeitskrieg aus. Da hatte meine Mutter Angst. So blieben wir in Weißenfels.**“

wurde gläubige Sozialistin in der DDR. Für sie waren es die Russen, die mit ihrem gewaltigen Blutzoll unsere Befreiung ermöglicht haben.

Wie war es denn in der Schule? Die meisten Schüler werden ja zum Konfirmandenunterricht gegangen sein.

Ja, es gab die Christenlehre. Da wollte ich in der 2. oder 3. Klasse hin, denn da gingen ja alle hin. Meine Mutter sagte mir: „Reinhard, ich glaube nicht, dass es einen Gott gibt. Wo war er denn?“ Da habe ich gespürt, was sie meinte, nämlich, dass Gott unsere Familie verlassen hatte. Meine Mutter war nicht rachsüchtig, nicht verbittert, nur traurig. Ich hatte das Gefühl, dass die Idee mit der Christenlehre ihr nicht gefiel. Ich hab dann die Unterschrift meiner Mutter geübt und mich mit gefälschter Unterschrift angemeldet. Es kam dann so, dass ich in der Christenlehre kleine Bilder von Jesus, die meine Mitschüler hatten, als Märchenbilder bezeichnete und auch eins haben wollte. Empört davon, dass ich die Abbildung Jesus als Märchenbild bezeichnete, suchte die Lehrerin meine Mutter auf. Ich hatte mächtig Angst wegen der gefälschten Unterschrift. Aber es kam anders: Die Lehrerin begann damit, dass sie meiner Mutter sagte, sie habe Angst um das Seelenheil von Reinhard. Daraufhin antwortet meine Mutter nur: „Ich kümmere mich ab morgen allein um das Seelenheil meines Sohnes.“ Damit war das Thema erledigt.

Wann hatten Sie denn in der DDR das erste Mal bewusst Berührung mit jüdischer Geschichte?

Aus Anlass des Eichmann-Prozesses 1961. Wir wohnten inzwischen in Ilmenau. Da war ich 17 Jahre alt und fertigte eine FDJ-Wandzeitung an. Darin habe ich die Judenverfolgung und auch das

Schicksal meiner Familie dargestellt.

Ich begann Material und Zeitzeugenberichte zu sammeln, das in den 80er Jahren zur Basis meines Buches „Ich will

leben“ über unsere Weißenfelser Gemeinde werden sollte.

1985 suchte ich dann Hermann Simon, den späteren Direktor des Centrum Judaicum, in Berlin auf. Ich hatte beruflich mit Datenbanken zu tun und sprach Simon an, ob wir nicht eine Datenbank zum jüdischen Erbe in der DDR aufbauen wollen. Erst danach habe ich 1987 in Erfurt die jüdische Gemeinde unter ihrem Vorsitzenden Raphael Scharf-Katz aufgesucht; meine Mutter wollte im Alter wieder Kontakt zur jüdischen Gemeinde haben. Meine Beschneidung wurde nach der politischen Wende nachgeholt.

Sie gingen in den 1960er Jahren zum Studium aus der DDR in die Volksrepublik Polen – recht ungewöhnlich damals!

Man hatte die Chance in einem der sozialistischen Länder zu studieren. Ich entschied mich für Elektrotechnik in Polen. Polen war nicht so weit wie die Sowjetunion und mich interessierten die Polen. Ihr Schicksal erschien mir dem jüdischen Schicksal nahe. Das letzte Schuljahr verbrachte ich in Vorbereitung für das Auslandsstudium an der Arbeiter- und Bauernfakultät in Halle an der Saale. Dort gab es eine hervorragende naturwissenschaftliche Ausbildung. Das erste Jahr in Polen verbrachte ich in einem Sprachkurs in Lodz. Als mir einer sagte, dass mit den Juden hätten die Nazis gut gemacht, wollte ich eigentlich wieder nach Hause.

Es kam aber anders ...

Ich wollte aber nicht aufgeben. Also nahm ich nach dem Vorbereitungsjahr das Studium in Danzig auf. Dort lernte ich meine spätere Frau Barbara und auch die jüdische Familie Lewy kennen. In Danzig gab es zwar Juden, aber keine Synagoge. Als 1967 der 6-Tage-Krieg zwischen Israel und seinen Nachbarn ausbrach, sprang die Öffentlichkeit in Po-

len ganz stark auf die anti-israelische Propaganda der Sowjetunion an. Aus dem Antizionismus wurde Antisemitismus. Die Tochter der Familie Lewy, Regina, mit der ich befreundet war, sagte nur zu mir: „Gott sei Dank muss das mein Vater nicht mehr erleben.“

In Polen lebten seinerzeit noch einige zehntausend Juden spürten. Wie spürten Sie den politischen Wiederhall des 6-Tage-Krieges im Juni 1967?

Als Studenten – wir waren nur fünf aus der DDR – wurde wir vom DDR-Generalkonsulat in Danzig betreut, was sich nur zwei Minuten von der Technischen Hochschule entfernt befand. Da wurden wir zu Nationalfeiertagen und auch mal zwischendurch zu politischen Veranstaltungen eingeladen. Zu der Zeit war ich Kandidat für eine Mitgliedschaft in der SED. In der Zeit gab es wieder ein Treffen mit uns Studenten, bei dem Israel scharf kritisiert wurde und das Land als „Speerspitze des Imperialismus“ bezeichnet wurde. Da meldete ich mich zu Wort und sagte sinngemäß, dass die DDR doch erstmal diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen sollte, bevor sie auf das Land schimpft, denn das wäre die richtige Schlussfolgerung aus der komplizierten Situation ...

...mussten Sie wegen dieser offenen Äußerung keine Sorgen haben?

Ich hatte keine Angst. Es gab für mich in meinem Leben in der DDR ein paar Mal Augenblicke, wo ich aus familiärer Prägung heraus eine – wenn man so will – abweichende Meinung kundtat. Für mich war es notwendig, den Staat Israel mit meinem Wort zu schützen, sei es auch in so einem kleinen Rahmen. Das war für das DDR-Konsulat vielleicht verblüffend.

Passierte dann etwas?

Nein, aber hinterher habe ich erfahren, dass darüber beraten wurde, was mit mir zu tun sei. Streichung oder Verlängerung der Kandidatenzeit. Aber das sahen die Regeln der Partei gar nicht vor. Es gab keine Konsequenzen. Dagegen erinnere ich mich an einen anderen Studenten, der mit einem Witz die polnische Polizei verärgert hatte und dafür prompt nach Hause geschickt wurde. Ich will nicht sagen, dass ich als Jude Narrenfreiheit hatte, aber man schien beim Thema Israel Nachsicht walten zu lassen.

Haben Sie die Auswanderungswelle polnischer Juden im Nachgang des 6-Tage-Krieges wahrgenommen?

Ja, Regina Lewy ist später nach Israel gegangen. Sie wird dort heute noch leben. Die Auswanderung der Juden, es waren ja nur wenige Überlebende, hat mich sehr getroffen. Der traditionelle Antisemitismus war in Polen nach dem Krieg nicht verschwunden, und er wurde nicht aufgearbeitet. Die Polen haben sich primär selbst als Opfer gesehen. Dass Polen in der Zwischenkriegszeit von Antisemitismus geprägt war, wurde ausgeblendet. Es gab keine Solidarität, keinen Widerstand aus der polnischen Bevölkerung gegen die antisemitischen Maßnahmen des Staates.

Sie erwähnten, dass Sie Kandidat für die Aufnahme in die SED waren, was später auch geschah. Sie haben in der DDR ein erfolgreiches Berufsleben absolviert und nach der politischen Wende fortgesetzt. Wie bewerten Sie es heute, dass sie zur DDR gestanden haben?

Ich war der Meinung, der Sozialismus lässt sich menschlich gestalten. In der DDR ist das nicht gelungen. Auch mein Sohn Marek, der wegen eines gescheiterten Fluchtversuchs inhaftiert wurde, hat mir die Augen geöffnet.

Herr Professor Schramm, vielen Dank für das offene Gespräch!

**Das Gespräch führte
Martin Jehle.**

Noch einen Monat bis zur Maccabiah 2017

Jerusalem ruft erneut die jüdischen Sportler der ganzen Welt

Von Mike Samuel Delberg

In einem Monat ist es soweit: Die jüdische Olympiade begrüßt tausende Sportler aus der ganzen Welt in Israel. Die 20. Maccabiah wird mit über 10.000 Athletinnen und Athleten aus mehr als 80 Ländern die wohl bisher größte ihrer Art sein. Die „Maccabi World Union“, Ausrichter der bevorstehenden Spiele, verspricht ein Fest des Sports und der Verbundenheit der jüdischen Gemeinschaft untereinander und mit dem Staat Israel.

Neben den über das gesamte Land angesetzten sportlichen Wettkämpfen, wird es ein vielfältiges Programm, bestehend aus stimmungsvollen Straßenpartys im antiken Jaffa, Schabbatessen am wunderschönen Hafen von Tel Aviv oder auch einem nächtlichen Wettlauf durch die eindrucksvoll beleuchteten Straßen der Altstadt Jerusalems geben. Darüber hinaus wird die Maccabiah 2017 das fünfzigjährige Jubiläum der Wiedervereinigung Jerusalems im Rahmen der am 6. Juli stattfindenden Eröffnungsveranstaltung begehen. Diese wird traditionell im Jerusalemer Teddy-Stadium abgehalten.

TEAM DEUTSCHLAND: Auch dieses Mal macht sich eine Delegation aus Deutschland auf den Weg nach Israel. Über 200 Sportler, Trainer und Betreuer werden dabei die Fahnen Makkabi Deutschlands hochhalten und unser Land bei den internationalen Wettkämpfen vertreten. Nach den überaus erfolgreichen Europäischen Makka-



bispielen vor zwei Jahren in Berlin übergibt Deutschland nun wieder die Fackel an Israel – und das im wahrsten Sinne des Wortes.

Neben der Sportler-Delegation macht sich eine Makkabi-Motorradgruppe auf die Reise in das Gelobte Land. Startend

in Berlin und London, bringen sie die Spiele aus Europa wieder zurück nach Israel. Wenn Sie dieses Ereignis, sowie alle weiteren Neuigkeiten rund um die Maccabiah 2017 verfolgen möchten, dann besuchen Sie die Webseite von Makkabi Deutschland (www.makkabi.de) oder

die offizielle Internetpräsenz der Maccabiah (www.maccabiah.com).

Wir wünschen allen Sportlern, besonders dem Deutschen Team, erfolgreiche und freundschaftliche Spiele.

Makkabi Chai!

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



COUPON ABO- BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de abonnieren.